

HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING

DR. PHIL.

HEFT LXVI

DIE ERWERBUNGSPOLITIK KAISER KARLS IV.

VON DR. SIEGFRIED GROTEFEND.

BERLIN 1909

Die Erwerbungspolitik Kaiser Karls IV.

**Zugleich ein Beitrag zur politischen Geographie
des deutschen Reiches im 14. Jahrhundert.**

Von

Siegfried Grotefend
Dr. phil.



Berlin 1909

**Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck**

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

3
4682
10 66

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

General Library
Contin.
H. 1000
12 100001

Meinem lieben Vater
zur 68. Wiederkehr seines Geburtstages
in Liebe und Dankbarkeit.

Vorwort.

Dieses Buch ist als Dissertation entstanden und als solche ein Teil desselben gedruckt. Es ist der Versuch gemacht, die eigenartige Politik zu schildern, die der Kaiser trieb, um seine Hausmacht zu erweitern. Durch eine übersichtliche Zusammenstellung der Erwerbungen ist ein Ueberblick über die Hausmacht des Kaisers gegeben. Damit ist zugleich, wenn auch unter einem bestimmten Gesichtspunkte, ein Beitrag zur politischen Geographie des Römischen Reiches deutscher Nation im 14. Jahrhundert geliefert, der eine Reihe Ergänzungen zu dem Abschnitte: „Politische Geographie um das Jahr 1375“ in Kretschmers verdienst- und mühevollen Buche „Historische Geographie von Mitteleuropa“ bringt.

Es ist mir eine angenehme Pflicht Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Theodor Lindner, meinem hochverehrten Lehrer, für die Anregung zu diesem Thema meinen Dank auszusprechen.

Halle a. S. im April 1909.

Der Verfasser.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Quellen.

- RK.** = Böhmer-Huber, Die Regesten des Kaiserreichs unter Kaiser Karl IV.
- Rs.** = Die in den Regesten besonders gezählten Reichssachen.
- PR.** = Papsturkunden-Regesten bei Böhmer-Huber.
- BKr.** = Böhmisches Kronarchiv oder Codex juris Bohemici Bd. II, 1, 1896, Prag.
- CGD.** = Lünig, Codex Germaniae diplomaticus 1732 ff.
- PU.** = Pelzel, Kaiser Karl IV. Urkundenanhang, Prag 1780, 2 Bde.
- RA.** = Lünig, Reichs-Archiv, Leipzig 1710 ff.
- CIF.** = Lünig, Corpus juris feudalis Germanici 1727.
- PfR.** = Koch und Wille, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, Innsbruck 1894.
- RB.** = Lang-Freyberg, Regesta sive rerum Boicarum autographa e regni scriniis, Bd. 8, 1839; Bd. 9, 1841.
- LBU.** = Grünhagen und Markgraf, Lehns- und Besitzurkunden Schlesiens. Bd. 1, 1881; Bd. 2, 1883.
- CBr.** = Riedel, Novus Codex diplomaticus Brandenburgensis, besonders zweiter Hauptteil Bd. 2, 1845; Bd. 3, 1846.

Einleitung.

Bevor wir zu unserem eigentlichen Thema „Erwerbspolitik Karls IV.“ übergehen, müssen wir uns darüber klar werden, welchen Umfang der Besitz Karls IV. bei seinem Regierungsantritt in Böhmen hatte. Dabei ist es notwendig, hier und da etwas näher auf die Erwerbungen König Johanns einzugehen.

Das Gebiet, mit dem Graf Johann von Luxemburg am 31. August 1310 belehnt wurde, umfasste das Königreich Böhmen mit der zugehörigen Glatzer Landschaft¹, das Markgrafentum Mähren, von dem das Bistum Ohmütz und das Herzogtum Troppau lehensabhängig waren².

Diesen Besitz hatte König Johann, obwohl eine Ausdehnung durch die natürlichen Landesgrenzen erheblich erschwert war, im Laufe seiner Regierungszeit zu vergrößern verstanden. Hauptsächlich war er bemüht gewesen, die schlesischen Fürstentümer für sein Reich zu gewinnen und

1. Sie war allerdings meist verpfändet. Erst 1318 oder 1319 scheint diese Landschaft in des Königs Hände gekommen zu sein. Vgl. Maetschke: Geschichte des Glatzer Landes. Breslauer Diss. 1888 p. 11.

2. Dies Abhängigkeitsverhältnis der Staaten zueinander erfuhr später insofern eine Veränderung, als das Bistum Olmütz, das Herzogtum Troppau, wie die Markgrafschaft Mähren direkte böhmische Kronlehen wurden. Vgl. RK. 652. Mähren erhielt Karls Bruder Johann am 26. Dez. 1349 als Lehen. RK. 1204.

hatte einen Teil derselben durch geschicktes Eingreifen in ihre Erbstreitigkeiten sich lehnsuntertänig gemacht.

Die Erwerbungen König Johannis wollen wir nicht an dieser Stelle behandeln, sondern werden sie der besseren Uebersicht halber in den einzelnen Abschnitten an erster Stelle würdigen.

Erster Teil.

Erwerbungen Karls IV.

1. Abschnitt.

Erwerbungen Karls in Schlesien.

Bis zum Jahre 1335 hatte der grösste Teil der schlesischen Piasten-Fürsten ihre Länder von der Krone Böhmen zu Lehen nehmen müssen, und am 24. August desselben Jahres hatte dann das neue Verhältnis der schlesischen Fürsten zum Königreich Böhmen seine rechtliche Sanktionierung gefunden, indem König Kasimir von Polen aller Ansprüche auf die Lande der böhmischen Vasallen entsagte¹, ein Verzicht, der von ihm am 9. Februar 1339 wiederholt wurde². Lehnsleute der Krone Böhmen waren zu dieser Zeit folgende Fürsten: Boleslaus v. Liegnitz und Brieg, Heinrich v. Sagan und Crossen, Conrad v. Oels, Johann v. Steinau, ferner Bolko v. Oppeln, Bolko v. Falkenberg, Albert v. Strehlitz, Wladislaus v. Kosel und Beuthen, Wenzel v. Masowien, Herrn in Plotzk³, Lesko v. Ratibor, Johann v. Auschwitz und Wladislaus v. Teschen.

Schon im nächsten Jahre sah sich Bolko, der Herzog von Münsterberg, gezwungen, König Johann sein Land zu übergeben und von ihm zu erblichem Mannlehen zurück-

1. LBU. I 3 f.

2. LBU. I 4.

3. Auf Masowien musste Karl zugunsten des Polenkönigs entsagen.

zuempfangen⁴, was ihm durch ein Geschenk des Böhmenkönigs — er überliess ihm als Entschädigung für das Aufgeben der Selbständigkeit die Landschaft Glatz zur Nutzung — wesentlich erleichtert wurde⁵. So blieben denn von Böhmen unabhängig allein die Herzöge von Schweidnitz und von Jauer. Da diese Länder unmittelbar an Böhmen grenzten, wäre ihr Besitz für König Johann besonders wertvoll gewesen.

An direkt zur Krone Böhmen gehörigem Gebiete erbte König Karl von seinem Vater: Breslau, Neumarkt und von Glogau, Steinau und Guhrau je die Hälfte. Breslau und das zugehörige Neumarkt⁶ waren erworben auf Grund des Vertrages König Johanns mit Heinrich IV. von Breslau, der sich vom Könige am 6. April 1327⁷ das Land auf Lebenszeit hatte übertragen lassen. Mit dem Tode Heinrichs, der am 24. November 1335 erfolgte, fiel das Land der Krone Böhmen anheim, die es noch in demselben Jahre besetzte⁸. Den Anteil Herzog Johanns, Herrn von Steinau, an Stadt und Fürstentum Glogau⁹ — es war die Hälfte¹⁰ — kaufte

4. LBU. II 125. Ueber die Gründe zur Lehnsauftragung cf. Grünhagen: Geschichte Schlesiens. Bd. I, 1884, p. 147. Fernerhin mit Grh. zitiert.

5. Chronica principum Poloniæ p. 124. in Stenzel: Script. rer. Siles. Bd. I, Breslau 1835.

6. Zum Herzogtum Breslau gehörte neben Stadt Breslau u. oppidum Neumarkt noch castrum Uras (Auras), wie aus LBU. I 65 hervorgeht. Das Schloss ist dann auf irgendeine Weise in den Besitz Herzogs Bolko II. von Schweidnitz und Jauer übergegangen, der es an Ritter Herm. von Borschnitz versetzt hat. Letzterer sichert Karl IV. am 12. Oktober 1363 [cf. LBU. I 74] die Einlösbarkeit des Schlosses zu; ob Karl von dem Angebot Gebrauch gemacht hat, ist nicht bekannt.

7. LBU. I 66 u. 67 ff. Grh. I 141/42. Ueber die Entschädigung: Landschaft Glatz und jährliche Rente von 1000 Mk. cf. Chronic. princ. Pol. I. c. p. 126 und Beneš Weitmül ed. Pelzel et Dobrowsky Script. rer. Boh. Bd. II, p. 252 ad ann. 1327.

8. Grh. I Anm. p. 59 no. 62 u. RK. 30 a.

König Johann am 1. Oktober 1331 für die Summe von 2000 Mark und zahlte sie gleich bar.

Die Erwerbung von Guhrau und Steinau können wir schon auf Rechnung Karls setzen, denn seit Monat Februar 1342 leitete er die Regierung in Böhmen und Schlesien¹¹. Ueberhaupt ist ein gutes Teil der Politik während der letzten Regierungsjahre des blinden Königs dem tatkräftigen Eingreifen des seinem Vater an diplomatischem Geschick keineswegs unterlegenen Sohnes zuzuschreiben. Daher werden wir schon hier ausführlich die Verhältnisse darlegen, wenn auch äusserlich die Jahre noch unter die Regierungszeit Johanns fallen.

Im Jahre 1342, am 3. Juni, verpfändete Herzog Johann von Steinau dem Markgrafen Karl das Guhrausche Land für 8000 Mark. Merkwürdig ist, dass nur Schloss Guhrau sofort in den Pfandbesitz des Markgrafen übergehen, während von Stadt Guhrau mit zugehörigem Land Herzog Johann den Nutzniess auf Lebenszeit haben sollte¹². Zu beachten ist, dass Herzog Johann überhaupt kein Eigentumsrecht mehr an diesem Lande zustand, sondern nur Nutzungsrecht auf

9. D. h. des Glogauischen und Beuthenschen Kreises. cf. Urk. vom 10. Jan. 1360. LBU. I 172.

10. Chron. princ. Pol. l. c.: Johannes autem domino Johanni regi Bohemiae mediam partem Glogoviae, concernentem se, vendidit. Die andere Hälfte von Glogau blieb bei Heinrich II. (IV.) [cf. H. Grotefend: Stammtafeln der schlesischen Fürsten. 2. Auflage 1889, Tafel II]. Nach seinem Tode wurde sein Sohn Heinrich V. damit belehnt. Cf. LBU. I 163. In der Urkunde heisst es: „und Glogaw halbe . . . da wir recht zu haben“. Früher bestritt König Johann, auf das Erbe Primkos († 1331; cf. Grotefend l. c.) Anspruch machend, Heinrich seine Rechte und verfügte als Herr über die ganze Stadt (cf. Grh. I 145/48 und Anmerkungen p. 59 no 61). Mit dem Jahre 1344, wo die oben erwähnte Belehnung stattfand, gab König Johann die 2. Hälfte der Stadt auf. (cf. Minsberg: Geschichte der Stadt und Festung Gross-Glogau. 1853. Bd. I p. 208 u. 210; 214 anm.)

11. Grh. I 169.

12. RK. 6403. LBU. I 160.

Lebenszeit, weil er durch den Vertrag vom 27. August 1337 seinen Brüdern das Eigentumsrecht veräussert hatte¹³. Da nun die rechtmässigen Besitzer des Landes gegen die Verpfändung Einspruch erhoben, verlor der mit dem Markgrafen Karl geschlossene Vertrag des Herzogs seine Gültigkeit¹⁴.

Einige Jahre später verkaufte dann Herzog Konrad, Herr zu Oels, an König Johann und dessen Erben die Hälfte der Stadt und des Landes Guhrau mit der Hälfte der Städte Steinau und Köben, also seinen rechtmässigen Anteil an dem Gebiet, für 5000 Mark¹⁵. Ausserdem erhielt der Böhmenkönig die Stadt Frauenstadt ganz mit der Bestimmung, die Hälfte derselben nach dem Tode des Herzogs Johann unentgeltlich dem Eigentümer, dem Herzog Heinrich, Herrn zu Sagan, zurückzugeben¹⁶. Da dem Herzog Johann gemäss des Vertrages vom August 1337 noch Nutzungsrecht auf Lebenszeit zustand, so konnte dieser Verkauf nicht ohne seine Zustimmung geschehen. An demselben Tage, an dem der Verkauf abgeschlossen wurde — es war am 12. August 1345 —, bekannte Herzog Johann, dass der Verkauf recht und redlich geschehen sei, und erhielt als Entschädigung für sein Nutzungsrecht 1500 Mark, für deren Zahlung gewisse Bedingungen festgesetzt wurden¹⁷.

13. LBU. I 147. Der Vertrag wurde von König Johann am 25. März 1338 sanktioniert, wodurch er manchen Vorteil gewann. LBU. I 151/3.

14. LBU. I 161. Am 19. Nov. 1342 musste der Herzog Joh. seinem Bruder Konrad von Oels und seinem Neffen Heinrich von Sagan geloben, nichts von den Ländern zu entfremden und den Brief des Markgrafen auszuliefern.

15. LBU. I 165/66.

16. civitatem nostram Vrowenstat exnunc integram, sed post mortem illustris domini Johannis ducis Slesie et domini Gorensis fratris nostri, ita quod alia medietas ad illustrem dominum Henricum ducem Slesie et dominum Saganensem patrum nostrum devolvatur, quam eciam idem dominus noster rex heredes et successores sui sibi extunc restituere et reddere tenebuntur libere et absque omni pecuniarum tradicionem . . .

Wenn in den Inkorporations-Urkunden¹⁸ vom 7. April 1348 und vom 9. Oktober 1355 von (ganz) Steinau und Guhrau die Rede ist, so kann das nicht richtig sein. Bei der Befehnung des Herzogs Johann durch König Karl am 11. September 1347¹⁹ spricht letzterer nur von der Hälfte der Städte und Lande Steinau und Guhrau und hebt ausdrücklich hervor, dass ihm die andere Hälfte gehört²⁰. Auch wissen wir, dass Herzog Johann im Jahre 1358 noch halb Steinau besass²¹. Ausserdem machten Karl und Wenzel im Jahre 1375 nur auf halb Guhrau Anspruch²². Es hat sich also, so wunderbar es bei der Wichtigkeit der Urkunden klingen mag, in diese eine Ungenauigkeit²³ eingeschlichen.

Ferner vermissen wir in den genannten Urkunden, in denen doch der sonstige ganze Besitz Böhmens in Schlesien aufgezählt ist, die Erwähnung von halb Köben. Aus einer späteren Urkunde erfahren wir, dass der König dieses Gebiet nicht aufgegeben hatte²⁴.

17. LBU. I 166/67.

18. LBU. I 10/11. Die Zusätze von 1355 sind besonders gekennzeichnet. Cf. Grh. I 179. Da der Aufsatz Grhs. in der ZfSchlG. Bd. 17 wörtliche Aufnahme in „die Geschichte Schlesiens“ gefunden hat, wird er nicht weiter berücksichtigt.

19. LBU. I 167.

20. „in quibus media pars nobis et tibi residua provenire debebit.“ I 167.

21. LBU. I 171.

22. LBU. I 188.

23. Dies ist übrigens nicht die einzige Flüchtigkeit. Während in diesen Urkunden bei der ersten Nennung von Glogau richtig „mediam partem“ beigesetzt ist, fehlt dieser Zusatz bei der zweiten Erwähnung dieser Stadt. Cf. LBU. I 10 u. 11.

24. LBU. I 180/81. Wir nehmen an, dass Koeben ebenso wie Guhrau und Steinau nach dem Kauf sofort an Böhmen übergegangen ist. Der König Johann hatte ja auch das Nutzungsrecht besonders gekauft. Nach einer Urkunde vom 15. Jan. 1358 soll Herzog Johann von Schlesien, Herr von Steinau „ganz Koeben“ an seinen Vetter (Neffen) Heinrich von Glogau und Sagan verkauft haben. Die Urkunde hat aber sicher keine Beachtung gefunden. Denn am 28. April wird der Kauf

Die erste Erwerbung Karls nach seinem Regierungsantritt ist die hart an der Grenze der Landschaft Glatz gelegene Stadt Frankenstein mit Weichbild und dem Kloster Kamenz. Er löste sie von dem Ritter Heinrich von Haugwitz, dem am 21. Juli 1346²⁵ genanntes Gebiet von dem Herzog Nicolaus, Herrn zu Münsterberg, für 1000 Mark böhmischer Groschen versetzt worden war, am 12. November 1348 um die Pfandsumme ein²⁶. Bürgermeister, Rat und Bürger der Stadt zu Frankenstein bestätigten die Weiterverpfändung, die Haugwitz vom Herzog gestattet war, und gelobten ihrem neuen Herrn treu, gehorsam und untertänig zu sein und ihm „zu einem rechten Pfande zu warten“²⁷, wofür ihnen Karl alle ihre früheren Privilegien bestätigte²⁸. Dass die Stadt Breslau die Hälfte der Einlösungssumme erlegt hatte, ersieht man aus einer Urkunde Karls vom 24. November 1348, in der er dieser Stadt dafür den jährlichen Zins von den Juden zu Breslau und Neumarkt überliess²⁹. Karl benutzte dann eine Geldverlegenheit des Herzogs Nicolaus, um auch das Eigentumsrecht über dieses Gebiet an sich zu bringen³⁰. Am 9. November 1351 gab der Herzog bekannt, dass er Frankenstein und Kamenz für 6000 Mark böhmischer Groschen veräussert und sich jeglichen Anspruchs an ge-

wiederholt und nur von halb Koeben geredet. LBU. I 180|81. Was der Herzog hier verkaufte, kann nur das Nutzungsrecht gewesen sein, das ihm an halb Koeben noch zustand. Nach dem Tode des Herzogs Bolko von Schweidnitz-auer machte Karl für seinen Sohn Wenzel Ansprüche darauf. LBU. I 185. Es war dem Herzog ebenso wie Glogau und Steinau (beides halb) auf Lebenszeit überlassen; sicherlich zur gleichen Zeit, so dass das Fehlen von Koeben in der Inkorporationsurkunde nicht gerechtfertigt ist. Was Fraustadt angeht, so soll es an Polen abgetreten sein. Cf. Minsberg p. 214.

25. Pfortenhauer Cod. dipl. Silesiae X (1881) 152.

26. PU. II 177 no. CLXXX u. Cod. dipl. Sil. I. c. 166.

27. CGD. I 1057 ff. Cod. dipl. Moraviae VII 622.

28. RK. 6545. Cf. RK. 6543.

29. RK. 780.

30. Cod. dipl. Sil. X 181.

nannte Gebiete begeben habe, entband die Untertanen der ihm geleisteten Eide und wies sie an Böhmen.

Am Ende des Jahres 1352 oder Anfang 1353 kaufte der König von dem argverschuldeten Herzog Wenzel von Liegnitz-Brieg, dem Sohne des kurz vorher verschiedenen Herzogs Boleslav, die Feste Namslau, am Flüsschen Weida gelegen. Von der Kaufsumme, die 3000 Schock Prager Groschen betrug, wurde nur ein Teil — nämlich 1300 Mark — gleich bezahlt; für den Rest wurde eine Verzinsung mit $12\frac{1}{2}\%$ vereinbart³¹.

Bevor wir zu der Haupterwerbung Karls IV. in Schlesien übergehen, müssen wir noch kurz der Verhältnisse in der Landschaft Glatz gedenken. Sie war nach dem Tode Herzogs Bolko II. von Münsterberg³², dem sie ja für seine Lehnsauftragung auf Lebenszeit überlassen war, wieder an die Krone Böhmen gekommen³³. Vor dem Jahre 1350 hatte nun Karl das Glatzer Land für eine Schuld von 1800 Schock Groschen an Albert von Crenewicz versetzen müssen, hatte aber für die Einlösung desselben Sorge getragen. Durch die Bereitwilligkeit der Einwohnerschaft des Landes war ihm die Lösung ermöglicht worden³⁴.

Zur Landschaft Glatz gehörte auch die Herrschaft Karpenstein. Schloss Karpenstein war vom König Johann versetzt worden; Karl löste es am 29. Januar 1353 vom damaligen Pfandinhaber, dem Edlen Mersan von Parchewitz wieder ein und gelobte das Schloss nie wieder von dem Königreich Böhmen noch der Landschaft Glatz zu entfremden und veräußern, weil auch hierzu die Bewohner

31. Die Zeit des Kaufs geht aus diesen am 1. Mai 1353 festgelegten Bestimmungen hervor. terminus a quo: Tod Boleslavs; terminus ad quem: 1. Mai 1353. LBU. I 71.

32. † 11. Juni 1341.

33. Maetschke I. c. 17.

34. RK. 6300 u. vgl. Glatzer Gesch.-Quellen I (1883) 102.

des Distrikts und der Stadt Glatz für einen Teil des Lösegeldes gut gesagt hatten³⁵.

Karl hatte bereits kurz nach seinem Regierungsantritt alle unmittelbaren Besitzungen Böhmens in Schlesien, sowie die von der Krone Böhmen zu Lehen rührenden Gebiete dem Königreich Böhmen auf ewig einverleibt³⁶, wiederholte diese Inkorporation aber unter Hinzufügung der Neu-Erwerbungen kraft kaiserlicher Autorität am 9. Oktober 1355³⁷.

Wenn Karl Feste und Stadt Namslau, die doch schon seit dem 9. Oktober 1355 mit Böhmen auf ewig verbunden war, am 2. Februar 1359 dem Königreich nochmals einverleibte, so geschah es wohl deshalb, weil an diesem Tage die noch schuldig gebliebene Summe bezahlt wurde, worauf die Worte: „in parata comparasse et exsolvisse pecunia“ hindeuten³⁸. Denn erst nach vollständiger Bezahlung konnte

35. RK. 6310. Grh.: LBU. II 175. Maetschke 30. Am 17. Juni 1354 gab Karl das Schloss seinem Bruder Johann als böhmisches Erb-lehen. Glatzer Gesch.-Q. I. c. 150.

36. 7. April 1348. LBU. I 8.

37. LBU. I 12.

38. RK. 2900; LBU. I 71. Wenn Grh. p. 179 sagt: „Die Inkorporation dieser Stadt in den unmittelbaren Besitz und ihre Verbindung mit dem Herzogtum Breslau 1359, bei dem dieselbe dann definitiv geblieben ist, zeigt uns die einzige praktische Folge des Versprechens, welches Karl IV. 1352 den Breslauern gab, alles, was er sonst noch von Polen gewinnen werde, dem Herzogtum Breslau einzuverleiben“, so hat er rückschliessend von der Urkunde König Wenzels vom 1. Okt. 1397 [LBU. I 79 u. cf. Grh. Anm. p. 67 no. 4] etwas in die Urkunde von 1359 hineingelegt, was nicht darin steht. Gewiss musste die Verwaltung der Stadt Namslau von der Vogtei und Hauptmannschaft (capitanatus) Breslau aus geschehen, weil sie von Böhmen, selbst von der Glatzer Landschaft, so weit entfernt war, dass eine erspriessliche Verwaltung nicht von diesen Gebieten aus erfolgen konnte, sondern eben nur von dem benachbarten Breslauer Herzogtum besorgt werden musste. Dies Verhältnis der beiden Gebiete zueinander hat aber keine rechtliche Sanktionierung gefunden, und die Verbindung Namslaus mit Breslau ist nicht so geschehen, wie Karl es den Breslauern versprochen hatte. In der Abmachung vom 10. Februar 1352 (LBU. I 70) heisst es,

der König die Stadt als unbestreitbares Eigentum betrachten. Diese Ansicht wird noch dadurch gestützt, dass Karl zu eben dieser Zeit (am 9. Februar) die Landvogtei in Namslau käuflich erwarb³⁹.

Vor allem musste Karl daran gelegen sein, den Herzog Bolko von Schweidnitz, der von seinem Bruder auch noch Jauer geerbt hatte, für sich zu gewinnen. Dieser hatte sich ja, trotzdem er unmittelbarer Nachbar des Königs von Böhmen war, seine volle Selbständigkeit gewahrt. Es war ihm gelungen, weil er an dem auf die böhmischen Herrscher natürlich neidischen Polenkönig einen Rückhalt gefunden hatte. Nach einem Kampfe, den Karl mit Bolko und dem König Kasimir von Polen zu Anfang seines Regierungsantrittes zu bestehen hatte, und der durch den Vertrag vom 22. November 1348 sein Ende fand, hatte Karl es verstanden, ihn dauernd an sich zu fesseln⁴⁰.

Bereits am 16. August 1350 versprach Herzog Bolko König Karl und seinen Erben, den Königen von Böhmen, sein Land und seine Herrschaft keinem Fürsten oder Herren in keiner Weise, weder zu Eigen, Lehen oder Erbe vermachen oder verschreiben zu wollen⁴¹. Damit war der Herzog schon etwas gebunden; er hatte sich des freien Verfügungsrechtes über sein Land begeben. Dass Karl an Schweidnitz und Jauer viel lag, und er die Gewinnung der Herzogtümer für sein Haus von Anfang an erstrebte, zeigt uns auch der Ehe-

dass Karl alle Neuerwerbungen erst der Stadt Breslau, dem Herzogtum und dem Territorium des Landes einverleiben und dann erst (et demum) der Krone Böhmen inkorporieren wolle. Davon steht aber in der Urkunde vom 2. Februar 1359 [RK. 2900] nichts. Den Grund für die Wiederholung der Inkorporation haben wir oben gefunden. Unsere Ansicht passt ausserdem vorzüglich zu der von Grünhagen im Nachsatz geschilderten Tätigkeit des Hauptmanns von Breslau und widerspricht der Urkunde Wenzels nicht.

39. RK. 6980.

40. PU. I 170. Text I 232. Grh. I 180 ff.

41. PU. I 167.

vertrag vom 13. Dezember 1350, den beide Fürsten miteinander eingingen⁴². Es wurde eine Ehe zwischen Karls vor kurzem erst geborenen Söhnchen Wenzel und der Nichte des Herzogs Bolko oder einer event. noch zu erwartenden Tochter vorgesehen, die dann nach dem Tode ihres Onkels resp. Vaters die Länder erben sollte. Allerdings wurde aus diesem Vertrage nichts, da der junge Königssohn bald starb. Karl gab seine Absichten und Hoffnungen auf die Herzogtümer keineswegs auf. Wie grosses Interesse der König daran hatte, seiner Familie das Erbe des kinderlosen Fürsten zu sichern, erhellt daraus, dass er wenige Monate nach dem Tode seiner zweiten Gemahlin Anna, der Tochter des Pfalzgrafen, die ungefähr 14 Jahre alte, also ausserordentlich jugendliche Nichte des Herzogs im Mai 1353 ehelichte⁴³, um seinen Nachkommen Anrechte auf Schweidnitz und Jauer zu verschaffen. Zu gleicher Zeit verzichtete König Ludwig von Ungarn, Annas Oheim, bei dem sie seit längerem weilte, bei dem auch die Hochzeit stattgefunden hatte, für immer auf die beiden Herzogtümer zugunsten des böhmischen Königs, seiner Erben und der Krone⁴⁴. Von Ofen aus begab sich Karl mit seiner jungen Gemahlin, an den Hof des Herzogs Bolko, um die Erbschaftsverhältnisse regeln zu lassen. Die Abmachungen der beiden Fürsten datieren vom 3. Juli. An diesem Tage vermachte Bolko für den Fall, dass er, ohne männliche Erben zu hinterlassen, sterben würde, seiner Nichte Anna, als einer Königin von Böhmen, und ihren eventuellen Leibeserben mit Karl seine Herzogtümer⁴⁵. Der König bestätigte diese Bestimmungen, verschrieb seiner Gemahlin ein Leibgedinge⁴⁶ und ver-

42. LBU. I 494.

43. ZfSchlG. XVII 7. Anm. 3.

44. LBU. I 496.

45. LBU. I 497/99.

46. LBU. I 450.

machte dem Herzog das Zobtenschloss⁴⁷. Doch mußte Anna sich zu verschiedenen Zugeständnissen verpflichten⁴⁸:

1. Die Einwohner bei ihren Rechten, Freiheiten und Besitzungen zu lassen;
2. sie zu keinen Diensten ausserhalb der Grenzen zu zwingen;
3. sie nicht vor das böhmische Gericht zu zitieren;
4. die Herzogtümer nicht zu trennen und nur auf den Ältesten zu vererben.

Am Tage darauf, den 4. Juli, nahm dann der König auf Grund der Abmachungen für seine Gemahlin und die event. Leibeserben von den Städten Huldigung und Treuschwur entgegen⁴⁹. Ferner sicherte sich Karl seine Ansprüche dem Markgrafen von Brandenburg, Ludwig dem Römer, gegenüber, der auf sein Anrecht, das ihm von Heinrich von Jauer her zustand, verzichtete⁵⁰. Ebenso gab der König von Posen alle seine Ansprüche auf die beiden Herzogtümer auf⁵¹.

Karl war nicht nur sorglich bemüht seinen ganzen Besitz zusammenzuhalten und alle Länder und Gebiete, über die er verfügte, auch nach seinem Tode der Krone Böhmen und seinen Nachfolgern zu sichern, sondern war auch von dem Wunsche beseelt, seinem Thronfolger die schlesische Erbschaft zu verschaffen. Da er bis zum Jahre 1359 noch keinen Sohn besass, bestimmte er seinen Bruder Johann, den Markgrafen von Mähren, zum künftigen König, falls er keine männlichen Leibeserben gewönne. Damit nun für diesen Fall der Krone die Herzogtümer nicht verloren gingen, kam er mit seinem Bruder überein, dass einer seiner Söhne seine Tochter aus der Ehe mit Anna von Schweidnitz heiraten

47. LBU. I 501.

48. Sommersb. Script. 1, 865. Karl bestätigt dieses Gelöbniß. RK. 1561.

49. LBU. I 502/04.

50. BKr. 413.

51. 1. Mai 1356. LBU. I 507.

solle. Dieser Sohn des Markgrafen, der die Tochter des Kaisers ehelichen würde, sollte dann nach des Markgrafen Tode den böhmischen Thron besteigen⁵². Der Herrscher suchte also, soweit es in seinen Kräften lag, die Trennung der Herzogtümer von Böhmen zu vermeiden und tat alles, um sie zu verhindern.

Am 21. Februar 1361 wurde dem Kaiser endlich der langersehnte Thronfolger geschenkt, und damit waren die Ansprüche der Krone Böhmen gesichert. Der Inhaber der Herzogtümer starb am 28. Juli 1368 ohne Kinder⁵³, und nun fiel sein Land vertragsmässig an König Wenzel. Der Kaiser, der zu dieser Zeit gerade in Italien weilte, konnte erst im Herbst des folgenden Jahres die Lande selbst in Besitz nehmen⁵⁴. Die endgültige Erwerbung war nicht durch einfache Besitznahme bewirkt, sondern es galt noch, die Personen, die einigermassen begründete Ansprüche machen konnten, irgendwie zufriedenzustellen. Karl musste in Böhmen eine allgemeine Landsteuer erheben, um einerseits die von dem verstorbenen Herzoge beim Polenkönige gemachten Schulden zu tilgen und andererseits seine Tochter Elisabeth, seit dem 19. März mit dem Herzog Albrecht III. von Oesterreich vermählt, zu entschädigen⁵⁵. Auch Bolko von Münsterberg musste gegen Entgelt dem Land entsagen und jegliches Anrecht daran aufgeben⁵⁶.

Am 12. Oktober verzichtete die noch minderjährige Tochter Elisabeth, Herzogin von Oesterreich, zu diesem Zwecke für mündig erklärt⁵⁷, zugunsten ihres Bruders Wenzel auf die Herzogtümer Schweidnitz und Jauer⁵⁸. Wenzel wurde vom Kaiser ebenfalls für volljährig erklärt, damit er

52. PU. II 316. Reg. K. 2911.

53. Beneš: Script. Boh. II 402.

54. RK. 4782 a.

55. Beneš Weitmül. I. c. 402.

56. eod. loc. und LBU. I 519.

57. RK. 7293.

über die Erbschaft frei verfügen konnte⁵⁹. Dieser vermachte nun seinem Vater und der Krone Böhmen die Lande, falls er vor ihm ohne Leibeserben sterben würde⁶⁰. Unter Zustimmung der Herzogin Witwe Anna, die ja während ihrer Lebenszeit ihr Leibgedinge auf den beiden Herzogtümern hatte, hatten Wenzel und im Falle seines kinderlosen Ablebens Karl, als König von Böhmen, sich von den Ständen huldigen lassen und ihnen dafür ihre Freiheiten bestätigt⁶¹. Auch gaben sie das Versprechen ab, die Länder weder zu verkaufen, noch sonst irgendwie von dem Königreich Böhmen zu entfremden, sondern sie ewiglich dabei zu lassen und zu halten⁶².

Nach dieser Erwerbung befand sich ganz Schlesien teils mittelbar, teils unmittelbar in der Hand des Böhmenkönigs. Er hatte erworben und an sich gekauft, was er konnte, ohne mit Gewalt einzugreifen und angestammte Rechte zu verletzen. Besonders lehrreich ist die Erwerbung von Schweidnitz und Jauer. Wir können an ihr verfolgen, wie Karl bemüht war, das Land von Stufe zu Stufe an sich zu bringen, bis er es endlich ganz in der Hand hatte.

58. LBU. I 514. Ein wirkliches Anrecht auf die Lande hatte Elisabeth eigentlich nach der Erklärung ihrer Mutter vom 3. Juli 1353 nicht. (Sommersberg I 865.) Entschädigung konnte sie natürlich beanspruchen (s. o. S. 13).

59. LBU. I 511.

60. LBU. I 515.

61. LBU. I 512 u. 518.

62. LBU. I 515, 517, 518. Beneš l. c. 402.

2. Abschnitt.

Karl IV. und das Egerland.

Stadt und Land Eger, alter Reichsbesitz, war König Johann von König Ludwig dem Bayern als Entschädigung für seine Unterstützung der Wittelsbacher im Kampfe gegen die Habsburger für 20 000 Mark verpfändet worden¹. Das versetzte Gebiet bildete wohl im grossen Ganzen einen geschlossenen Komplex, doch reichten die Besitzungen der Burggrafen von Nürnberg, der Vögte von Plauen und des Klosters Walsassen in das sogenannte Egerland hinein². Ausserdem lag noch freieigenes Gebiet einiger Ritter und Herren dort.

Zu dem Pfandgebiet erwarb sich König Johann folgende Besitzungen hinzu: Dorf und Feste Brambach³. Ferner nahm er am 25. August 1331 die von König Rudolf an die Vögte von Plauen vom Reiche veräusserten Dörfer und Güter Asch und Selß für die Krone Böhmen und versprach die Pfandsumme bis zu einem bestimmten Termine zu bezahlen⁴. Auch Redwitz (Reichspfandschaft) ist im Besitz des Königs gewesen⁵. Schloss und Feste Neiperg, nördlich von Asch an der Asche gelegen, wurde ihm 1331 vom derzeitigen Besitzer, der es als freies Eigen besass, zu Lehen

1. Gradl, Geschichte des Egerlandes. Prag 1893. Cf. 158; über die Ausdehnung des Landes l. c. 159.

2. l. c. 159.

3. l. c. 169.

4. l. c. 169. Müller Urkunden des Vogtlandes. Mitt. des Altert.-Vereins zu Plauen 1883 no. 312.

5. Cf. Urkunde vom 21. Jan. 1342. Cod. Mor. VII 279.

aufgetragen⁶, ebenso die im äussersten Osten des Egerlandes gelegene Stadt und Schloss Falkenau⁷.

Welche Bedeutung Karl Stadt und Land Eger beilegte, wird aus den zahlreichen hauptsächlich der Stadt gegebenen Privilegien klar. Von grösster Wichtigkeit war es natürlich, dass Karl auch zu gleicher Zeit auf dem deutschen Königs-
thron sass, dass er also natürlicher und Pfandherr des Gebietes in einer Person war. Es braucht uns nicht wunderzunehmen, dass Karl als deutscher König das ihm vom Reiche als König von Böhmen verpfändete Reichsgut nicht wieder einföste. Abgesehen davon, dass es, solange die beiden Kronen auf einem Haupte ruhten, praktisch nicht viel ausmachte, hätte er der böhmischen Krone geschadet. Warum sollte er sich auch von den Reichseinnahmen, die so wie so in seine Kammer flossen, 20 000 Mark als böhmischer König nehmen, und dafür als solcher auf den Besitz des Egerlandes verzichten? Im Gegenteil! Er war vielmehr bemüht es enger mit Böhmen zu verknüpfen.

Wohl liess er die Stadt bei ihren Privilegien, legte ihr nicht die in Böhmen übliche Königssteuer, die sogenannte „berna“ auf, denn der Charakter der Pfandschaft durfte der Stadt nicht genommen werden. Er erleichterte ihr aber den Verkehr mit böhmischen Städten ausserordentlich. So bewilligte Karl der Stadt Eger resp. den Bewohnern derselben, kurz nach ihrer Huldigung am 18. Mai 1350, volles Bürgerrecht zu Prag „gänzlichen in allen Sachen zu kauffen und zu verkauffen und aller derselben Burger zu Prag Genaden und Freiheit zu gebrauchen und zu genuessen“⁸. Wenn Karl dann weiter am 30. Mai 1351 anordnete, dass von den Burg- und Kauffeuten zu Eger keine Zölle zu nehmen seien, wenn sie nach Böhmen hinein wandeln oder nach Hause zurückkehren⁹, so zeigte er durch seine Massnahmen

6. Gradl eod. loco.

7. l. c. 180. CGD. I 1083; 3. Juni 1339 von Niklas Winkler.

8. PU. I 75. Winkelmann: Acta imperii II 500.

ganz deutlich, dass er an eine Rücklösung von Reichswegen nicht dachte. Er rechnete das Land schon so zu Böhmen, dass er die Bürger einer böhmischen Stadt anweist, in zweifelhaften Fällen bei Eger Rechtsbelehrung zu suchen¹⁰. Auch liess er sich über den Pfandbesitz von allen Kurfürsten Willebriefe ausstellen, angeblich weil der Versatzbrief verbrannt sein sollte¹¹.

In der weiteren Umgebung Egers, die in der Literatur zum Egerland gerechnet wird, aber kein Pfandschaftsgebiet war, suchte Karl möglichst viel zu erwerben und so die Reichspfandschaften nach und nach mit böhmischen Gebiete einzukreisen.

Von Kloster Waldsassen kaufte Karl IV. den von Ludwig dem Bayern zur Stadt erhobenen Ort Bärnau bei Tirschenreut (jetzt in der Oberpfalz gelegen) für 600 Schock böhmischer Groschen zurück. Es gehörten zu dem Ort die Dörfer Ehenfeld (Ellenfeld), Breitenbrunn und die damals schon verlassenen Siedelungen Gerbersreut und Steinbach¹². Der Kauf von Bärnau muss, wie aus einigen dieser Stadt verliehenen Privilegien hervorgeht, um 1350 geschehen sein¹³, doch scheint das Geld erst nach und nach bezahlt worden zu sein, weil der Konvent des Klosters erst am 7. Oktober 1358 den Verkauf bestätigte und über den Empfang der Kaufsumme quittierte¹². Am 22. November bekannte dann Karl seinerseits, Bärnau mit genannten Dörfern für böhmisches Geld von Kloster Waldsassen gekauft zu haben und nahm den

9. PU. I 129.

10. PU. I 124. Et quod in causis dubiis quotiens opportunum fuerit ad appellationis remedium confugere iura, sententias et definitiones dubiorum talium, dum emergerent, a civitate nostra Egrensi dumtaxat et non alibi teneantur accipere.

11. Zusammenstellung der Willebriefe. BKr. 384 ff. CGD. I 1117 ff. u. 1197. Cf. Rs. 247. CBr. II 2, 378.

12. PU. II no. 265.

13. Cf. Gradl 213. Cf. RK. 1887.

ganzen Grundbesitz desselben in seinen, des Königs von Böhmen, Schutz und Schirm¹⁴.

Ferner erwarb sich Karl IV. lehns herrliche Rechte über ehemaliges Wasasser Gebiet.

Rüdeger v. Sparneck trug ihm am 2. Mai 1356, als einem Könige von Böhmen, seine Feste Waldstein, Schönbach, Stein und den Hof Wäld (Wallhof) mit allem Zubehör auf und empfang es als rechtes Mannlehen der Krone Böhmen zurück¹⁵. Das Gebiet hatte der Abt des Klosters schon am 7. November 1348 an Rüdeger verkauft¹⁶. Dieser trug es, als das Kloster auf Befehl des Papstes den entfremdeten Besitz zurückzuerwerben suchte¹⁷, der Krone Böhmen zu Lehen auf, um sich so das Gebiet zu sichern. Die Söhne Rüdegers veräußerten später (1370) ihren halben Teil an dem Markte zu Schönbach mit Gerichten und Zinsen, kurz allem Zubehör um 3500 Gulden an Karl, wofür ihnen der König die Feste Sparneck im Fichtelgebirge und den dritten Teil an der Stadt Münchberg daselbst, jenseit der Saale gelegen, zu rechtem Mannlehen verlieh¹⁸. Diesen Besitz, den die Gebrüder von Sparneck dem böhmischen Könige stets offen zu halten hatten, hatte Karl von Konrad v. Neiperg (Neuberg) erworben¹⁹.

Mit anderem klösterlichen Gebiete hatte Karl weniger Glück. Die Gebrüder von Weidenberg hatten ein vom Kloster Waldessen auf Wiederkauf veräußertes Gut,

14. RK. 2866. RA. 18, 265.

15. Sommersberg: Script. Sil. rei hist. Lipsiae 1732, Bd. III 75. Gradl 218. BKr. 426: fälschlich Wildenstein. Pelzel II 526. Waldstein im Fichtelgebirge. Schönbach nördlich von Wildstein. Stein bei Kirchberg. Wallhof bei Schönbach.

16. Gradl 193.

17. PR. no. 54.

18. Arch. f. G. u. Altk. f. Oberfrk, Bd. 14, Heft 1; von Dobeneck: Geschichte der von Sparneck eod. loc. Bd. 22, Heft 3, 1905. Gradl 239. CGD. I 1335.

19. Gradl 232/33.

nämlich Schloss Hardeck, den Flecken Albenreut nebst zugehörigen Ortschaften an sich gebracht und sich damit der Krone Böhmen zu Lehen verpflichtet²⁰. Doch gelang es dem Abt des Klosters rechtsgültige Ansprüche nachzuweisen, so dass sich der König nach ca. zwei Jahren, am 1. Januar 1360, genötigt sah, die ihm zu Lehen aufgetragenen Güter dem Kloster zurückzustellen²¹.

Ferner soll Karl Thierstein²², „die Burg und Feste auf des Reichs Berg und Boden Gebiet erbaut“²³, an Böhmen gezogen haben, dadurch dass er Albrecht Nothaft von Thierstein am 11. Juni 1358 zu Sulzbach mit seiner Feste „in der Krone Böhmen Schutz und Schirm“ nahm²⁴.

Wie wir gesehen, tritt Karl auch hier für sein Königreich Böhmen erwerbend auf. Nicht immer liess er die nötige Vorsicht walten, so dass er auch einmal neu erworbenes Gebiet wiederherausgeben musste. Die Behandlung der Reichspfandschaft Eger ist für den Herrscher, dessen Ideal Begründung einer grossen Hausmacht war, charakteristisch.

20. BKr. 457. In dem tschechischen Regest heisst es, dass die Gebrüder „koruně k manství podávaji Burgstadtl (?), Ardek a jiné vesnice“. Jireček hat Burgstadtl als Namen aufgefasst, was unzweifelhaft falsch ist. Burgstadtl kann hier nur „Burgstätte“ bedeuten.

21. RK. 3027.

22. Bei Markt Leuthen in Oberpf.

23. Gradl 181.

24. Gradl 224. Dem widerspricht aber eine Urkunde, vom 10. Sept. 1362. CGD. I 1274, in der Walter und Rudolf Gebrüder von Ramsperg bekennen, dass sie ihre Festen Wildenstein und Thierstein, „die unser väterlich frei eigen sind“, von Karl IV. als römischem Kaiser zu Lehen empfangen haben, und er sie in des Reichs Schutz genommen hat, wofür sie Karl als Kaiser an dem Reiche zu dienen geloben. Wunderbarerweise steht in der von „Lünig“ angefertigten Ueberschrift, dass die Feste böhmisches Lehen geworden sei, was Pelzel II 718 ohne weiteres herüber nimmt.

3. Abschnitt.

Karls Erwerbungen im heutigen Süddeutschland.

§ 1.

Gewinnung der Oberpfalz.

Grösseres Interesse verdient entschieden die Gewinnung des Gebietes, dem wir uns jetzt zuwenden wollen, doch werden wir später zu zeigen Gelegenheit haben, dass das Verhalten Karls zum engeren und weiteren Egerland für Böhmen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hatte.

Am 4. März 1349 vermählte sich Karl IV in zweiter Ehe mit der Pfalzgräfin Anna, der Tochter des Rheinpfalzgrafen Rudolf¹. Diesen Schritt tat Karl damals sicherlich, um die Partei des Gegenkönigs Günther von Schwarzburg, für den der Pfalzgraf Rudolf auch seine Stimme abgegeben hatte, zu schwächen und so die Stellung desselben zu erschüttern. Es ist ja bekannt, dass die Verbindung des Böhmenkönigs mit dieser einen Wittelsbachischen Linie den Sturz Günthers vorbereitete. Denn nicht zum wenigsten bewirkte dieses Bündnis und Einvernehmen Karls mit Rudolf, dass sich die Gegner von ihrem Oberhaupte zurückzogen und es schnöde im Stiche liessen. Doch wir haben in unserem Zusammenhange nicht auf die eben hervorgehobene Wirkung dieser Vermählung den Hauptakzent zu setzen, uns interessiert mehr das, was über die Morgengabe der Gemahlin Karls bestimmt und über die Nachfolge in den pfälzischen Landen

1. RK. 880 a. Vgl. dazu ferner Häusser: Geschichte der Rheinpfalz I (1845) 160. Von Riezler: Geschichte Bayerns kommt Band III in Betracht.

abgemacht wurde², denn der Pfalzgraf hatte keine männlichen Nachkommen; wir haben zu zeigen, inwiefern die Ehe zur Gewinnung der Oberpfalz mitwirkte.

Karl bekam als Zugeld und Morgengabe von seinem Schwiegervater 6000 Mark, die ihm nicht bar ausgezahlt, sondern auf die Orte: Hartenstein, Auerbach, Velden, Plech und Neidstein angewiesen wurden. Diese ihm als Pfandschaften eingeräumten oberpfälzischen Ortschaften sollten nach Bestimmung des Pfalzgrafen während Karls ganzer Lebenszeit in dessen Hand bleiben, auch wenn seine Gemahlin Anna vor ihrem Gatten sterben sollte. Auch vermachte Rudolf seiner Tochter sein Land für den Fall, dass er, ohne Söhne zu hinterlassen, sterben würde, und bestimmte, dass alle Burggrafen, Amtleute, Mannen, Ritter und sonstige Untertanen seiner Tochter und seinem Schwiegersöhne Eventualhuldigung leisten sollten. Karl wurde ein gewisser Einfluss auf das Gebiet eingeräumt; denn der Pfalzgraf versprach alle jenem nicht gefallenden Burggrafen und Amtleute zu entsetzen. Am 26. Juni verpflichtete sich ausserdem Dietrich von Wildenstein, der Amtmann und Vitztum der pfalzgräflichen Lande, dem Könige dem Vertrage gemäss das Gebiet zu übergeben³. Nach Aussöhnung mit den übrigen, namentlich den brandenburgischen Wittelsbachern zu Dresden im September 1351 verlangte Karl die Anerkennung seines mit dem Pfalzgrafen Rudolf geschlossenen Vertrages. Ludwig der Römer musste sowohl dem Pfalzgrafen⁴ wie dem Könige⁵ gegenüber auf die der Fürstin versprochenen Länder verzichten, wobei die zur Kur gehörigen Rechte und die von der Pfalz zu Lehen rührenden Grafschaften und Mannschaften ausgenommen wurden. „Nur

2. Ehevertrag abgedruckt: RA. VIII 8 u. Cod. Mor. 7, 647 ff.
Cf. Rs. 86.

3. CGD. I 1061 ff.

4. PfR. 2372.

5. Rs. 144.

wenn Anna ohne Kinder aus dem Leben scheidet, sollen die Lande dahin heimfallen, woher sie gekommen sind. Der König und seine Erben dürfen sie aber solange besetzen, bis die von Rudolf gemachten Schulden getilgt sind.“ Dafür sagten Karl und Anna den Markgrafen Ludwig von Brandenburg einer von dessen Vater der Königin zur Heimsteuer versprochenen Summe von 6000 Mark los⁶.

Wir sehen, wie der König eifrig bemüht war, dem Verträge Anerkennung zu verschaffen und sich und seinen Erben die Lande seines söhnelosen Schwiegervaters zu sichern. Noch lebte ja sein erstgeborenes Söhnchen Wenzel. Doch nur ein allzukurzes Leben war ihm beschieden; im Dezember desselben Jahres starb er bereits. Die Mutter folgte ihm nach 13 Monaten ins Grab, ohne einem zweiten Kinde das Leben geschenkt zu haben. So waren Karls Hoffnungen auf die Pfälzer Erbschaft vernichtet; und doch sollte ihm die Verbindung mit dem pfalzgräflichen Hause ein schönes Stück Land eintragen!

Durch namhafte Geldaufwendungen hatte sich Karl die Pfälzer zu verpflichten gewusst. Einmal hatte er seinem Schwiegervater wohl nach und nach grössere Beträge geliehen, wofür ihm schon 1351 Schadloshaltung an dem Lande verbrieft wurde⁷. Ausserdem hatte er den Pfalzgrafen Ruprecht den Jüngeren, den Neffen Rudolfs, der zugunsten seines bayrischen Veters an dem Kriege gegen den falschen Waldemar in Brandenburg teilgenommen hatte und dabei in die Gefangenschaft des Herzogs Rudolf von Sachsen geraten war, aus der Haft gelöst. Am 1. Mai 1353 versprach Karl ein Lösungsgeld von 12 000 Schock böhmischer Groschen zu bezahlen⁸. Natürlich hatte er dem pfalzgräflichen Hause diesen Dienst nicht umsonst geleistet, sondern beanspruchte

6. RK. 1422.

7. PfR. 2372.

8. Sommersberg I 989.

von Ruprecht dem Älteren, der jetzt an seines blinden Bruders Statt die Regierung führte, für die ausgelegte Summe eine angemessene Entschädigung. Er erhielt die in der Oberpfalz gelegenen Festen Waldeck, Störnstein, Neustadt, Hirschau, Murach und Draschwitz⁹, doch behielten sich die Pfalzgrafen Ruprecht der Ältere und Jüngere Rücklösung binnen Jahresfrist vor, was sie sich ausdrücklich von Karl bestätigen liessen¹⁰. Dieser Vertrag vom 17. Juli 1353, dem allerlei Misshelligkeiten vorausgegangen waren, kam durch Vermittlung des Herzogs Albrecht von Oesterreich zustande¹¹.

Nach dem Tode des Pfalzgrafen Rudolf fand dann eine endgültige Regelung der Gebietsverhältnisse statt; denn der Böhmenkönig musste noch für die seinem Schwiegervater geliehenen Gelder entschädigt werden. Und bei den Verhandlungen zu Hagenau am 29. Oktober 1353 zeigte sich, wie bedeutungsvoll für die Vergrößerung der böhmischen Erblande die Annäherung Karls an den Pfalzgrafen Rudolf durch die Verheiratung mit dessen Tochter geworden war. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass ohne die verwandschaftliche Verbindung der beiden Fürstenhäuser Karl dem Pfalzgrafen kein Geld geliehen und die Lösung Ruprechts aus der Gefangenschaft zu Wittenberg nicht bewirkt haben würde. Ebenso sicher ist es, dass der König mit kluger Berechnung den Geldverlegenheiten der pfälzischen Herrscher abgeholfen hatte, um sich bei Zahlungsunfähigkeit mit Gebiet entschädigen zu lassen.

Bei der Abfindung Karls waren also folgende Ansprüche zu berücksichtigen:

1. Pfandschaftsrechte auf den am 17. Juli abgetretenen

9. Rs. 175. 17. Juli 1353. Die Orte liegen teilweise ziemlich weit von einander entfernt.

10. RK. 1568.

11. Rs. 174.

Ortschaften, die sich im günstigsten Falle binnen Jahresfrist in volles Eigentum verwandeln konnten.

2. Lebenslängliche Pfandschaftsrechte auf den Orten: Hartenstein, Auerbach, Velden, Plech und Neidstein gemäss dem Heiratsvertrage.

3. Ansprüche auf Entschädigung für die seinem Schwiegervater geliehenen 20 000 Gulden.

Diese Verpflichtungen lösten die Pfälzer dadurch ab, dass sie dem König folgende, seinem Lande benachbarten, Festen, Städte und Märkte abtraten:

1. Als Entschädigung für das Lösegeld die Festen: Neustadt, Störnstein, Hirschau und Lichtenstein.

2. Für die Rudolf geliehenen 20 000 Gulden, sicherlich unter Berücksichtigung der Pfandschaftsrechte wegen der Morgengabe seiner bereits verstorbenen Gemahlin, die Festen, Städte und Märkte: Sulzbach, Rosenberg, Hartenstein, Neidstein, Turrendorf, Hippoltstein, Hohenstein (Hoenstein), Lichteneck, Frankenberg, Lauf, Eschenbach, Hersbruck, Auerbach, Velden, Pegnitz und Plech mit allem Zubehör „benamen mit pfandschaften von dem rich oder sust von imand andirs alz sie der obgenannte innen gehabit.“

Die Pfälzer betrachteten diese Befriedigung der Ansprüche Karls als „Verkauf“, wie dies ja nicht zu verwundern ist. Denn Karl hatte ja bare Münze dafür gegeben, wenn auch nicht jetzt, so doch früher. Aber es war kein plumper Kauf, „hier Geld, dort Ware“¹², sondern geschickt hatte er es verstanden, sich Ansprüche zu erwerben, indem er den Pfälzern aus der Not half. Pfalzgraf Ruprecht der Aeltere ging nicht ganz leer aus, sondern erhielt eine wöchentliche Rente von 50 Mark „uf der urbar unseres berges zu den Cutten in unserm kunigreich zu Beheim ein ganczes iar“¹³. Ferner versprach der König dem Pfalzgrafen die Festen

12. RK. 1640. Rs. 183.

13. RK. 1643. Winkelmann Acta imp. II 483.

Waldeck, Murach und Dreswitz¹⁴, die unter dem am 17. Juli an Böhmen versetzten, aber jetzt nicht mit abgetretenen Gebiet waren, „unverzogenlichen wider zu gebin und im antwurten zu wollin und sollen“ und alle Pfandschaftsbriefe zurückzugeben¹⁵. Es scheint die Herausgabe der drei genannten Orte nicht gleich erfolgt zu sein, sondern erst am 29. Dezember 1356, an welchem Tage Karl bekannte, dass er dem Pfalzgrafen diese Festen wieder verkauft habe und seinerseits aller Ansprüche für sich, seine Erben und Nachkommen, Könige von Böhmen, entsage¹⁶. Ruprecht entliess dann noch am 29. Oktober 1353 die Einwohner der abgetretenen Ortschaften aller ihm geleisteten Eide und Huldigungen und befahl ihnen, dem Könige von Böhmen treu, gehorsam und untertänig zu sein und jenem als ihrem rechten Erbherrn zu schwören und zu huldigen¹⁷. Ruprecht der Jüngere gab erst am 5. November seine Zustimmung zu dem von seinem Onkel mit Karl geschlossenen Verträge¹⁸ und wies gleichzeitig die Untertanen des abgetretenen Gebiets an Böhmen¹⁹. Für die Burg Störnstein und die Stadt Neustadt wiederholte Ruprecht der Jüngere seinen Verzicht am 23. Dezember des gleichen Jahres²⁰.

Bereits am 18. November 1353 liess die Stadt Sulzbach Karl IV., als König von Böhmen, ihre Huldigung darbringen²¹.

14. Draschwitz bei Vohenstrauss.

15. RK. 1641. Winkelmann Acta II 482.

16. RK. 2574. Pfr. 3001. Wenn in dieser Urkunde von „Kauf“ und „Wiederkauf“ die Rede ist, so hindert diese Ausdrucksweise nicht an unserer Annahme, dass jetzt erst nach 3 Jahren die Rückgabe der verpfändeten Orte erfolgt. Denn in der Urkunde vom 17. Juli 1353 (Rs. 175) reden die Pfalzgrafen auch von Verkauf statt Verpfändung.

17. Rs. 185.

18. PU. I 179. CGD. I 1115/16.

19. CGD. I 1113/14.

20. CGD. I 1123. BKr. 387. Pelzel I 383.

21. CGD. I 1118.

Besondere Schwierigkeiten machten Karl die ihm von der Pfalz abgetretenen oder verkauften Reichslehen: Feste Hoenstein und die Märkte Hersbruck und Auerbach. Erst im Jahre 1361 war die Erwerbung derselben endgültig und rechtmässig abgeschlossen.

Gleich an dem Verhandlungstage — 29. Oktober 1353 — bestätigte Karl als „Römischer König“, dass Ruprecht Hoenstein, Hersbruck und Auerbach „die von dem heiligen riche lehen sint“ mit seinem (des Königs) Willen der Krone Böhmen zu rechtem Erbfehen recht und redlich verkauft habe, und verlieh sie „mit Romischer kuniglichen macht dem kunigreich zu Beheim und der kronen dezselben kunigreichs ewiglich und erblich“²². Und Ruprecht erklärte, dass diese Reichslehen nur als Reichslehen von der Krone Böhmen in Besitz genommen werden dürften, wohl um zu verhüten, dass den genannten Plätzen der Charakter der Reichslehen verloren ging²³. Zu jeder Veränderung, die mit Reichsgut oder Reichslehen vorgenommen wurde, gehörte ja die Zustimmung der Kurfürsten. Daher liess sich der König die erforderlichen Willebriefe geben²⁴. Die der geistlichen Kurfürsten lauten vom 8. Januar 1354, der Kurfürst Herzog von Sachsen urkundete am 29. September 1354, der Markgraf von Brandenburg erst am 5. Dezember 1355²⁵. Doch muss es wegen der Orte nochmals zu Differenzen gekommen sein, denn am 5. Juli 1358 gibt Kurfürst Ruprecht von der Pfalz

22. RK. 6726. Dafür fällt no. 1638 weg. Cf. Winkelmann Acta II 480. Daher ist eigentlich die Urkunde der Pfalzgrafen vom 1. Nov. 1353 [CGD. I 1086], in der sie den König bitten, Hoenstein usw. der Krone Böhmen leihen zu wollen, überflüssig. Diese Urkunde ist wohl nur der Form halber ausgestellt, denn nach dem Lehnrecht war es Vorschrift, dass die Lehen vor der Weiterverleihung an einen anderen vom Inhaber erst aufgelassen werden mussten.

23. PfR. 2756.

24. Cf. Cod. Mor. VIII 191. BKr. 387/88. Pelzel I 386. CGD. 1083 ff.

25. CGD. I 1149.

nochmals bekannt, dass die Festen und Märkte Hoenstein, Hersbruck und Auerbach Reichsfehen sind²⁶. In demselben Jahre urkunden darüber auch die anderen Kurfürsten nochmals²⁷. Am 3. März 1361 fand die Erwerbung der genannten Plätze ihren rechtlichen Abschluss dadurch, dass Karl den Verkauf der reichslehnbaren Orte als Römischer Kaiser genehmigte²⁸.

Bevor wir zeigen, wie Karl sich bemühte, diese sowohl unter sich, als auch mit dem Königreich Böhmen nicht unmittelbar zusammenhängenden Besitzungen zu verbinden, müssen wir unsern Blick nach dem Osten, der böhmischen Grenze, wenden und die Schicksale des schmalen Streifens, der die neuerworbene Landschaft von dem Königreich trennte, kennen lernen. Gerade hier — östlich des 12. Längengrades — musste der König Fuss zu fassen suchen, um eine Verbindung zwischen dem Königreich Böhmen und den oberpfälzischen Besitzungen herzustellen.

§ 2.

Sicherung des östlichen Streifens.

Die Geschichte des nördlichsten Teiles dieses östlich des 12. Längengrades gelegenen Gebietes, das man gewöhnlich noch zum Egerland rechnet, haben wir bereits an uns vorüberziehen lassen. Durch die Erwerbung in der Oberpfalz bekamen natürlich das Egerland und die westlichen Besitzungen wie Bärnau und Redwitz einen besonderen Wert als Verbindungsland.

Noch grössere Bedeutung als das Egerland hatte das südlich des 50. Breitengrades gelegene Gebiet.

26. CGD. I 1197.

27. CGD. 1199 ff. BKr. 446/47. Pelzel II 585.

28. RK. 3570. Winkelmann Acta II 553.

Hier besass Karl bei seinem Regierungsantritte die Reichspfandschaften Floss und Parkstein, die seinem Vater mit dem Egerland zusammen verpfändet waren. Auch diese Pfandschaften liess sich Karl durch Willebriefe der Kurfürsten sicher stellen. Karl hatte diese Festen am 31. Oktober 1347, also zu Anfang seiner Regierungszeit, wo er zu seinen Kämpfen gegen die Wittelsbacher und zu seinen Reisen durchs Reich, um Anerkennung und Huldigung entgegenzunehmen, sehr viel Geld brauchte, und zudem sich seinen Nachbarn im Westen den Burggrafen für ihre Huldigung und Zusage auf Beistand erkenntlich zeigen wollte, nebst den Reichsstädten Windsheim und Weissenburg für 14 000 Mark verpfändet¹. Am 24. November 1353, also kaum einen Monat nach der Gewinnung der oberpfälzischen Festen, Städte und Märkte löste er diese beiden Reichspfandschaften wieder ein, aber nicht, was höchst beachtenswert ist, ans Reich, sondern an die Krone Böhmen. Am genannten Tage quittierten Johann und Albrecht, Burggrafen von Nürnberg, über den Empfang von 7000 Mark, um welche Summe ihnen Floss und Parkstein versetzt waren². Ein Blick auf die Karte lehrt, dass diese beiden Orte, westlich und östlich der mit von Karl erworbenen Stadt Neustadt gelegen, zusammen mit der bereits erkauften Stadt Bärnau³ die Verbindung zwischen Böhmen und den oberpfälzisch-böhmischen Besitzungen herstellten. Kein Wunder, dass daher die sofortige Rücklösung an Böhmen erfolgte. Der König gab oder löste diese beiden Festen nicht nur nicht ans Reich zurück, wozu er als Römischer König doch eigentlich die Verpflichtung hatte, sondern suchte sie vielmehr, da er ihre überaus grosse Wichtigkeit für Böhmen klar erkannt hatte, zum unmittelbaren Besitz der Krone Böhmen zu machen. Sie

1. Rs. 21.

2. Sommersberg III 66. BKr. 384.

3. Siehe oben 18.

sollten den Charakter der Reichspfandschaften verlieren! Denn Karl musste damit rechnen, dass nach ihm auch ein Mitglied eines anderen vielleicht den Luxemburgern feindlich gesinnten Fürstenhauses zu seinem Nachfolger gewählt werden könnte, das doch keinen Augenblick gezögert haben würde, diese für Böhmen äusserst wichtigen Reichspfandschaften wieder ans Reich zu bringen. Und hätten die oberpfälzischen Besitzungen für Böhmen nicht bedeutend an Wert verloren, wenn sie nicht, ohne fremdes Gebiet zu betreten, hätten erreicht werden können? Deshalb ist es besonders interessant, die Bemühungen des Böhmenkönigs um Floss und Parkstein zu verfolgen, und seiner Politik in diesem östlichen Streifen nachzugehen.

Für Karl bot sich durch Zufall eine günstige Gelegenheit die Reichspfandschaft Floss als unmittelbares Eigentum zu Böhmen zu ziehen. Im Frühjahr des Jahres 1358 hatte der Herzog Albrecht von Oesterreich in seinem Archiv eine Urkunde Friedrichs II., datiert vom 26. September 1212, entdeckt, deren Inhalt den Vorfahren Karls IV., wenigstens seinem Vater, unbekannt geblieben war⁴. Diese Urkunde enthielt unter anderem die Schenkung von Floss an König Ottokar von Böhmen⁵; der Herzog Albrecht hatte sie Karl im April zugesandt.

Ohne eine Prüfung der historischen Verhältnisse⁶ vor-

4. PU. II 264/65. Text 583. Gradl 223.

5. quod nos eidem Regi Bohemiae donamus et confirmamus ac in perpetuam possessionem tradimus proprietatem nostram Floss cum ministerialibus servis, cuiuscumque fuerint conditionis omni*que* iuris integritate quarumlibet possessionum.

6. Die Burgen Floss und Parkstein hatte Friedrich I. von einer Tochter Gebhards, des letzten Grafen von Sulzbach, Adelheid, die an den Grafen Dietrich IV. von Cleve verheiratet war, erkauft. Friedrich II. verpfändete sie am 26. September 1212 an König Ottokar I., von dem sie aber wieder an die Staufer zurückkamen. Jedenfalls versetzte Konrad IV. dem Herzog Otto von Bayern die Festen, nach dessen Tode sie seine beiden Söhne Ludwig und Heinrich erbten. Ottokar ver-

zunehmen, trug Karl nicht das geringste Bedenken, diese Urkunde zugunsten seines Landes auszunutzen. Am 30. Juni desselben Jahres verkündete er unter Bekanntgabe der Urkunde Friedrichs II., dass Floss Böhmen als unmittelbares Eigentum und nicht als Reichspfandschaft gehöre⁷. Karl musste viel daran gelegen sein, dass der Inhalt der Urkunde im Reiche volle Anerkennung fand, und liess sich deshalb von allen Kurfürsten die Zugehörigkeit der Feste Floss zum Königreich Böhmen als unmittelbares Eigentum verbriefen. Die Willebriefe sind an folgenden Tagen ausgestellt: Der Rudolfs von Sachsen am 28. Juni 1358, des Erzbischofes von Trier am 22. Juli, von Köln am 3. August, von Mainz am 14. August. Der Pfalzgraf urkundete an demselben Tage⁸. Die Brandenburger Markgrafen Ludwig und Otto gaben ihre Zustimmung erst im Februar 1360⁹.

Karl ruhte nicht eher, als bis er auch noch Parkstein und den übrigen im östlichen Streifen gelegenen Reichsbesitz für Böhmen gewonnen hatte. Da sich ihm nicht wieder eine solche günstige Gelegenheit bot, musste er ein anderes Mittel ersinnen. Am 6. September 1360 hatte Karl IV., als König von Böhmen, von den Grafen Ludwig und Ludwig von Oettingen die Städte Aalen (a. Kocher) und Heubach (w. v.

zichtete ausdrücklich im Frieden mit Herzog Heinrich auf die Burgen. [Mon. Egrana I no. 290; cf. Gradl I. c. p. 102.] Und hätte Ottokar nicht verzichtet, so würde er sie durch sein feindliches Vorgehen gegen Rudolf von Habsburg verwirkt haben. Im Nürnberger Saalbüchlein (zwischen 1290—1305 abgefasst) werden sie zu dem Nürnberger Reichsgebiet gerechnet. Wenn die Schenkungsurkunde Friedrichs II. echt ist, so ist sie doch nicht zum Vollzug gekommen. Unter keinen Umständen durfte Karl sich ohne weiteres auf sie stützen.

7. RK. 2803. PU. II 264 ff.

8. Cf. Pelzel II 584. BKr. Ar. 446 u. 470. CGD. I 1193 ff. u. 1218.

9. Ottos Brief vom 2. Febr. 1360. CBr. II 2, 427: Floss die Vesten und was darzu gehöret, ist des Kunigreichs zu Beheim recht eigen und von Irrsall dem ehegenandten Kunigreich zu Pfande worden.

Gmünd) und die Burgen Lauterburg (b. Heubach) und Rosenstein (wenig westlich v. Heubach) für 26 000 Pfund Heller gekauft¹⁰. Diese Orte vertauschte er am 3.—4. Dezember desselben Jahres gegen die Reichspfandschaft Parkstein und die Reichsbesitzungen Karlswald „situm in terra Egreⁿsi“¹¹ und die Stadt Weiden an der Naab. Da die Urkunde¹² Interessantes über die Gründe des Tausches enthält, wollen wir näher auf sie eingehen. Zunächst hebt der Kaiser hervor, in welcher Weise er sich in letzter Zeit um das Reich Verdienste erworben habe. Er hatte nämlich die Burgen Achalm und Hohenstaufen dem Reiche („ad ius et proprietatem imperialem“) zurückgewonnen. Weil nun, so führt der Kaiser aus, die von ihm kürzlich für die Krone Böhmen mit böhmischen Geldern (de Thesauro regni nostri Bohemiae¹³) erkauften Burgen Lauterburg und Rosenstein und die Städte Heubach und Aalen an Achalm und Hohenstaufen angrenzten (quod castra, oppida et districtus cum iam dictis castris Achalm et Hoenstau^f confirmare ac utrorumque limites sese contingere dignoscitur) und die ersteren die letztgenannten verstärken würden, ausserdem eine Zusammenlegung dieser Plätze für die Verwaltung des Reichsbesitzes von Nutzen sei, habe er nach einer Besprechung mit den Kurfürsten die Abtretung dieses böhmischen Gebietes an das Reich beschlossen. Als Entschädigung dafür hatte Karl sich die für Böhmen äusserst wich-

10. RK. 3292. Diese Erwerbung wird uns noch in anderem Zusammenhange zu beschäftigen haben, siehe S. 63.

11. Gradl bringt in seiner Geschichte des Egerlandes nichts über die Lage des Platzes.

12. RAC. 49 ff. Lateinische Fassung vom 4. Dez. RegKrls. 3344. Urkunde vom 3. Dez. RK. 3343.

13. Stimmt nicht ganz! 15 000 Pfund Heller waren gleich bezahlt (RK. 3292), die ja aus böhmischer Schatulle genommen sein können. Die übrigen 11 000 Pfund sind mit Reichsstädte-Steuern von Nördlingen (3000 Pfund) und von Augsburg (8000 Pfund) beglichen. RK. 3297 und 3298.

tigen Reichsbesitzungen Parkstein, Karlswald und Weiden ausersehen; einmal weil sie mit dem übrigen Reichsgut nicht in Verbindung standen (*non sunt caeteris imperialibus bonis continua*), und zweitens — das ist ohne Zweifel der Hauptgrund des Tausches — weil sie dem Königreich Böhmen und den Ländern desselben, welche es jenseits des Böhmerwäldes recht und redlich erworben hatte, benachbart lagen. Bei der feierlichen Vollziehung des Tausches liess sich Karl, als König von Böhmen, durch seinen Bruder, den Markgrafen von Mähren, vertreten. Und wie der Kaiser Lautenburg, Rosenstein, Aalen und Heubach dem Reiche auf ewig zu-eignete, verleibte er auch Kraft Kaiserlicher Majestät Parkstein, Karlswald und Weiden mit allem Zubehör und Rechten der Krone Böhmen ein und bestimmte ausdrücklich die Untrennbarkeit der Orte vom Königreich Böhmen.

So war es Karl gelungen, wichtige Gebietsteile in dem Verbindungstreifen in den unmittelbaren Besitz Böhmens zu bringen; erst jetzt war eine sichere und dauernde Verknüpfung der Erwerbungen in der Oberpfalz mit dem Königreich geschaffen. Um ganz sicher zu gehen, versäumte es der König nicht, sich von allen Kurfürsten zu dem Tausch die erforderlichen Willebriefe ausstellen zu lassen¹⁴, und gab am 17. April 1361 in besonderer Urkunde¹⁵ als Kurfürst und König von Böhmen seine Zustimmung, wodurch die Erwerbung des Gebietes für Böhmen vollkommen abgeschlossen war.

Doch es war dies nur ein schmaler Verbindungstreifen, der durch die Erwerbung des vorgenannten Reichsbesitzes geschaffen war. Der König hatte auch sonst noch bisher unabhängiges oder vom Reiche zu Lehen rührendes Gebiet an sich zu bringen gewünscht. Es brauchte ja nicht alles Land in den unmittelbaren Besitz Böhmens überzugehen, sondern

14. CGD. I 1247/52. BKr. 491/93.

15. RK. 3652.

es war schon ein grosser Gewinn, wenn die Erwerbung von oberlehnsherrlichen Rechten gelang. Denn alle Lehnleute mussten sich ja ihrem Lehnsherrn im Kriegsfall zu Beistand und Oeffnung des zu Lehen gehenden Besitzes verpflichten.

Zu den nordöstlichen Nachbarn Böhmens gehörten neben den Pfalzgrafen und Burggrafen von Nürnberg auch die Landgrafen von Leuchtenberg, die schon dem König Johann seit dem Pfingstabend 1327 mit dem halben Teil des Schlosses Betzenstein (südwestlich von Pegnitz) zu Lehen verpflichtet waren¹⁶. Diese nahmen an einer Fehde, die die Burggrafen von Nürnberg mit dem Pfalzgrafen Ruprecht hatten, als Bundesgenossen der ersteren teil, während Karl am 26. Februar 1350 seinem Verwandten, dem Pfalzgrafen, mit 200 Helmen Beistand zu leisten versprach¹⁷. Bereits am 29. Mai sahen sich die Landgrafen genötigt, Frieden zu schliessen und Karl, als König von Böhmen, ihre dicht an der böhmischen Grenze gelegenen Herrschaften Pleistein und Reichenstein, die bisher ihr freies Eigen gewesen waren, zu Lehen aufzutragen „in allem dem recht als ander herren lehen besitzen und haben, die under yme (Karl) und der kron zu Beheme in deutschen recht sitzen“¹⁸. Zu den Herrschaften gehörten Burkartsried, Misbrunn, Vöslaried und mehrere Wüstungen¹⁹.

Seit dieser Lehnsauftragung waren die Landgrafen, wenigstens unter Karl IV., mit Böhmen eng verbündet; ja der König nahm sie mit ihren Gütern und Leuten in seinen

16. Sommersberg Script. III, 73. Ferner vgl. Looshorn: Geschichte des Bistums Bamberg III (1891) 112. Weitere Lehenbriefe. BKr. 102. Emler III no. 1618. BKr. 533.

17. RK. 1237.

18. CGD. I 1075. Pelzel I 307.

19. Vgl. v. Bibra Beiträge zur Geschichte der Landgrafen von Leuchtenberg. Zweiter Abschn. Kap. II Güterverhältnisse. Verhdlg. d. V. f. Oberpf. und Regensb. Bd. 51, 6. Wittmann: Geschichte der Landgrafen von Leuchtenberg. Abhandl. der hist. Kl. der bayer. Akad. Bd. VI (1852) 72.

(böhmischen) Schutz, machte den Landgrafen Johann zu seinem Tischgenossen und reihte ihn in sein Hofgesinde ein²⁰. Diese Nachbarn, deren Land sich wie ein Keil zwischen das Königreich Böhmen und die böhmisch-oberpfälzischen Besitzungen schob, waren ganz unter böhmischen Einfluss geraten und für eine selbständige, etwa antiböhmische Politik lahm gelegt. Am 26. Februar 1361 mussten sie gelegentlich einer Grenzregulierung zwischen Böhmen und ihrer Grafschaft einen weiteren Teil ihres an der böhmischen Grenze liegenden Gebietes als lehnspflichtig an Böhmen überlassen²¹.

Für eine Rente von 30 Schock jährlich gewann Karl Heinrich Paulsdorfer von Tannesberg für sich. Er versprach dem König mit seiner Feste Tannesberg (südöstlich von Weiden) gegen jedermann, ausgenommen seinen Vetter — es ist der nachher zu nennende Jilge Paulsdorfer — zu dienen²². Jilge Paulsdorfer verpflichtete sich dem Böhmenkönig am 20. Juni 1359 in gleicher Weise mit derselben Feste Tannesberg, die wohl beiden gemeinsam gehörte²³. Einige Jahre später trug Jilge — er war wohl inzwischen in den Alleinbesitz der Burg gelangt — seine vom Reiche zu Lehen rührende Feste mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers König Wenzel und den nachfolgenden böhmischen Königen auf und wurde so Vasall der böhmischen Krone²⁴.

In demselben Jahre, in dem Karl IV. auf Heinrich von Tannesberg Einfluss gewann, erkannten die Gebrüder Dietrich, Wolfhard und Olderich von Satzenhofen den König als ihren Lehnsherrn an und überliessen ihm ihre Herrschaft und Schloss Ditrechtsdorf, nicht weit von Bärnau gelegen²⁵.

20. RK. 1914.

21. RK. 6653 u. 7046. CGD. 1337 mit der falschen Jahreszahl 1371. Bibra I. c. 7.

22. RK. 2695.

23. BKr. 466.

24. BKr. 527. List Jiljího Paulsdorfa z Tenesberka, že zámek

Im Jahre 1366 wurde Konrad von Regedorf unter anderen mit seinem Gute Ruprechtsreut, einem südwestlich von Weiden gelegenen Dorfe, Vasall des Böhmenkönigs. Auch in dieser Gegend, in der Nähe von Pressat sind wohl die beiden Güter Ullerysreut (Ulrichsreut) und Zwentenreut (?) zu suchen, die Heinrich Pressater 1367 Kaiser Karl zu Lehen auftrug²⁶.

Derselbe Heinrich Nothafft wurde mit seiner freieigenen Feste Wernberg (westlich von Tannesberg) der Krone Böhmen am 9. März 1367 lehnsuntertänig, wofür ihm Karl IV. lehns herrlichen Schutz und Entschädigung für etwaige Ausgaben in seinem Dienste zusagte²⁷. Als letzte der böhmischen Erwerbungen in diesem östlichen Streifen ist die Stadt Luhe a. d. Naab (südlich von Weiden) zu nennen, die der König kaufte und am 1. Dezember 1373 dem Erzbischof von Prag zueignete²⁸.

Karl IV. war also, wie aus dem Gesagten hervorgeht, unablässig bemüht, neues Gebiet in diesem östlichen Streifen zu erwerben, um eine gute Verbindung zwischen Böhmen und den von Ruprecht abgetretenen Ortschaften herzustellen. Auch bewirkte er durch diese Politik, dass das Egerland von anderem Reichsbesitz isoliert, vielmehr von böhmischem Gebiet rings umrahmt wurde, was wohl für das Schicksal des Landes von nicht geringer Bedeutung geworden ist.

T. zavazuje král Václavovi i budoucím králom českým a koruně, kteréž manství bylo své k. Říši. a to se stalo se povolením císaře K.

25. BKr. Ar 439. Pelzel II 571 liest Dietrichstein.

26. BKr. 559. Cf. Gradl 231 und Register. Oft ist es sehr schwer, die von Jireček in seinen tschechischen Regesten genannten Orte, weil hier und da sehr entstellt, festzulegen. Dies ist mir bei folgenden Gütern oder Dörfern, die vielleicht längst verwüstet sind, nicht gelungen: Zuentenfyrd, Ubelsperg, Huort (cf. 553)), Frumesreut, Lovorstat (cf. 571), Bezecnau (438) und Kryšow (589), Harunsp Perk (588).

27. RK. 7244.

28. Pelzel II 873. Ukb. II 306 no. 282.

§ 3.

Ausbau der oberpfälzischen Besitzungen.

Wenden wir uns jetzt wieder den von den Pfalzgrafen erworbenen Ortschaften in der Oberpfalz zu. Wie wir bereits hervorhoben, war das 1353 gewonnene Gebiet kein geschlossener Komplex, sondern eine Reihe mehr oder weniger zusammenhängender Plätze, zwischen die sich freies Eigentum und Lehnsgelände anderer Fürsten schob. Es erwuchs also Karl IV. hier die Aufgabe, diese Orte durch Neuerwerbungen möglichst zu verbinden, eine geschlossene böhmische Landschaft zu schaffen. Dieser Tätigkeit Karls wollen wir jetzt nachgehen.

Unter den von Ruprecht abgetretenen Gebietsteilen befanden sich auch die Festen Hartenstein und Neidstein, worüber der Bischof von Bamberg, Leopold III., oberlehnsherrliche Rechte geltend machte, während sie der Krone Böhmen „iusto hereditatis et proprietatis titulo“ übergeben waren. Der Schiedsspruch, der von den zu Richtern ernannten¹ Erzbischöfen Gerlach von Mainz und Wilhelm von Köln am 19. November 1353 gefällt wurde², lautete dahin, dass an den Festen dem Bischof und der Kirche von Bamberg kein Recht zugestanden hätte oder zustehe, sondern, dass im Gegenteil seit Menschengedenken die beiden Festen den Pfälzern als Eigentum und Erbe gehört hätten. Unter diesen Umständen konnte der Bischof Leopold nicht umhin, den Entscheid der Erzbischöfe anzuerkennen und seine Ansprüche aufzugeben, was am 22. November 1353 geschah³. Lehnrecht stand dem Bischof nur über Stadt Velden und

1. RA. 8, 9/10. BKr. 383. Goldast *Commentarii de regni Boh. incorporatarum provinciarum juribus ac privilegiis* usw. Append no. XXXVII; Looshorn I. c. 249 f.

2. RA. Part. Spec. Cont. I Forts. III Abt. III Abs.: V 132, Pfr. 2767.

3. Dumont *Corps universel dipl.* I b 290/91. Goldast Append no 39.

den dritten Teil des Veldener Forstes zu. Letzteres hatte bisher Pfalzgraf Ruprecht vom Bistum zu Lehen getragen, am 1. November 1353 aber wieder aufgelassen, weil das Gebiet sich mit unter den an Böhmen abgetretenen Besitzungen befand⁴. Ausserdem erwarb der König am 12. Dezember das bischöfliche Lehen Burg und Schloss Reicheneck⁵ mit Zubehör von dem Lehnsträger Ludwig von Hohenlohe⁶, nachdem ihm ausdrücklich die Erlaubnis vom Bischof und Kapitel dazu erteilt war⁷. Alle diese Erwerbungen: Velden mit dem dritten Teil des Veldener Forstes, Burg und Schloss Reicheneck empfing dann Karl am gleichen Tage zu Mainz vom Bistum Bamberg zu Lehen⁸. Als Entschädigung für genanntes Gebiet trat er später — im Juni 1358 — dem Bischof und Stifte Schloss Werdeck ab⁹, welches Ulrich von Brunneck erst am 23. November 1353 aufgetragen hatte und seitdem als böhmisches Lehen besass¹⁰. Zur Sicherheit liess sich der Kaiser, als König von Böhmen, den Kauf und Tausch, der zwischen ihm und dem Bischof Leopold stattgefunden hatte, vom Kurfürst Rudolf von Sachsen durch Urkunde bestätigen¹¹.

Pegnitz war ja schon unter den Erwerbungen von 1353 doch hatte der Bischof Leopold noch Rechte in Alt-Pegnitz, die sich Karl am 2. Juli 1358 nebst dem Schloss Böhmenstein abtreten liess¹². Da das Bistum Bamberg zum Ankaufe der

4. Goldast Append 218. Pelzel I 375.

5. Jetzt Ruine bei Happurg südöstl. v. Hersbruck. Cf. Lehner Mittelfrankens Burgen und Herrensitze (Nürnberg 1895) 83.

6. PU. I 175.

7. BKr. 457.

8. RK. 1677. BKr. 386. Looshorn l. c. 250.

9. RK. 2794. Reg. boica. VIII 397.

10. Sommersberg III 74.

11. BKr. 457. Looshorn 250.

12. Pelzel II 584. Vielleicht sind es die Zinse und Rechte, die uns später bei den Erwerbungen von den Landgrafen von Leuchtenburg beschäftigen werden. Nach dem BKr. 444 (Urkunde vom 28. Juni 1358)

Schlüsselbergschen Festen Geld brauchte und deshalb anderes Gebiet zu versetzen oder verkaufen genötigt war, benutzte der Kaiser diese Gelegenheit, um für Böhmen neue Erwerbungen zu machen. Er kaufte am 7. Dezember 1359 noch ein Stück des Veldener Waldes, der zur Stadt Pegnitz gehörte, für 2100 Schock böhmischer Groschen, sodass jetzt die Pegnitz die Grenze bildete und der ganze jenseits der Pegnitz nach Sulzbach zu gelegene Teil zu Böhmen gehörte¹³. Am 14. April 1360 bestätigte Karl IV. diesen Kauf und gab zugleich die von den beiden Schiedsrichtern, Landgrafen Johann von Leuchtenberg und Konrad von Wydemberg, getroffenen Bestimmungen über Benutzung des Forstes und Grenzregulierung an¹⁴. Das vom böhmischen König bar gezahlte Geld reichte nicht aus, um die Schlüsselbergischen Güter anzukaufen; so sahen sich Bischof und Kapitel gezwungen, weiteres Gebiet zu veräussern. Karl kaufte daher von ihnen das für sein Königreich günstig gelegene Dorf Erlangen mit allem Zubehör, ausschliesslich des Waldes, für 2225 Pfund Heller¹⁵. Da die Kaufsumme vom Kaiser, als König von Böhmen, gleich bezahlt wurde, stellten Bischof und Kapitel am 26. Dezember 1361 eine Quittung aus und verzichteten auf alle Ansprüche und Rechte, die sie jemals daran gehabt hatten¹⁶. Mit der Erwerbung von Erlangen hatte Karl sein Gebiet bis zur Regnitz vorgeschoben.

In unseren Ausführungen hatten wir schon mehrfach der Landgrafen von Leuchtenberg zu gedenken, namentlich als es galt, die Politik Karls IV. in dem östlichen Streifen

bekommt auch das Kapitel Geld (600 Schock) für die an die Landgrafen versetzten, dann aber 1357 an Böhmen verkauften Zinsen und Rechte vgl. S. 41.

13. CGD. I 1211. „so haben wir alle unser Theil des Waldes genandt Veldener Forst, daz da gelegen ist auf gen halb der Pegnitz gegen Sultzbach, verkauft.“ Glafey 91. „so daz die Pegnicz, daz wazzer, eine marke sein sal der beiden saiten des vorgeantent waldes.“

14. RK. 3102. Looshorn 280/81.

15. RK. 3799. 23. Dez. 1361.

16. Rs. 359.

darzulegen. Aber auch einen Teil der westlichen Leuchtenbergischen Bestizungen kaufte der König von Böhmen nach und nach an sich oder liess sie sich auftragen. Die Landgrafen Ulrich und Johann trugen vom Erzstifte Trier die Herrschaft Stierberg¹⁷ zu Lehen. Karl liess sich am 5. Januar 1356 vom Erzbischof Boemund von Trier das Oberlehnsrecht über diese Herrschaft abtreten, nachdem er das Erzstift dafür entschädigt hatte¹⁸. An demselben Tage wurden die Landgrafen, die zu diesem Zwecke ihrem neuen Herrn das Gebiet aufgereicht hatten, von Karl, als König von Böhmen, damit befehnt. Zu der Herrschaft Stierberg gehörten ausser dem Schloss gleichen Namens folgende Dörfer: Eckenreut, Hetzendorf, Drochsenreut, Müldorf, Ramsental, Hutflurs, ferner ein Hof zu Hunger, ein Hof zu Weiganz und die Fischerei Steiningwasser¹⁹. Dies bestätigten die Kurfürsten Erzbischof Gerlach von Mainz, Rudolf von Sachsen, Ruprecht von der Pfalz, Ludwig der Römer und Erzbischof Wilhelm von Köln²⁰.

Ferner kaufte der Kaiser für sich und seine Nachfolger, Könige von Böhmen, von den Landgrafen die Stadt und Feste Pegnitz, die ihr freies Eigen war, mit allen Gütern und Zinsen, dazu den Hof vor der Stadt, den dieselben von Hermann Störs Kindern gekauft hatten und einen Hof zu Buchbach, den Hans Frankenberger besessen hatte, nebst dem Fischwasser daselbst für 900 Schock böhmischer

17. Stierberg bei Pottenstein gelegen.

18. CGD. I 1157/58. Sommersberg III 71/72. Bibra Beiträge zur Geschichte der Landgrafen von Leuchtenberg. V. d. hist. V. f. Oberpf. und Regensb. Bd. 51, 10. Arch. f. Oberfranken 14, Heft 1, 37.

19. Stierberg, Eckenreuth, Hetzendorf, Hunger und Weiganz liegen im Bez.-Amt Pegnitz. Die anderen im Bez.-Amt Eschenbach. BKr. steht 413 ein Regest, nach welchem Landgraf Johann Stierberg schon im Dezember 1355 Karl IV. aufgereicht hat.

20. Corp. jur. feud. II 94 u. 98, CGD. 1159 ff., BKr. 414, Pfr. 2924.

Groschien²¹. Am 29. November 1357 — der Kauf war am 16. November erfolgt — wiesen dann die Landgrafen die Bürger der Stadt Pegnitz an Kaiser Karl und die Krone Böhmen²². Auch kaufte Karl IV. einige Zinsen und Rechte, die den Landgrafen vom Stifte Bamberg versetzt waren, für 500 Schock an sich, über deren Empfang sie am gleichen Tage (16. November 1357) quittierten²³. Die Abgaben verteilten sich auf folgende Orte: Alt-Pegnitz, Brunn, Heimprun, Lobenstein, Neuenhof, Stemmersreut und Eybenstock. Am 26. Juni bestätigte Bischof Leopold diesen Verkauf²⁴. Die Landgrafen stellten am 30. November 1362 ein neues Bekenntnis darüber aus²⁵. Zum Schluss sei daran erinnert, dass auch das zum Teil landgräfliche Schloss Betzenstein (südlich von Pegnitz) böhmisches Lehen war²⁶.

Nachdem wir im Zusammenhange die Erwerbungen vom Bistum Bamberg und der Landgrafschaft Leuchtenburg betrachtet haben, wollen wir die Ausdehnung des böhmischen Reiches auf Kosten einzelner Herren und Ritter kennen lernen.

Zunächst ist noch nachzuholen, dass vor der Gebiets-erwerbung von den Pfälzern ausser Betzenstein auch noch eine andere bei Pegnitz gelegene Burg, nämlich Spiess, zur Krone Böhmen gehörte. Am 10. Januar 1353 hatten sie die Besitzer, die Ritter Heinrich von dem Berg und seine Söhne Eberhard und Heinrich Karl und seinen Erben, den böhmischen Königen, aufgegeben und zu rechtem Mannfehen zurückempfangen²⁷.

21. Arch. f. Oberfrk. Bd. 13, Heft 2, 70 no. 21. Bibra I. c. 12. Looshorn 277. CGD. I 1185. Pelzel II 571.

22. Arch. f. Oberfrk. I. c. no. 23. CGD. I 1183/85. Looshorn a. a. O.

23. CGD. I 1183 ff. Arch. f. Oberfrk. 13 Heft 2, 70. Bibra I. c. 12. Vgl. oben S. 38, Anm. 12.

24. Arch. f. Oberfrk. Bd. 14, Heft 1, 38 no. 67. Looshorn 278.

25. Pelzel II 720/21.

26. s. o. 34.

Am 5. April 1355 verleibte der Kaiser sämtliche bis dahin für Böhmen erworbenen Gebiete durch feierliche Urkunde dem Königreich ein²⁸. Um dieser Inkorporation grössere Sicherheit zu verleihen, liess er sie sich von den Kurfürsten bestätigen²⁹. Da in dieser Urkunde alle Erwerbungen, Lehen sowohl wie unmittelbarer Besitz, namentlich aufgeführt sind, können wir aus ihr entnehmen, dass der Kaiser noch manche anderen Orte für Böhmen gewonnen hat, worüber uns keine besonderen Zeugnisse erhalten sind. So waren inzwischen noch Husecke und Werdenstein, Strahlenfels und Ruprechtstein teils unmittelbar, teils als Lehen böhmisch geworden³⁰.

Zu dem von Karl erworbenen Platze Honenstein gehörten noch die vogteibaren Güter: zu Nydern Sittenbach, Obern Krumbach, Kühnoff, Hedersdorff, Rabenhof, Harssdorf, Sigersdorff, Haagemuß, ferner noch zu dem Aigen gehörige Aecker, Wiesen und Holz und Güter an dem Hugleinspach, die Heinrich von Wildstein zu Rottenburg in Besitz hatte. Der Kaiser verhandelte mit letzterem über die Kaufsumme, die dieser am 21. Oktober 1355 auf 800 Pfund Heller festsetzte³¹.

Das Benediktiner Kloster Bergen, in der Eichstädter Diözese, westlich von Eichstädt gelegen, hatte bei Hersbruck und Sulzbach Besitzungen, die Karl für Böhmen zu gewinnen suchte. Aebtissin und Konvent des genannten Klosters verpflichteten sich, Kaiser Karl und den künftigen böhmischen Königen mit Schloss Prettenstein³² zu dienen³³.

27. PU. I no. 219.

28. RK. 2019. CGD I 1135/48.

29. CGD. I 1153 ff. 1165/70. Rcs. 253 und 274.

30. Die Orte liegen alle bei Sulzbach, Ruprechtstein ist jetzt Wüstung.

31. v. Reitzenstein: Regesten bisher ungedruckter Urkunden zur bayer. Landes-, Orts- und Familiengeschichte. Arch. f. Oberfrk. 1876 Heft 2, 68 no. 18.

32. Wohl Breitenstein nw. v. Sulzbach.

Gegen bestimmte Naturalabgaben nahm Karl IV. das Kloster in den Schutz des Königreichs Böhmen auf³⁴. Die Schutzpflicht galt natürlich besonders für die in der böhmischen Oberpfalz gelegenen klösterlichen Güter³⁵. Karl hatte ein besonderes Interesse an diesen Besitzungen des Klosters, weil ihm in dieser Gegend alles gehörte. Die Aebtissin hatte sich daher verpflichten müssen, im Falle der Veräusserung, sie ihm zuerst anzubieten³⁶. Dieser Fall trat im Jahre 1359 ein. Das Kloster war in Schulden geraten³⁷ und musste, um diese zu tilgen, Land verkaufen. Die Aebtissin bot nun dem Kaiser, als König von Böhmen, den in der Oberpfalz also von dem Kloster sehr entfernt gelegenen, daher für dieses weniger wertvollen Grundbesitz gemäss ihres Versprechens an. Karl, der sicher gehen wollte und die Rechte des Klosters an den angebotenen Besitzungen nicht genau kannte, zog erst bei dem Bischof der Diözese, Berthold von Eichstädt, über die Gründung und die Besitzverhältnisse des Klosters Erkundigungen ein.

Der Bischof gab dem Kaiser am 9. August die gewünschte Auskunft, nachdem er alles urkundliche Material³⁸ sorgfältigst durchgesehen hatte³⁹. Er teilte mit, dass Kloster Bergen im Jahre 926 von Willidrut, der Witwe (relict) des Herzogs Berthold von Bayern gegründet und mit vielen Gütern, darunter auch „cum foro Herspruck et suis adiacentiis“ ausgestattet worden war. So stand einem rechtmässigen,

33. BKr. 438.

34. CGD. I 1174. dat. 10. März 1357. Pelzel II 557.

35. BKr. 457. Hier ist auch von Geldabgaben an Böhmen für die bei Herspruck und Hoenstein gelegenen Besitzungen die Rede. Cf. RK. 3018.

36. Dies geht hervor aus folgenden Worten der Verkaufsurkunde. PU. II 268: „iuxta nostre promissionis continentiam Regi Boemie primum et ante omnes alios exhibere venalem.“

37. PU. II 268. Der Verkauf geschieht: ex debito.

38. authentica scriptura.

39. Pelzel Urkb. 2, 272.

unanfechtbaren Kaufe dieser Güter nichts mehr im Wege. Für 2000 Gulden erstand Karl am 27. November⁴⁰ das Gebiet, das in der Urkunde mit folgenden Worten angegeben wird: „Omnem proprietatem, ius respectum que nobis ac dicto monasterio nostro Pergen in castro suo Hoenstein et oppido suo Herspruck Bambergensis Diocesis hactenus ratione proprietatis fundi venafis quovis ordine aut titulo competebant, nec non turrim, edificia ac aream in Herspruck, ubi pridem ipsum monasterium Pergen situm fuit, ac Molendinum, quod Nueder Mull appellatur, pratum cinctum fossatis retro cimiterium ibidem in Hersprug et aliud pratum, quod ibidem inter flumina situatur, cum proprietate fundi curie, quam ibidem super fossatis habemus.“ Bei dem Verkauf wird ausdrücklich bestimmt, dass Aebtissin und Kloster niemals die Erlaubnis zu einer in dieser Gegend zu bauenden Feste geben dürfte, durch die die genannte feste Stadt (Hersbruck) Schaden nehmen könnte. Wenn es in der Urkunde von der Kaufsumme „quam pecuniam ad integrum et plene recepisse fatemur“ heisst, so scheint dies nicht ganz richtig zu sein. Denn im Dezember stellte die Aebtissin Adelheid einen Quittungsbrief über 2000 Gulden aus⁴¹. Am 30. September des folgenden Jahres genehmigte Karl als Römischer Kaiser diesen Kaufkontrakt und inkorporierte die erworbenen Güter dem Königreich Böhmen⁴². Den Kauf dieser Besitzungen liess sich der Kaiser von allen Kurfürsten bestätigen, deren Briefe vom 9. Oktober 1360 lauten, und gab selbst seinen Willebrief⁴³.

Die Feste Strahlenfels (westlich von Plech gelegen) wurde schon in der Inkorporationsurkunde als böhmisches

40. feria quarta proxima ante festum sancti Mich.; feria quarta heisst nicht vier Tage vor Mich., sondern Mittwoch vor Michaelis. Es ist also der 27. und nicht der 25. November.

41. RK. 7017.

42. RK. 3330.

43. BKr. 481. PU. II 271. PfR. 3253. RK. 3368.

Lehen genannt. Später⁴⁴ kaufte er Heinrich dem Wildenstein von Strahlenfels und seinen Söhnen Dietrich und Heinrich ihre Feste ab und versprach am 4. Dezember 1360 den Rest der schuldig gebliebenen Summe — 175 Schock Prager Groschen — bis zum kommenden Weihnachtsfeste zu bezahlen⁴⁵.

Bei Hersbruck lag die Bergfeste Rothenberg, ein Lehen der Burggrafschaft Nürnberg⁴⁶. Auf die Erwerbung dieser allein in der Gegend von Hersbruck noch nicht böhmischen Feste hatte es Karl abgesehen. Er kaufte sie am 1. Januar 1360 von den Burggrafen Albrecht und Friedrich für 3000 Gulden, zahlte nur 500 Gulden an und versprach die übrigen 2500 Gulden bis zum kommenden Georgentag zu bezahlen⁴⁷. Bis jetzt hatte er nur das Oberlehnsrecht erworben, und noch besass Heinrich von Wildenstein das dominium utile. Da aber die auf steiler Höhe gelegene Feste ein strategisch sehr wichtiger Punkt war, suchte Karl sie in den unmittelbaren Besitz der Krone Böhmen zu bringen. Am 18. Februar kaufte er dem Lehnsträger Heinrich von Wildenstein das dominium utile für 5080 Schock böhmischer Groschen ab, die er bis nächsten Pfingsten zahlen wollte⁴⁸. Zu Rothenberg gehörten unter anderem auch zwei Höfe zu Heuchlingen (zwei Stunden von Hersbruck entfernt) und zwei zu Weissenbach. Diese Höfe hatte der frühere Besitzer der Bergfeste an den Nürnberger Bürger Ulrich von Winterstein

44. terminus a quo: 21. Jan. 1358; cf. Pelzel II 573 (die Deutung der Urkunde ist allerdings falsch!). terminus ad quem 4. dec. 1360. Cf. RK. 3448.

45. RK. 3448. Looshorn 279.

46. Lehner 83.

47. RK. 3026. Schon am 19. Januar bekannten die Burggrafen, dass die 3000 Gulden vollkommen bezahlt wären, und gaben alle ihre Ansprüche auf die Burg auf. Monzoll III 368. (Urkunde gleichen Inhalts zum 20. Januar im CGD. 1215.)

48. RK. 3069. CGD. I 1219. Wenn Jireček BKr. 471 die Urkunde mit dem 17. Februar datiert, hat er das Schaltjahr nicht berücksichtigt.

Grenzen der Ortschaften natürlich nicht genau feststellen lassen, kann auch nicht gezeigt werden, wie weit ihm sein Plan gelungen war. Sicher ist aber, dass mit Hersbruck und Sulzbach nicht nur die mit diesen Namen belegten Orte gemeint waren, sondern aus mehreren umliegenden Ortschaften bestehende Bezirke. Am 14. September 1361 versicherten Ulrich und Eberhard von Hanfenfeld, dass ihre Feste Hanfenfeld (südöstlich von Hersbruck) im Lande und Gerichte des Königs von Böhmen läge, und gelobten getreue Untertanen desselben zu sein⁶¹. Wir hören weiter, dass die Landschranken zu der Luchsenbruck, zu Kapfsberg, Roslaw und zu der Snetlerbrucke zu dem Landgericht Sulzbach, welches die Krone Böhmen inne hatte, gehörten⁶².

Für die Abtretung der Mark Brandenburg erhielt ja der Markgraf unter anderem den südlichen Teil der Oberpfalz. Ueberhaupt lagen die Interessen des Kaisers seit den sechziger Jahren mehr in Norddeutschland. Dass er trotzdem den bei Böhmen gebliebenen nördlichen Teil der Oberpfalz, heute zum Teil Oberfranken genannt, nicht ganz aus den Augen verloren, zeigen einige Urkunden aus dem Jahre 1376. Am 21. September liess er sich die Hälfte der Feste und des Marktes Eschenau von Jakob Weigl zu Lehen auftragen, belehnte ihn damit und nahm diesen Teil Eschenaus in böhmischen Schutz⁶³. Einen Monat später bekam der Kaiser auch die andere Hälfte des Ortes. Der Besitzer Stefan Wolfstein sandte sie der Krone Böhmen auf und wurde so böhmischer Kronvasall⁶⁴.

61. CGD. I 1263. BKr. 500. Lehner 75.

62. RB. VIII z. 26. April 1359. Arch. f. Oberfrk. Bd 13. 71 no.

25. Dasselbst näheres über die Ortsbezeichnungen.

63. Cf. RK. 5694 u. 95. Eschenau liegt nördlich von Lauf.

64. RK. 5712.

§ 4.

Erweiterung des böhmisch-pfälzischen
Gebietes nach Süden und Norden.

Wenden wir uns jetzt den Erwerbungen Karls IV. südlich des eben behandelten Gebietes zu. Der Bischof Friedrich von Regensburg hatte, weil das Bistum von seiner Schuldenlast arg bedrückt war, sich genötigt gesehen, Feste und Herrschaft Dumstauen (Donaustauf a. D., östlich von Regensburg) an einen Regensburger Bürger, Awer von Brunberg, für 11 835 Goldgulden verpfändet. Anscheinend waren die Mittel des Bischofs wieder erschöpft; und der Kaiser erbot sich daher die Feste für 17 000 Gulden zu kaufen. Am 12. Juli 1355 wurde folgender Kaufvertrag abgeschlossen¹. Karl verpflichtete sich erstens dem Pfandinhaber die Pfandsomme auszubezahlen, zweitens dem Bischof zur Befriedigung gewisser Bedürfnisse und Rücklösung anderer Güter 5000 Goldgulden in bar zu geben; und drittens für die übrigen an 17 000² noch fehlenden Goldgulden Grundbesitz (*certa bona, possessiones et predia*) im Königreich Böhmen anzuweisen. Zur Abschätzung der zu überweisenden Güter ernannten beide Teile je zwei Taxatoren. Im Streitfalle sollte der heilige Vater Schiedsrichter sein. Ausserdem geschah dieser Verkauf und Tausch seitens des Bischofes vorbehaltlich der Genehmigung des Papstes, der sie innerhalb eines Jahres geben sollte. Der Chronist Heinrich Rebdorf berichtet, dass der Bischof die Feste verkauft habe, ohne die Zustimmung des Kapitels zu erbitten, der Verkauf überhaupt Aufruhr verursacht habe³. Durch diese Erwerbung machte sich der Kaiser ja den Herzog Stephan von Niederbayern-

1. Rs. 238. PU. II 273. Ueber die Erwerbung von Donaustauf siehe Riezler: Geschichte Bayerns, Bd. III 50. Werunsky: Geschichte Kaiser Karls IV., Bd. III 189 u. 194.

2. Geht hervor aus der Urkunde vom 21. Dez. 1360. PU. II 276.

3. Böhmer fontes IV 542.

Landshut zum Feinde⁴. Aber auch der Papst versagte seine Zustimmung zu der Veräußerung Donaustaufs vom Bistum Regensburg; vielmehr forderte Innocenz VI. den Kaiser auf, dem Hochstift Regensburg das Schloss gegen Rückgabe der Pfandsomme und der dafür in Böhmen überlassenen Güter auszuliefern⁵. Es muss auffallen, dass sich Karl trotzdem am 29. Dezember über den Kauf von Donaustauf Willebriefe von den Kurfürsten geben liess⁶. Sollten die Kurfürsten von der Forderung des Papstes nichts gewusst haben? Wahrscheinlich hatte der Bischof nicht zahlen können, das Kapitel nicht zahlen wollen, und der Kaiser sich so genötigt gesehen, Donaustauf als Pfandschaft zu behalten. In wie schlechten Geldverhältnissen sich der Bischof Friedrich von Regensburg befand, ersieht man daraus, dass er am 21. Dezember 1360 auf Donaustauf weitere 4000 Goldgulden borgte, so dass das Schloss seitdem der Krone Böhmen für 21 000 Gulden zum Pfande stand⁷. Der Streit um Donaustauf, der sich zwischen dem Kaiser, als König von Böhmen, und dem Kapitel des Hochstifts, das die Massnahmen seines Bischofes nicht anerkennen wollte, entsponnen hatte, sollte endlich seinen Abschluss finden. Beide Parteien hatten den Pfalzgrafen Ruprecht den Älteren zum Schiedsrichter über diese Angelegenheit erwählt. Dieser sprach am 28. Oktober 1361 sein Urteil dahin aus, dass der Bischof zum Besten des Stiftes gehandelt und ein Recht gehabt hätte, das Schloss zu versetzen. Bis zur Auslösung sollte Donaustauf bei Böhmen bleiben⁸. So konnte denn das Kapitel nicht umhin, das Pfandschaftsrecht des Kaisers, als König von Böhmen, anzuerkennen, was der Probst Dietrich von Awer und der Dechant Konrad von Heimberg im Namen des

4. Ueber die Kämpfe cf. Werunsky u. Riezler a. a. O.

5. PR. 54. 26. September 1356.

6. CGD. 1171 ff. Ludewig V 514. Pelzel II 501.

7. PU. II 276 no. 262.

8. PU. II 277.

Kapitels am 31. Oktober 1361 taten⁹. Am 5. November stellte dann Karl einen Bekenntnisbrief über die Verpfändung des Schlosses seitens des Hochstifts Regensburg für 21 000 Goldgulden aus und bestätigte dem Stifte das Rücklösungsrecht¹⁰.

Wenn Karl IV. Abt und Konvent des Klosters Reichenbach (bei Cham a. Regen) am 24. Juni 1360 mit Land und Leuten in seinen (böhmisches) Schutz nahm und seinem Pfleger zu Bärnau, also einem böhmischen Beamten, das Klostergebiet zu schützen befahl, so bedeutete dies eine Erweiterung des böhmischen Einflusses in dem Süden der heutigen Oberpfalz; ein Gebiet, das damals im grossen und ganzen zur Kurpfalz gehörte.

Die weiteren Erwerbungen der Krone Böhmen im Süden der Oberpfalz sind westlich der Naab zu suchen.

Konrad von Heimberg, Domprobst zu Regensburg, Heinrich von Heimberg und Hermann von Breitenstein hatten die Feste Heimburg (nördlich von Neumarkt, Oberpfalz gelegen) mit Ausnahme des Dorfes Meckenhausen (südöstlich von Hilpoldstein) vom König von Böhmen zu Lehen genommen. Am 6. Februar 1362 nahm Karl IV. dieses Gebiet in seinen Schutz¹¹. Ferner hatte der Kaiser in demselben Jahre das dem Reiche gehörige Schloss Adelsburg (Bez. Parsberg südöstlich von Neumarkt), das unter Kaiser Ludwig am 24. Februar 1341 verpfändet worden war¹², mit böhmischen Geldern losgekauft und es der Krone Böhmen zugewendet. Am 17. März 1362 gaben die Kurfürsten Gerlach Erzbischof von Mainz, Ruprecht Pfalzgraf und Rudolf Herzog von Sachsen ihre Zustimmung zu diesem Kaufe¹³.

9. PU. II 279.

10. RK. 3770.

11. RK. 7075.

12. Emler IV 346 no. 875.

13. BKr. 503.

Durch die Lehensauftragung Albrechts von Hohenfels erfuhr die böhmische Position in dieser Gegend eine wesentliche Verstärkung. Der vorgenannte wurde mit Burg und Stadt Hohenfels (etwas nördlich von Parsberg gelegen) und Schloss Mühlthal am 13. November 1366 Vasall der Krone Böhmen¹⁴.

Karl IV. ließ dem Edlen Friedrich von Heideck, der sich von seinem Oheim, dem Grafen Ludwig von Oettingen, die Festen Tolnstein und Weinheim kaufen wollte, 5000 kleine Goldgulden. Als Gegenleistung und zum Dank dafür nahm Friedrich seine frei eigene Feste Heideck (südwestlich von Hilpoldstein) von Böhmen zu Lehen und verpflichtete sich damit auf ewig der Krone Böhmen¹⁵.

Die Erweiterung des böhmisch-pfälzischen Gebietes nach Norden konnte Karl IV. nicht gelingen, weil hier das Nürnbergisch-burggräfliche Gebiet, ein ziemlich geschlossenes Territorium, lag. Der Kaiser musste die Burggrafen sich als Freunde erhalten, weil er ihre Dienste vielfach in Anspruch zu nehmen gezwungen war. Daher konnte er es nicht wagen, in ihrem Gebiete Erwerbungen zu machen. Ausserdem waren die Burggrafen ihrerseits eifrig bemüht die Grenzen ihres Landes, namentlich nach Norden, weiter vorzuschieben; so wäre es sicherlich, wenn Karl sein Königreich auf ihre Kosten erweitert haben würde, zu den schwersten Konflikten gekommen. Das musste vermieden werden. Der Kaiser war ihnen vielmehr bei der Vergrößerung ihres Landes dadurch behilflich, dass er ihnen mehrfach Reichsgut versetzte oder verließ¹⁶. Er machte den Burggrafen Friedrich zum Landvogt von Elsass¹⁷, dann von Schwaben, wodurch dieser eine jährliche Einnahme von

14. RK. 4434. BKr. 553.

15. 23. Nov. 1360. RK. 3419. CGD. I 1239 ff.

16. RK. 3988, 2047, 2049, 2050, 2052, 3707, 5118.

17. RK. 3916.

6526 Gulden bekam¹⁸, um ihn und sein Haus dadurch fester an Böhmen zu ketten und sie stets auf seiner Seite zu haben. Grössere Erwerbungen waren also im Norden nicht zu machen. Doch können wir bei seinem Verhaften gegenüber dem burggräflichen Hause seine „Erwerbungspolitik“ nachweisen.

Zuerst schien es, als ob die Ehe Friedrichs V. mit Elisabeth, der Tochter des Markgrafen Friedrich von Meissen, nicht mit männlichen Nachkommen gesegnet sein würde. Karl verlobte daher im Jahre 1361 seinen eben erst geborenen Sohn Wenzel mit der jungen Tochter des Burggrafen, in der Hoffnung, dessen Gebiet für das Königreich Böhmen zu gewinnen, wenn jener, ohne Söhne zu hinterlassen, aus der Welt gehen würde.

Das Verlöbnis wurde jedoch im Jahre 1365 gelöst, weil Karl eine günstigere Partie, nämlich die präsumtive Erbin Ungarns, für seinen Sohn im Auge hatte¹⁹. Ausserdem gewann ja Friedrich auch später (im Jahre 1370 und 1372) männliche Erben, so dass für Karl so wie so keine Aussicht mehr auf Gewinnung der Burggrafschaft war²⁰.

Von Erwerbungen ist nur folgendes zu erwähnen. Konrad von Regekdorf nahm das nördlich von der böhmischen Feste Neustadt gelegene Dorf Seybothenreuth²¹ von Kaiser Karl als König von Böhmen zu Lehen. Vielleicht liegt oder lag das in derselben Urkunde erwähnte Gut Tieffen-
graben auch in dieser Gegend. In der Grafschaft Truhendingen erwarb der König von Böhmen das Schloss Arnstein²², das ihm der Graf Friedrich (Heinrich B.Kr.) am 17. Dezem-

18. RK. 4578. Mon Zoll 4, 113.

19. Pelzel 687 u. Urk. 291.

20. Cf. Christ. Meyer: Geschichte der Burggrafschaft Nürnberg. Tübinger Studien 1908, 41.

21. An der Bahnstrecke Bayreuth-Kirchenlaibach.

22. Bei Weismain gelegen.

ber 1361 zu Lehen auftrag²³. Auch wurde dieser Burgmann zu der Feste Rothemberg²⁴.

§ 5.

Erwerbungen am Main-Drei- und Viereck.

Wir hatten gesehen, dass die Grenze der böhmischen Oberpfalz nach Westen bis Erlangen vorgeschoben war. Zwischen den Erwerbungen am Main-Dreieck und dem westlichsten böhmischen Orte der Oberpfalz liegt Schloss Wilhelmsdorf (bei Emskirchen)¹. Dieses wurde im Jahre 1358 von den Gebrüdern Johann, Eberhard, Dietrich und Stephan von Wilhelmsdorf dem Kaiser als König von Böhmen zu Lehen aufgetragen und dem Königreich auf ewig geöffnet².

Seit den sechziger Jahren finden wir Karl IV. auch am Mittellauf des Main eifrig für Böhmen erwerbend. Am 4. Januar 1362 wurde der Graf Eberhard von Wertheim mit Burg und Stadt Wertheim Vasall der Krone Böhmen³. Zu dem aufgetragenen Gebiete gehörte noch das Dorf zum heiligen Kreuz über den Main mit der Ueberfahrt und der etwaigen Brücke und den Festen, wenn sie errichtet würden. Im Kriegsfall stand dies Gebiet dem König von Böhmen offen, der aber für Kost selbst aufkommen und Schadenersatz leisten musste. Im Jahre darauf suchte der Kaiser, als König von Böhmen, am Maindreieck Fuss zu fassen.

23. BKr. 501.

24. 3794 RK.

1. Bez.-Amt Neustadt a. d. Aisch; sonst Unter- oder Niederallach benannt. Cf. Lehner 271.

2. BKr. 457.

3. RK. 3801. CGD. I 1270. Vgl. Aschbach: Geschichte der Grafen von Wertheim II (1843) 115. Es sei daran erinnert, dass die Grafen schon böhmische Vasallen waren wegen der Burg Königheim (Chenicheim). Urk. v. 20. Juni 1329 l. c. II 85 u. I 152 ff. Cf. RK. 4394.

Am 28. Januar 1363 kaufte er zu Willensheim (jetzt Willanzheim bei Iphofen nicht weit von der Spitze des Maindreiecks entfernt) die Burg mit Zubehör: Renten, Geld und Naturalabgaben, Rechten und Diensten von Konrad von Sinsheim für 2700 Pfund Heller, die er bar bezahlte⁴. In dieser Gegend machte Karl 1366 weitere Erwerbungen. Zur Vergrößerung seiner Hausmacht nutzte der Kaiser die Geldverlegenheit des Bistums Würzburg aus und kaufte von diesem für 60 000 Goldgulden die Stadt yphowe (Iphofen) mit den in der Nähe gelegenen Schlössern Swanenberg, Nuwenburg, Hohenburg mit Städtchen und Schloss Bibart, alle Rechte und Zubehör eingeschlossen. Bei dem Abschluss des Verkaufes waren von den 60 000 Gulden bereits 16 000 Gulden an den Bischof Albrecht (in parata pecunia) bezahlt. Für den Fall, dass der Papst den Kaufvertrag nicht bestätigen würde, sollten Schwanenberg und Iphofen als Pfand bei Böhmen bleiben, bis die Pfandsumme den Königen von Böhmen voll und ganz bezahlt sein würde. Da von einem Einspruche des Papstes gegen diese Gebietsveräußerung nichts bekannt ist, können wir annehmen, dass Karl in den wirklichen Besitz der genannten Orte und Schlösser kam. Noch in demselben Jahre erfuhr die böhmische Position am Maindreieck eine bedeutende Verstärkung. Der Kaiser liess durch den Kanzler des Königreichs Böhmen, Burchard Probst zu Wissegrad, für seinen (fünfjährigen) Sohn König Wenzel die beim Bistum Würzburg befindlichen Reichspfandschaften, nämlich Dorf Mainbernheim (bei Iphofen) und Dorf Heidingsfeld (am Main, südlich von Würzburg) um 6334 Pfund Heller vom Bischof Albrecht einlösen⁶. Man darf nicht

4. CGD. I 1275.

5. PU. II 286. BKr. 550. Schwanenberg nördlich von Iphofen, Bibart südöstlich.

6. RK. 4390 u. 7221. Die Summe kam folgendermassen heraus: König Albrecht versetzte Mainbernheim für 134 Pfund, die Gerechtsamen in Heidingsfeld für 2000 Pfund, Kaiser Ludwig die Vogtei zu

denken, dass diese Lösung der Politik Wenzels zuzuschreiben sei; das verbietet uns schon das Alter des jungen Königs. Karl setzte mit Vorliebe seinen Sohn Wenzel, seitdem dieser zum Könige gekrönt war, als handelnde Persönlichkeit ein, sobald es sich um böhmische Angelegenheiten handelte. Die Willebriefe der Kurfürsten liess sich der Kaiser am 27. September ausstellen. In diesen wird sogar zugestanden, dass das auf die Erhaltung der Orte verwendete Geld zu der ursprünglichen Pfandsomme geschlagen werden könnte⁷. Am 16. Dezember kaufte Karl IV. von Eberhard Fuchs, Domherrn zu Würzburg, und den Brüdern Füchsen von Dornheim ihre Feste und Herrschaft Prichsendorf um 6500 Pfund Heller⁸. Prichsendorf ist nicht Briesendorf westlich von Bamberg wie Huber⁹ vermutet, sondern Prichsenstadt nördlich von Iphofen. Da das Dorf kurz nach der Erwerbung von Karl zur Stadt erhoben wurde, ist die Namensänderung erklärlich. Ausserdem war, wie wir später erfahren, die Burg Heidingsfeld von der Krone

Mainbernheim für 200 Pfund. Schliesslich verpfändete Ludwig alles noch dem Reiche in beiden Dörfern gehörige für 4000 Pfund Heller. Zusammen also 6334 Pfund.

7. CGD. I 1303/04. An diesem Tage gaben ihre Willebriefe: Gerlach v. Mainz, Otto v. Brandenburg, Pfalzgraf bei Rhein.

8. CGD. I 1309. BKr. 552 no. 571.

9. Im Register zu den Regesten. Urkundlich ist, wenn Lünig die Namen richtig wiedergegeben hat, 1) Brichsendorff (cf. CGD. I 1309) und 2) Briesendorf (RK. 4463) überliefert. Wenn wir nun aus inneren Gründen annehmen, dass unter den beiden Namen ein Ort, nämlich Prichsenstadt zu verstehen ist, so sprechen die Schreibweisen nicht dagegen. Es ist nämlich auch für Prichsenstadt Prissenstat und Prisenstat überliefert. Oesterley p. 536.

1) Prichsendorf, wie wir den Ort immer nennen wollen, ist unter böhmischer Herrschaft zur Stadt erhoben und ausgebaut, mit den Rechten der Stadt begabt worden: Reg. boica 9,165. Die Namensänderung ist erst allmählich eingetreten.

2) Aus den Urkunden geht hervor, dass wir es mit einem Ort zu tun haben, der zum Bistum Würzburg gehörte. Das trifft aber nur für

Böhmen gekauft worden, wohl im Anschluss an die Auslösung der Reichspfandschaften. Karl hatte an dem Maindreieck für Böhmen schon ein beträchtliches Gebiet gewonnen und nun lag ihm daran, die Dörfer Mainbernheim und Heidingsfeld, die Reichspfandschaften, dauernd an Böhmen zu fesseln. Dabei durfte sich der Kaiser keine Rechtsverletzung zu Schulden kommen lassen, und von den Kurfürsten konnte er nicht erwarten, dass sie die Reichspfandschaften der Krone Böhmen als Eigentum zusprechen würden. Sein Sohn Wenzel musste ihm, als Kaiser, die frei eigenen Güter Burg Heidingsfeld mit Zubehör und Burg und Stadt Prichsendorf, die er um seine eigenen Pfennige gekauft hatte, auftragen, worauf er sie als Reichslehen zurückempfang¹⁰. Dafür aber, dass König Wenzel frei eigenes böhmisches Gebiet zu Reichslehen gemacht hatte, gab ihm der Kaiser mit rechtem Wissen und mit Rat der Kurfürsten gleichsam als Entgelt (zu einer erstattung der vorgenannten sachen) die Dörfer Heidingsfeld und Mainbernheim (Bernheimb), wie er sie an sich gelöst hatte, zu rechtem Mannlehen, damit dort die Könige von Böhmen Herberge nehmen könnten, wenn sie zur Wahl oder zur Vornahme sonstiger Reichshandlungen nach Frankfurt reiten müssten. König Wenzel erhielt auch die Vogtei über das Kloster zu Heidingsfeld auf ewig verliehen; es erwuchs ihm aber die Pflicht Land und Leute des Klosters zu schirmen. Ferner wurde dem König von Böhmen die Erlaubnis erteilt die Dörfer zu Städten auszubauen und zu befestigen¹¹. Auf

Prichsenstadt in Unterfrk. zu, nicht für das Dorf Briesendorf 15,2 km westlich von Bamberg gelegen, das zum Bistum Bamberg gehörte. Auch Stein ist wohl allmählich zu der Ansicht gekommen. Während er in seiner Geschichte Frankens (1885) Bd. I p. 359 noch von Priesendorf redet, setzt er in seiner Geschichte Schweinfurts Bd. I (1900) p. 210 Prichsenstadt dafür ein.

10. RK. 4463. CGD. I 1309.

11. Cf. RK. 7240. Am 21. Jan. 1367 wird Heidingsfeld schon Stadt genannt.

wirklich kunstvolle Weise hatte es der Kaiser verstanden, den Dörfern den Charakter der Pfandschaft zu nehmen und sie der Krone Böhmen dauernd zu überlassen. Damit, dass Wenzel sein freies Eigentum zum Reichslehen machte, hatte er sich eigentlich keines Rechtes begeben, brauchte für die Lehnsauftragung auch nicht entschädigt zu werden. Böhmen war ja so wie so Reichslehen, und neue Verpflichtungen dem Reich gegenüber erwachsen König Wenzel durch die Gebietsauftragung durchaus nicht. Die Lehnsauftragung hatte nur dann Bedeutung, wenn ein Fürst oder Herr dadurch Vasall eines Herrschers wurde, dem er bisher noch nicht verpflichtet war, wie es z. B. bei den Landgrafen von Leuchtenburg Böhmen gegenüber der Fall war.

Die Entschädigung brachte aber Böhmen Vorteil. Denn aus der Reichspfandschaft, die Böhmen unter anderen Verhältnissen jederzeit wieder genommen werden konnte, wurde vom Reiche zu Erblehen gehendes also unentreisbares Gebiet. Da durch die Massnahme Karls eine Besitzveränderung mit Reichsgut vor sich ging, musste sie, um Rechtskraft zu erlangen, von allen Kurfürsten genehmigt werden, was auch durch die 1367 und 1368 gegebenen Willebriefe geschah¹². Ausserdem liess sich König Wenzel vom Bischof von Würzburg und dem Kapitel die am Main gelegenen böhmischen Besitzungen Heidingsfeld, Mainbernheim (Städte) und Burg und Stadt Prichsendorf, sowie die Güter zu Willanzheim sicher stellen¹³, was nicht auffallen kann, weil ja die Orte alle vom Gebiet des Bistums rings umgeben waren.

Im Anfang desselben Jahres (31. Januar 1367) machte Karl als König von Böhmen in der Nähe von Mainbernheim noch eine Erwerbung. Er kaufte die Feste Michelsfeld, westlich von Iphofen gelegen, wozu noch ein

12. BKr. 553. CGD. I 1315, 1317.

13. CGD. I 1315. RB. IX 167. BKr. 554.

Teil einer anderen Feste, Güter, und anderer Zubehör gehörte, für 2600 Pfund Heller von den Gebrüdern Heinrich und Hans von Meinberg¹⁴.

Vielleicht ist auch hier in der Nähe der Ort Behemfurt zu suchen, der in einer Urkunde vom 26. November 1372 unter den böhmischen Plätzen in Franken genannt wird¹⁵. Da in der betreffenden Urkunde die Orte mit Rücksicht auf ihre geographische Lage zusammengestellt sind, muss die Erwerbung hier eingereiht werden, obwohl wir über die Lage des Ortes nichts Genaueres wissen. Es handelt sich vermutlich um eine an einer Furt am Main von den Böhmen erbaute Ansiedlung, die später wieder verschwunden ist.

In Schweinfurt besass Karl den Eichstädtischen Anteil an der alten Stadt, mit dem er sich vom Bischof von Eichstätt hatte belehnen lassen¹⁶. Zwischen Wertheim und Heidingsfeld gewann die Krone Böhmen um diese Zeit den Ort Hohenburg (Homburg a. M., Ostecke des Vierecks). Am 28. September 1366 erhob sie diesen Ort zur Stadt¹⁷.

Zum Schluss sei noch Babenhausen (westlich von Aschaffenburg) erwähnt. Allerdings stand diese in der Herrschaft Hanau gelegene Burg und Stadt in keiner Verbindung mit den eben genannten böhmischen Erwerbungen. Ulrich von Hanau, der dem Kaiser für vieles zu Dank verpflichtet war, trug mit Wissen seiner Erben seine Burg und Stadt Babenhausen mit allem Zubehör „die sein veterlich frei eigen guter gewesen sein“ diesem, als König von Böhmen, und König Wenzel auf. Dafür erhielt er am 16. Mai 1372, dem Tage der Auftragung, 4000 kleine Gulden. Er musste sich wie alle Vasallen zu Diensten verpflichten und Babenhausen der Krone Böhmen im Bedarfsfalle öffnen¹⁸.

14. CGD. I 1311. BKr. 554.

15. Mitt. des Altertumsv. zu Plauen 1885 no. 584.

16. Stein: Geschichte Frankens 1885, Bd. I 359. Derselbe: Geschichte der Reichsstadt Schweinfurt, Bd. I (1900) 210.

17. RK. 7222.

Schon 1365 scheint Karl an die Erwerbung von Babenhausen gedacht zu haben, denn am 21. Oktober dieses Jahres sandte er den ehrwürdigen Rudolf, Bischof zu Verden, und Sifriden von dem Paradise, seinen heimlichen Diener und Rat, zu ihm, die mit ihm über Babenhausen reden sollten¹⁹.

* * *

Da wir bei unserer Betrachtung einmal im Westen des Reiches sind, wollen wir an dieser Stelle zweier jenseit des Mains gelegenen Orte gedenken, die von den übrigen böhmischen Erwerbungen ganz abseits liegen. Wir behandeln sie nur im Vorübergehen, weil nach unserer Ansicht der böhmische Besitz dieser Orte nicht sicher nachweisbar ist. Gerlach, Erzbischof von Mainz bezeugte am 19. Dezember 1353, dass Karl, als Römischer König, seinen Erben und Nachkommen, Königen zu Böhmen, und der Krone desselben Reiches um 4000 Mark Silber, die er für das Reich bezahlt hatte, Burg und Stadt Friedberg in der Wetterau zu rechtem Pfande versetzt habe²⁰. Von böhmischer Herrschaft in Friedberg ist sonst nichts bekannt. Entweder ist dieser Reichsbesitz gar nicht in böhmische Pfandgewehre übergegangen (was wahrscheinlicher ist), oder er ist nur sehr kurze Zeit bei Böhmen gewesen. Dieffenbach hat von der Urkunde keine Notiz genommen²¹.

Ferner soll Philipp von Isenburg seine Feste Vilmar an der Lahn von Kaiser Karl und den künftigen böhmischen Königen zu Lehen genommen haben²². Im Juli 1359 war

18. Hessisches Urkb. 2. Abt., Bd. III (1894) 749 ff. RK. 6351. Scriba Hess. Reg. I 1206. BKr. 586.

19. Hess. Urkb. I. c. 561. „mit dir zu reden umb Babenhusen.“

20. PU. I 148.

21. Dieffenbach: Geschichte der Stadt und Burg Friedberg in der Wetterau 1857.

22. Jireček: BKr. 492. Regest. um 16. März 1631. List Filipa z Isenburku, že zámek svůj s městem Wylmar pod manství dáva císaři Karlovi a potomním králům českým.

Vilmar wegen Landfriedensbruch durch die rheinischen Erzbischöfe, den Landgrafen von Hessen, den Abt von Fulda und die Reichsstädte und Herren jener Gegend eingenommen und zerstört worden, nachdem es ca. 5 Wochen belagert war²³. Es wurde dann wieder aufgebaut und von dem Besitzer Philipp von Isemburg dem Reiche geöffnet und zu Lehen aufgetragen, wofür der Kaiser Philipp mit 6000 kleinen Goldgulden entschädigte, die er ihm auf einen Zoll anwies²⁴. Es ist sehr fraglich, ob Philipp im Jahre darauf (16. März 1361) das Reichslehen in böhmisches Lehen verwandelt hat.

§ 6.

Erwerbungen im Hohenlohischen, Württembergischen und im übrigen Süddeutschland.

Nicht weit von den böhmischen Besitzungen am Main lagen die Erwerbungen, die Karl IV. im Hohenlohischen machte. Schon unter König Johann standen die hohenlohischen Fürsten mit der böhmischen Krone in Verbindung. Im Jahre 1334 am 15. Februar hatte Lutz von Hohenlohe sein „eigen haus Cronsberg aufgegeben“ und war „sein (König Johannis) man darumb worden, darumb er uns ein genant geld geben hat¹.“ Auch die Hälfte des Schlosses Seldeneck, bei Mergentheim a. Tauber gelegen, ging seit 1341 von Böhmen zu Lehen².

Ulrich von Brauneck, Vertreter eines Zweiges der

23. Rs. 303 a.

24. Glafey 565. Pelzel II 685. Urkunde vom 26. März 1360.

1. Hohenlohische Urkb. ed K. Weller. Bd. II (1901) 352. BKr. 117.

2. Weller 505. BKr. 216. Jireček liest „Baldeneck“ statt Seldeneck. Ueberhaupt sind die Namen von deutschen Orten im BKr. arg, ja oft bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Hohenlohe, war ebenfalls Vasall der Krone Böhmen geworden. Am 23. November 1353 hatte er von Kaiser Karl, als König von Böhmen, sein Schloss Werdeck (a. d. Brettmach nördlich von Kirchberg im Hohenl.), das vormals sein rechtes Eigen war, für sich und seine Nachkommen zu rechtem Mannlehen genommen und darum der Krone Böhmen gehuldigt und geschworen³. Allerdings gab Karl, wie wir bereits oben gesehen⁴, die Oberlehnsherrschaft über dieses Schloss als Entschädigung an das Bamberger Stift.

Beträchtlicher war der Gewinn für die Krone Böhmen, der ihr durch die Lehensauftragungen Krafts von Hohenlohe in den sechziger Jahren zu teil wurde. Neben der schon obengenannten Burg Seldeneck (jetzt anscheinend ganz) nahm er 1361 die drei Schlösser Wielreut (jetzt Bielried, Burg im Thüngental b. Hall), Kirchberg a. Jagst, sowie Sulz bei Kirchberg auf ewige Zeiten von Böhmen zu Lehen⁵. Im Jahre darauf wurde Gerlach von Hohenlohe mit seinen Schlössern Frankenberg (nördlich von Uffenheim, Unterfranken) und Kauczburg⁶ böhmischer Kronvasall⁷. Mit Frankenberg, das unweit dem von Würzburg erkauften Orte Bibart liegt, war die Verbindung mit den böhmischen Besitzungen am Maindreieck gegeben. Derselbe trug ferner im Jahre 1367 Schloss und Stadt Geylmsheim, sicher Gelchsheim bei Aub, Unterfranken, dem Kaiser, als König von Böhmen, auf und öffnete ihm das Schloss⁸.

In diesem Zusammenhange sei an die Erwerbung der Städte Aalen und Heubach und der Burgen Rosenstein und Lauterburg erinnert, die wir schon bei der Erwerbung

3. Sommersberg III 64. Jireček: BKr. 492 Regest zu 1354 ohne Tagesdatum.

4. Siehe S. 38.

5. BKr. 502 no. 508.

6. Wo gelegen? Vielleicht eine Namensentstellung!

7. BKr. 504.

8. BKr. 1367. In anderen Urkunden kommt z. B. auch folgende Schreibweise vor: Geylichzheim. Cf. Weller II 743 (Register).

von Parkstein behandeln mussten⁹. Die Gewinnung dieser Orte hing zusammen mit der Fehde des Kaisers mit den Grafen von Wirtemberg, die im August 1360 ihren Anfang genommen und nicht länger als 14 Tage gedauert hatte. In den Friedensverträgen mussten die Grafen Eberhard und Ulrich von Wirtemberg auf alle Pfandschaften, die sie teils vom Reich, teils von den Grafen von Oettingen bekommen hatten, verzichten. Während Karl IV. die Reichspfandschaften dem Reiche wieder zurückgab, kaufte er den Grafen von Oettingen die von ihnen an Wirtemberg verpfändet gewesenen Städte Aalen und Heubach und die Festen Lauterburg und Rosenstein ab¹⁰.

Ende des nächsten Jahres suchten die Grafen Eberhard und Ulrich engen Anschluss an die Krone Böhmen und trugen dem Kaiser, als einem Könige von Böhmen, Neuburg Burg und Stadt, Bilstein Burg und Stadt, und die Festen Botbower und Lichtenberg¹¹, die ihr freies Eigentum waren, auf und empfangen diese Orte als rechtes Mannlehen zurück¹². Einige Tage später wurde den Grafen für die böhmischen Lehen auch die weibliche Erbfolge gestattet. Dafür verpflichteten sie sich dem Lehnsherrn mit 50 Helmen gegen jedermann ausgenommen gegen das Reich zu dienen¹³.

Die folgenden Erwerbungen hatten für Böhmen, weil sie vollkommen isoliert dastanden und wegen ihrer grossen Entfernung vom Königreich nicht leicht zu erreichen waren, fast keine Bedeutung. Sie beweisen aber, dass Karl bei seiner Erwerbungspolitik sich keine Grenzen gezogen hatte, und zeigen, wie weit der böhmische Einfluss reichte. So finden

9. vgl. S. 32.

10. Stälin: Wirtembergische Geschichte, Bd. III (1856) 266 ff. und 270.

11. Beilstein, Bottwar u. Lichtenberg südlich v. Lauffen.

12. RK. 7062 u. 3786. CGD. I 1266. Stälin III 280. Cf. auch RK. 7063/64.

13. CGD. I 1266.

wir im äussersten Süden des heutigen Königreichs Württemberg eine „böhmische Insel“. Im April 1361 reichte Graf Rudolf von Montfort-Feldkirch die Feste Alten-Montfort, sein freies Gut, der Krone Böhmen auf¹⁴. Am 10. Oktober desselben Jahres wurde das Mannlehen in Weiberlehen verwandelt¹⁵.

Graf Rudolf zu Hohenberg nahm im November 1372 als Ersatz für die von Böhmen zu Lehen rührende Feste und Burg Weiseneck, die schon seine Eltern und Vorfahren von der Grafschaft entfremdet hatten, Stadt Friedingen mit den Dörfern Kolbingen, Egenscheiben und Rengwitschhusen, sein Eigen, von der Krone Böhmen zu Lehen¹⁶.

Nachdem wir die Erwerbungen Karls IV. in Süddeutschland im einzelnen verfolgt haben, wollen wir zusehen, wie er in Norddeutschland immer weiter vorzudringen suchte, wie er Städte, Dörfer und Güter, wie er ganze Herrschaften und Länder erwarb.

14. BKr. 494. Jireček liest Nontworth statt Montfort.

15. RK. 3756.

16. CGD. I 1343. BKr. 584/85. C I F II 151 f. Urkunde zu 11. und 17. November. Pelzel II 858.

4. Abschnitt.

Erwerbungen Karls im heutigen Königreich Sachsen und den Thüringischen Staaten.

§ 1.

Die sächsische Schweiz.

Zunächst müssen wir uns ein klares Bild von dem territorialen Besitz Böhmens in der sächsischen Schweiz bei dem Regierungsantritt des Königs machen. Der Gau Nisani, im wesentlichen die sächsische Schweiz umfassend, war seit Mitte des 12. Jahrhunderts böhmisch gewesen¹, dann aber grösstenteils an die Markgrafen von Meissen wieder verloren gegangen. Alles unsichere übergehend, begnügen wir uns damit, die Gebietsteile namhaft zu machen, von denen sich nachweisen lässt, dass sie zur Zeit Karls IV. beim Königreich Böhmen gewesen sind. In den neunziger Jahren des 13. Jahrhunderts war die Stadt Pirna mit Zubehör durch Kauf an Böhmen übergegangen². Dieser Kauf fand am 22. Nov. 1298 seine Genehmigung durch König Albrecht³.

Der Königstein und Lilienstein sind auch schon vor

1. Gautsch: Aelteste Geschichte der sächsischen Schweiz. Dresden 1880, 14.

2. Hofmann: Geschichte der Stadt Pirna (1891) p. 42. Der Verkauf ist zwischen 1293 und 96 geschehen.

3. Codex dipl. Saxoniae Reg. II 1 (1864) p. 256 quod nos venditionem civitatis episcopatus Misnensis dictae Pym cum castro et attinentiis suis sitae in terra Misnensi circa metas Boemie factam nostrum benigne praestamus assensum.

Regierungsantritt Karls böhmisch gewesen⁴; dazu gesellte sich das Städtchen Gottleuba⁵. Ausserdem war die Burg Dohna mit ihren Gütern ein vom Bistum Meissen zu Lehen rührendes böhmisches Besitztum⁶. Am 7. September 1341 erkannten die Burggrafen von Dohna (Donin), die Gebrüder Friedrich und Otto von Heyden und Heinrich der Truchsess von Borna (dapifer de Burn), die böhmische Lehnsherrschaft über *castrum Donin cum suo dominio* an⁷. Schliesslich sei noch die Pirna gegenüber auf dem rechten Ufer der Elbe gelegene Burg Wehlen erwähnt, die in der Friedensurkunde vom 26. November 1372 auch unter den böhmischen Besitzungen genannt wird⁸.

Von der Herrschaft Hohenstein, auf dem rechten Ufer der Elbe, an der Polenz gelegen, wissen wir nur, dass mit ihr am 16. August 1353 Hinc de Duba von Karl IV. belehnt wurde⁹. Fassen wir mit den Worten Gautschs den böhmischen Besitz an der Elbe zur Zeit Karls IV. zusammen: „Auf dem ganzen linken Elbufer begann daher im 14. Jahrhundert die böhmische Herrschaft von dem Anfange des Gebiets der Burggrafschaft Dohna, wenig Stunden von Dresden, von dem Loschwitzbach bis zur (heutigen) böhmischen Grenze. Eine Ausnahme davon machte nur das im Jahre 1286 von der Burggrafschaft Dohna abgekommene,

4. Gautsch 27.

5. *ibidem* 26. C. d. SR. II 5, 381.

6. C. d. S. R. II 1, 342. In dieser Urkunde erkennt König Johann auch die Lehnshoheit des Bistums über Stadt Pirna an. 27. Jan. 1336. BKr. 135.

7. Balbin VIII 219. Emler IV 1001. BKr. 206.

8. Weylio cf. CGD. I 1345/50. Müllers Mitt. d. Alt. Ver. zu Plauen (1885) no. 484 p. 103/08 (später nur mit Müller zitiert).

9. Balbin VIII 153 cf. Knothe N. Archiv f. Sächs. G. II 1881. „Berka von der Duba auf Hohnstein usw.“ Ahrens (Wettiner und Kaiser Karl IV. Leipziger Studien I 2 [1895]) p. 19 verwechselt Hohenstein in der sächsischen Schweiz, das hier allein in Betracht kommen kann, mit dem zwischen Glauchau und Chemnitz gelegenen Hohenstein.

an das Stift Meissen vertauschte Liebstadt. Auf dem rechten Ufer dagegen begann die böhmische Herrschaft mit der Burg Libenthal¹⁰.“

§ 2.

Erwerbungen im Vogtland und Muldegebiet.

Ebenso wie König Johann, der Vater Karls IV., auf den Besitz des Gebiets, das wir heute sächsische Schweiz nennen, Wert gelegt und ihn zu vergrössern gesucht hatte, hatte er Interesse für das sich unmittelbar anschliessende Vogtland gehabt, und legte hier den Grundstein, auf dem der Sohn seine Erwerbspolitik aufbauen konnte.

Am 12. März 1327 wurden Heinrich der Aeltere von Plauen und sein Sohn Vasallen der Krone Böhmen, indem sie ihr die Herrschaft Plauen mit ihren Festen und Gütern nämlich Lubawe (Liebau b. Plauen cf. Müller no. 421), Johansgrune (Gansgrün nordöstlich v. Pl.), Schoeneck (südöstl. v. Oelsnitz), Plonswitz (Planschwitz westl. v. Oelsnitz), Stein (bei Planschwitz), Tirbil (Triebel südlich von Oelsnitz) und Gatendorf (östlich von Hof) zu Lehen auftrugen¹.

10. cf. Gautsch 28. Der Nachsatz Gautschs: „welche unter dem von Friedrich dem Kleinen an Böhmen veräusserten Besitzungen aufgezählt wird“ besagt gar nichts. Man tut wohl recht daran den Tausch Friedrichs des Kleinen als nicht zur Durchführung gelangt anzusehen. Auch ist noch nicht aufgeklärt, was es mit der Schönburgischen Urkunde des Jahres 1294 [C. G. D. I 1045/46], in der Dresden, Radeberg, Tharandt, Dippoldiswalde, Wildruf und castrum Libenthal als böhmische Lehen genannt werden, auf sich hat. Jedoch ist soviel sicher, dass weder böhmische Lehnshoheit noch gar Besitzrecht auf einen dieser Orte nach 1294 sich nachweisen lässt. cf. Böttiger-Flathe: Geschichte des Kurstaates und Königsreichs Sachsen Bd. I (1867) p. 240. Ausgenommen nur Libenthal, das König Johann im Jahre 1336 von den Brüdern von Eykendorf gekauft hatte. cf. Machatschek: Geschichte der Bischöfe des Hochstifts Meissen (1884).

1. Schmidt Urkundenbuch der Vögte von Weida, Gera und Plauen usw. Thür. Gesch. V. Th. I (1883), Th. II (1892), I 291 u. 92, BKr. 74.

Ausserdem erlaubte ihnen König Johann, sein Schloss Vogtsberg um die Kaufsumme loszukaufen und mit vollem Recht zu behalten, bis entschieden wäre, ob es von Meissen oder Böhmen zu Lehen ginge². Die Grafen von Eberstein, die früher an dem jetzt der Krone Böhmen aufgetragenen Gebiete Lehnrecht besessen hatten, stellten am 6. Dezember 1328 einen Verzichtbrief aus³.

Heinrich der Jüngere, Vogt von Plauen, genannt Reuss, unterwarf sich 1329 der böhmischen Herrschaft mit seinem Schlosse Poterstein (südwestl. v. Altenburg), wofür ihm eine Entschädigungssumme zuteil werden sollte⁴.

Die erste Gelegenheit in die Verhältnisse dieser Gegend einzugreifen, bot sich Karl IV. im ersten Vogtländischen Kriege (1354/55), den er gemeinsam mit den Markgrafen von Meissen, seinen treuen Bundesgenossen führte⁵. Karl verfuhr glimpflich mit seinem besiegten Gegner, er nahm ihm zunächst kein Gebiet ab⁶. Auf dem Metzger Reichstage des

2. eod. loc. 290; BKr. 73; cf. Wenck: „Die Wettiner im 14. Jh.“; im Anhang dazu „der Vogtländische Krieg“ (1877) 8. In einer Beschwerdeschrift Friedrichs des Ernsthaften über seinen Vormund Heinrich II. (Reuss † 1349) beanspruchte ersterer Vogtsberg: Die eylfte schult ist, daz her uns anbrachte, daz wir zogen vor eyn hus, daz heyzet Voytsberg daz von uns zu lehene get . . . etc. Schmidt I no. 702. Am 1. Aug. 1333 hat der Markgraf Vogtsberg Heinrich dem Langen zuerkannt. cf. Schmidt I no. 716. Doch scheinen die Vögte später wieder von den Markgrafen wegen Vogtsberg bedrängt zu sein, denn sie bitten Karl IV. am 15. Oktober 1349 um Schutz. Schmidt I p. 470. Nach dem Vogtländischen Kriege kam Vogtsberg an die Markgrafen. (Wenck: Vogtl. Krieg p. 10 und Limmer: Entwurf einer urkundl. Geschichte des gesamten Vogtlandes Bd. II (1826) p. 563.) In dem Bündnis vom 1. März 1358 sicherte Karl dem Markgrafen Vogtsberg zu. cf. Müller no. 412.

3. Schmidt I 316.

4. Schmidt I 326.

5. Ueber den Verlauf des Krieges Wenck a. a. O. im Anhang p. 9 ff.

6. Allerdings sagt Limmer II 563, dass Böhmen von Plauen ältere Linie die Schlösser Schoeneck, Osseck und Landschütz nahm, gibt aber keine urkundlichen Belege. Limmer vermengt die beiden

Jahres 1356 mussten die Herren von Plauen ihr Gebiet dem König von Böhmen noch einmal zu Lehen aufgeben, worauf dann die Wiederbelehnung und die feierliche Einverleibung des Landes in das Königreich Böhmen erfolgte⁷.

Die ersten wirklichen Erwerbungen Karls im Vogtlande sind die Orte (Melin) Mylau und Reichenbach, die ihm am 8. Juli 1358 von den Vögten von Plauen aufgereicht wurden⁸. Es war dies die Beute, die er aus dem zweiten Vogtländischen Kriege gewann⁹.

Ueber den Ursprung des Krieges berichtet eine Quelle¹⁰:

Kriege von 1354/55 und 1358. Schoeneck war ja 1327 aufgetragen und ist 1370 böhmisch RK. 1370. Und zwar jetzt nicht mehr als Lehen, sondern unmittelbar. Karl hatte von Heinrich die Lehen der Feste Schoeneck bekommen; der Wert derselben betrug 400 Mark, die von den Schulden des verstorbenen Vogtes abgerechnet wurden. Schmidt II 151.

7. Schmidt I 510 u. 512.

8. Schmidt II 21.

9. Was ist nun der Grund zu dem zweiten Vogtländischen Kriege gewesen? Am 31. Oktober 1357 vertauschte Heinrich der Aeltere, Vogt von Plauen seinen Besitz darunter Liebau und Gattendorf [cf. Limmer p. 568], die doch infolge der Lehnsauftragung vom 12. März 1327 [siehe oben p. 67] böhmisch geworden waren, an die Markgrafen von Meissen. Durch diesen Vertrag musste sich Karl verletzt fühlen, weil ihm dadurch Gebiet entzogen war. Auch das Bündnis vom 1. März 1358 (also einen Monat bevor Karl die Urkunde Friedrich II. zugeschickt bekam), das Karl mit dem Markgrafen schloss, deutet darauf hin, dass Karl etwas vor hatte. [cf. Müller no. 412.] Schon einmal hatten sie ja als Verbündete zusammen im Vogtlande Krieg geführt. Wenn nun Karl in diesem Bundesvertrage dem Markgrafen Liebau zusprach, so ist doch damit nicht gesagt, dass er den Tauschvertrag des Vogtes anerkannt hatte und nun einfach darauf verzichtete, ohne mit den Vögten abzurechnen. Ja die Abrechnung erfolgte! Es ist der Vogtländische Krieg. Sie erfolgte aber auch mit den Markgrafen von Meissen. Diese mussten für Liebau, Planschwitz und Stein — die beiden letzteren hatten die Markgrafen nach dem zweiten Vogtländischen Kriege als Beute bekommen — am 20. August 1358, also nur kurze Zeit nach Beendigung des Krieges Spremberg abtreten. [cf. Müller no. 421.] Siehe p. 89.

10. Historia Erphesford. Anonymi de landgr. Thuringiae. Kap. 107 bei Pistorius. Script. rer. Germ. I 1349.

Anno domini 1358 Carolus imperator intravit cum marchione terram Plisnensem contra Rutenum de Plawen, id est gegen den Russen von Blawe, qui plura castra et oppida ad Bohemiae regnum pertinentia sub nomine pignoris multis annis indebite sibi usurpaverat. Wenck konstruierte sich nun die Entstehung des Krieges, auf der Angabe des Chronisten fussend, folgendermassen¹¹: Karl erfuhr durch eine Urkunde Friedrichs II. — sie ist uns schon bei der Erwerbung von Floss begegnet —, dass sein Vorfahre Ottokar von Friedrich II. „provinciam que Milin dicitur cum Richinbach et omnibus pertinentiis suis“ geschenkt bekommen hatte¹². Durch neue Bekanntgabe und Bestätigung hätte Karl ihr am 30. Juni 1358 Rechtskraft verliehen. Dann hätte Karl bei den Vögten auf diese Orte Anspruch erhoben; Heinrich III. hätte die Ansprüche nicht anerkennen wollen, und Karl deshalb zum Schwert gegriffen. Diese Ansicht ist falsch.

1. Der Chronist ist nicht richtig interpretiert. Wenck hat nicht erkannt, dass der Chronist sich eine Verwechslung hat zu schulden kommen lassen. Der Chronist nennt auch die plura castra et oppida, die die Vögte dann haben abtreten müssen nämlich: Triptis, Stein, Ronenburgk, Werde, Zugenrucken. Triptis und Ziegenrück hatten die Vögte in der Tat „sub nomine pignoris multis annis“; es waren aber Pfandschaften von Meissen, nicht von Böhmen. Und diese Festen gehen dem Vogt auch verloren, sie werden an Meissen abgetreten. Es ist abzuweisen, dass unter den plura castra et oppida Reichenbach und Mylau zu verstehen sind. Der Chronist hatte eben den Gang der Dinge nicht genau erfahren und sich die Sache selbst aber falsch zurecht gelegt. Zudem will er auch plura castra et oppida nicht so, wie Wenck es tut, bezogen haben, denn Schloss Mylau und Stadt Reichenbach sind gar nicht plura castra et oppida.

11. Wenck l. c. 12 ff.

12. RK. 2803.



Es ergibt sich bis jetzt also mit Evidenz, dass der Chronist aus Unkenntnis eine Verwechslung vorgenommen hat, dass sprachlich die Interpretationsweise Wencks unmöglich ist.

2. Hat denn überhaupt Karl die Urkunde so ausgenützt, wie es Wenck annimmt? Auf die Frage muss die Antwort „nein“ gegeben werden. Gewiss publizierte Karl die ganze Urkunde, zog aber aus ihr nur für Floss Nutzen. Ebenfalls lauten die Willebriefe nur über Floss. Karl hatte diese Urkunde nur deshalb auf Floss angewendet, weil er dies ohne Schwierigkeiten konnte. Er hatte ja Floss in Pfandgewehre, es war also nur der Rechtstitel zu ändern. Hätte Karl die Urkunde in der von Wenck angegebenen Weise ausnutzen wollen, so hätte er sicher in der Urkunde vom 30. Juni darauf hindeutende Bemerkungen gemacht. Ausserdem spricht auch die Urkunde vom 8. Juli 1358¹³ gegen Wencks Ansicht. Denn in dieser wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die Vögte „ihr (unser) hûzz zcû Melin und ihre (unser) stad zcû Rÿchenbach genumen unde enphangen haben zcû lehen etc.“ Nimmt man an, dass der Kaiser auf Grund der Urkunde Friedrichs seine Ansprüche habe geltend machen wollen und deshalb den Krieg begonnen habe, so dürften die Vögte nicht mehr von ihrer Stadt und ihrem Schlosse reden, sondern das Verhältnis wäre wohl ein anderes gewesen. Der siegreiche König hätte den Vögten Stadt und Schloss einfach weggenommen und ihnen im Friedensschluss sein Schloss und seine Stadt allenfalls aus Gnade verliehen. Der Aufreichungsakt beweist, dass man die Vögte als Herren anerkannte¹⁴.

Der Kaiser versicherte sich als König von Böhmen des Lehnrechtes auf Poterstein (im Altenburgischen) dadurch, dass er sich über die seinem Vater im Jahre 1329 aufgetragene Feste am 23. November 1358 von Heinrich Reuss v. Plauen

13. Schmidt II 21.

14. Ueber die Veranlassung zum Kriege siehe Anm. 9 dieses §

einen neuen Lehnrevers ausstellen liess¹⁵. Der Vogt musste bekennen, dass er sein Schloss und Burg „genant der Stein gelegen zwo meil von Aldenburg der stat“ mit allem Zubehör zu rechtem Mannlehen empfangen und in die Hände Dietrichs, Bischofs von Minden, seinen Treueid geschworen habe.

Ferner musste Heinrich der Lange von Plauen am 29. Mai 1359 auf eventuellen Lehnsanfall von Seiten seines Neffen Heinrich her zugunsten der Krone Böhmen verzichten, weil er seinen rechten Erbteil an der Herrschaft Plauen seinem Neffen Heinrich ohne Zustimmung des Kaisers verkauft hatte¹⁶.

Geraume Zeit danach machte Karl IV. neue Erwerbungen im Vogtlande. Am 21. März 1367¹⁷ kaufte er von Heinrich dem Reussen, Vogt von Plauen, für sich, seine Erben und Nachkommen, Königen zu Böhmen, recht und redlich die Stadt Reichenbach mit den dazugehörigen Dörfern Vrotschof (Rotzschau südwestl. v. Reichenbach), Oberreichenbach, Cunratsdorf (Cunsdorf nördl. v. Reichenbach), Brunn (desgl.) und Schönbach (desgl.), die dessen väterliches Erbe waren, für 600 Schock Prager Groschen. Der Vogt verzichtete auf jedes Anrecht und jede Ansprache, die er daran gehabt hatte, und liess dem Kaiser als König von Böhmen und seinem Sohne König Wenzel Stadt und Dörfer „zu einem rechten eigentlichen erbe und zu nutzer herrschaft“ auf¹⁸. Karl kaufte also jetzt von Reichenbach, das seit dem 8. Juli 1358 böhmisches Lehen war, das dominium utile. Am gleichen

15. Schmidt II 32.

16. Schmidt II 41.

17. Nur so ist das Datum richtig; denn 1357 kann nicht in Betracht kommen, weil der in der Urkunde erwähnte König Wenzel erst 1361 geboren ist.

18. Schmidt II 125 u. Müller p. II u. LXXIII. Auch in dieser Urkunde, die sich mit Wencks Theorie über die Entstehung des zweiten Vogtländischen Krieges nicht verträgt, finden wir eine Stütze für unsere Ansicht.

Tage nahm ebenderselbe die Feste „Trewē (Treuen westlich von Plauen), die sein vreyes eygen was“, von der Krone Böhmen zu rechtem Mannlehen, huldigte und schwor Treue und Gehorsam¹⁹.

Dem Herrscher von Böhmen war es somit gelungen, fast das ganze Vogtländisch-Plauensche Gebiet sei es als Lehen, sei es als unmittelbares Eigentum für sein Königreich zu erwerben. Und gewiss war dies nicht zum wenigsten eine Folge der wettinischen Erwerbungspolitik. Die Wettiner hatten es auch auf den vogtländischen Besitz abgesehen, und die Vögte wussten sich nicht anders zu helfen, als sich unter böhmische Herrschaft zu begeben.

Wie geschätzt die böhmische Herrschaft war, wie trefflich es Karl verstand, die einzelnen Herrschaften und Dynastengeschlechter an sich zu ziehen, kann man aus den folgenden Lehnsauftragungen und Erwerbungen ersehen.

Am 16. Oktober 1356 wurden die Gebrüder Herren von Wildenfels mit ihrem Schloss gleichen Namens böhmische Kronvasallen und liessen durch ihren Bevollmächtigten, Albrecht Fortsch von Turnau, huldigen²⁰.

Johann und Konrad Gebrüder zu Salešín nahmen von Karl IV. ihr Dorf Burghartsdorf im Jahre 1359 zu Lehen²¹.

Für das Königreich Böhmen bedeutungsvoller war der Anschluss der Schönburger an den Kaiser und König. Am 4. August des Jahres 1361 bekannten die Gebrüder von Schönburg, Hermann und Bernhard, Vertreter der Crimmitschau-Hassensteiner Linie, dass Stadt Meerane (oppidum Mare²²) und die Dörfer Siffridis (Seifertitz), Deinharcz

19. Schmidt II 127 u. 128.

20. Wir sind hier der gewöhnlichen Annahme, dass wir es mit Wildenfels in Sachsen zu tun haben, gefolgt. Doch wollen wir nicht unterlassen darauf hinzuweisen, dass westlich v. Plech eine Ruine Wildenfels liegt, die auch gemeint sein könnte. Lokalforscher haben hier das letzte Wort zu sprechen. Lünig CGD. I 1155 ff. BKr. 431.

21. BKr. 469. Burkhardsdorf nordöstlich v. Stollberg.

22. Wunderbarerweise übersetzt Jireček BKr. 499 Mare mit See-

(Dennheritz), Hoendorff, Tettaw (Tettau), Jesau (Gesau) und der Wald Scheidenbach mit allen anderen zum Gerichte Meerane gehörigen Dörfern von dem Königreich Böhmen zu Lehen gingen und zwar „multis temporibus retroactis“²³. Sie versprachen den Vortheil des Kaisers stets wahrnehmen und den Schaden wenden zu wollen. Ebendiese Fürsten sahen sich genötigt an Böhmen ihre Burg und Stadt Stollberg, die an die Herrschaft Wildenfels grenzte und nahe bei Burkhardsdorf liegt, für 6000 Schock böhmischer Groschen zu verkaufen. Dies geschah am 2. Juni 1367²⁴. Dazu war, weil Stollberg vom Reiche zu Lehen ging, die Einwilligung des Oberlehnsherrn erforderlich, der diese auch ohne Zögern gab, da ja der Verkauf an seinen Sohn, König Wenzel, erfolgte²⁵. An demselben Tage noch wurde Wenzel mit der erkauften Burg und Stadt, die dem Kaiser aufgelassen war, belehnt²⁶.

Auch die Glauchauer Linie war Böhmen zu Lehen verpflichtet, denn in der Versöhnungsurkunde vom 26. November 1372, die uns im § 4 noch öfter beschäftigen wird, ist Glauchau als böhmisches Lehen der Schönburger genannt²⁷.

Das bei Meerane gelegene Waldenburg (Schloss und Stadt) mit der zugehörigen Klostervogtei kaufte Karl für Böhmen im Jahre 1367 und belehnte Johann den Älteren mit dem genannten Gebiete wieder²⁸.

Am 17. März 1368 wurde Thimo von Kolditz Vasall König Wenzels²⁹. Die Herrschaft Kolditz umfasste neben Burg

stadtl und denkt dabei natürlich an diese böhmische bei Kommotau gelegene Stadt.

23. Beilage zur vorläufigen Gegenanzeige usw. Liechtenstein 1724. Longolius: Sichere Nachrichten Th. II p. 65. Hof 1751. BKr. 499, wo es heisst: silva Frydenbach aut Scheydembach.

24. BKr. 555.

25. BKr. 555 CGD. I 1319 ff.

26. CGD. I l. c.

27. Ahrens; Wettiner und Kaiser Karl IV., 33. Anm. 4.

28. BKr. 558.

29. Lünig: Corp. iur. feud. Germ. II 153. BKr. 560,

und Stadt Kolditz über vierzig Ortschaften. Böhmen, das mit den Schönburger Lehen fast unmittelbar an Kolditz grenzte, erfuhr durch diese Lehnsauftragung eine beträchtliche Ausdehnung nach Norden zu. Thimo begründete die Lehnsauftragung damit, dass er von den Königen von Böhmen viel Gutes, Schirm und Schutz erfahren habe, und dass niemand Land und Leute besser als die Könige von Böhmen verteidigen könnte, „umb das inn, der Cronen und dem Khunigreich, dieselbe herrschaft nahent gelegen ist“. Da Kolditz Reichslehen war, bedurfte die Handlung Thimos der kaiserlichen Genehmigung, die am 20. März erteilt wurde³⁰.

Diese Lehnsauftragung war natürlich eine Folge der Erwerbspolitik Karls IV. Er liess aber nicht sich, sondern seinem jetzt siebenjährigen Söhnchen das Gebiet auftragen, weil er sich selbst nicht gut mit der Herrschaft belehnen konnte, und es dann so ausgesehen hätte, als ob er aus einem Reichslehen einfach ein böhmisches Lehen gemacht hätte. Dieser Schein musste vermieden werden.

Auch die Vögte von Gera, Heinrich der Aeltere und sein Sohn Heinrich, begaben sich unter den Schutz der böhmischen Krone. Ihr Gebiet, Burg und Stadt Gera, konnten sie aber nur mit Vorbehalt zu Lehen nehmen, weil es vom Stifte Quedlinburg zu Lehen rührte³¹.

Karl IV. war also seit dem vogtländischen Kriege bemüht, böhmischen Einfluss und böhmische Herrschaft im Elster- und Muldegebiet zur Geltung zu bringen. Seine Bestrebungen waren von Erfolg gekrönt, denn bis zu dem Zusammenfluss der beiden Mulden hatte er die Grenzen seiner Hausmacht vorgeschoben. An den Schluss dieses Abschnittes wollen wir eine Erwerbung setzen, die uns dem oberen Saalelauf nahe führt. Es ist der Ort Gattendorf,

30. RK. 4627.

31. RK. 7324. BKr. 580. Schmidt II 154. Wie arg die Namensverstümmelungen im BKr. sind, kann man daraus ersehen, dass dort Gradelmburg statt Quedlinburg steht. Es ist offenbar ein Lesefehler!

östlich von Hof gelegen, der schon unter König Johann im Jahre 1327 böhmisches Lehen geworden war. Die Vögte hatten es ihrerseits an die Familie Mochsler verlehnt³². Am 20. Juni 1371 kaufte Karl IV. die halbe Feste Gattendorf von Heinrich Mochsler und dessem Sohne Wigalois unmittelbar an das Königreich Böhmen. Von der Kaufsumme, deren Höhe wir nicht kennen, liessen die Verkäufer 150 Schock böhmischer Groschen ab, weil sie nicht in der Gewehre aller verkauften Güter waren³³.

§ 3.

Der böhmische Besitz am oberen Saalelauf.

Auch hier hatte König Johann Erwerbungen zu machen begonnen. Petzold von Sparenberg nahm am 20. März 1327 die beiden Dörfer Plintendorf und Ulrichsreut¹, die zu seiner vom Reiche zu Lehen rührenden Feste Sparenberg (bei Hirschberg a. S.) gehörten, von König Johann zu Lehen².

Karl IV. gelang es nun das äusserst bescheidene böhmische Gebiet in dieser Gegend zu vermehren. Die erste Erwerbung betraf die Feste Sparenberg mit. Am 8. Juli musste Heinrich, Vogt von Gera, die Lehen und Gerichte, die er auf den Festen Sparenberg und Reichenstein (Reitzen-

32. Müller: Urkunde Nr. 319.

33. CGD. I 1339. Am 31. Okt. 1357 vertauschte der Vogt von Plauen auch „sundirlich di lehn Gatendorf“ an Meissen. Doch hat Karl auf Gattendorf nicht verzichtet. In dem Vertrage vom 1. März 1358 mit den Markgrafen gesteht Karl ihnen Gattendorf nicht zu. (Uebrigens auch ein Zeichen dafür, dass Karl den Tauschvertrag nicht anerkannt hat! Weiteres siehe Anm. 9 dieses §.) Wenck l. c. 17 hat also nicht Recht, wenn er sagt, dass es nachträglich für Karl IV. abgefallen sei. Karl hat es nie aufgegeben!

1. Blintendorf und Ullersreuth b. Hirschberg a. S.

2. CGD. 997.

stein bei Neila in Oberfrk.) inne hatte, der Krone Böhmen aufgeben und sie, ursprünglich vom Reiche zu Lehen gehend, von Böhmen empfangen³. Die Feste Sparenberg selbst war noch in den Händen derer von Sparenberg. Von ihnen kaufte sie Karl IV. im Jahre 1367, so dass sie jetzt unmittelbar zum Königreich Böhmen gehörte⁴.

Dicht bei Sparenberg lag die Reichsburg Hirschberg, die von Adolf von Nassau am 20. März 1296 für 600 Mk. an die Vögte von Plauen verpfändet worden war⁵. Bei dem Ländertausch im Jahre 1357 kam sie an die Markgrafen von Meissen. Karl machte nun von seinem Rechte, Reichsgut jederzeit einkösen zu können, Gebrauch. Die Einlösung geschah aber mit böhmischem Gelde; deshalb ging Hirschberg vorläufig um die Summe von 1200 Mk. Silber und 600 Schock Groschen in den Pfandbesitz Böhmens über⁶. Das Schloss war, weil es die Inhaber nicht gepflegt hatten, äusserst baufällig geworden, so dass die Mauern täglich einzustürzen drohten. Karl hatte nun die Absicht, es wieder ausbauen zu lassen. Wenn Auerbach daraus, dass die Vertreter des Markgrafen von Meissen, Friedrich von Schönburg und Rüdiger von Sparneck, mit dem kaiserlichen Pfleger zu Eger sowie dem Bürgermeister und Rat der Stadt Eger, als den Vertretern Karls IV., über die Kaufsumme verhandelten und Bestimmungen trafen, schliesst, der Kauf sei mit dem Gelde von Eger geschehen, so ist damit der Phantasie zu viel Spielraum gelassen. Die Zustimmung der Kurfürsten liess sich Karl zum grössten Teile noch in diesem Jahre — die Aus-

3. Schmidt II 21/22. RK. 6959/60. BKr. 456, 470.

4. BKr. 558 no. 587.

5. Müller Nr. CXX cf. Geschichte der Reichsfeste Hirschberg a. S. v. Auerbach. 1905, 74 u. 75 Jahrb. d. altf. V. z. Hohenleuben 182 ff.

6. PU. II 283. Müller: Mitt. d. V. f. Gesch. u. Altertk. zu Plauen. 1885 XXXII. Weshalb die Pfandsumme erhöht wurde, ist nicht bekannt. Vgl. auch Müller XXXIV no. 428. RK. 2879.

lösung war am 2. Januar 1359 geschehen — geben⁷ Für die vorzunehmenden Reparaturen wurden noch 300 Schock böhmischer Groschen auf die Lösungssumme darauf geschlagen⁸. Nicht weit von Hirschberg liegen Blankenburg und Lobenstein, die Karl und Wenzel erst im Jahre 1371 erwarben. Sie kauften am 23. März von den Vögten von Gera die Feste Blankenburg (westlich von Hirschberg a. S.)⁹ mit dem darunter liegenden Dorfe gleichen Namens, dem daranstossenden Haine, der Mühle, der unter der Feste gelegenen Hammerschmiede und sonstigem Zubehör für 1400 Schock guter böhmischer Groschen, die bis kommenden Weihnachten bezahlt werden sollten. Ausserdem wollten sie ihnen an demselben Tage 600 Schock auf zwei Jahre leihen. Mit diesem Gelde, zusammen 2000 Schock, sollten die Vögte ihre Feste Burg und Stadt Lobenstein (nordwestlich von Hirschberg) mit Zubehör und der Mannschaft und den Lehen in dem Gerichte zum Hove von den Markgrafen von Meissen wieder einlösen, denen sie genanntes Gebiet auf Wiederkauf gegeben hatten. Nach Auslösung sollten sie es dann von der Krone zu Böhmen zu Lehen nehmen¹⁰. Bereits bis zum 7. April hatten die Vögte von Gera das an die Markgrafen versetzte Gebiet zurückgekauft. Denn an diesem Tage gab der Kaiser seine Einwilligung dazu, dass sie die bisher vom Reiche zu Lehen rührende Burg und Stadt Lobenstein König Wenzel auftrügen. Gleichzeitig belehnte er seinen Sohn mit Lobenstein und erlaubte ihm, ein Afterlehen daraus zu machen und es den Vögten zu reichen¹¹. Das Geld scheint aber erst am 11. April 1372 bezahlt zu sein. An diesem Tage quittierte Heinrich der Jüngere für sich und seinen Vater über den Empfang der 1400 Schock für die Feste Blankenburg mit Zu-

7. Cf. Pelzel II 285. BKr. 459. Pfr. 3126.

8. Pelzel 593 u. PU. 285 II.

9. Nicht zu verwechseln mit dem Schwarzburgischen Blankenburg.

10. RK. 7323.

11. RK. 7326. RKr. 580.

behör und für die geliehenen 600 Groschen, für welche Summe sie Lobenstein von Böhmen zu Lehen genommen hatten¹².

Etwas weiter Saale abwärts entstand durch Karls Erwerbungen eine zweite böhmische Position.

Am 1. Februar 1361 trugen die Grafen Heinrich und Günther von Schwarzburg, Herren von Arnstadt und Sondershausen, die Reichslehen Stadt Saalfeld, Haus zu Kuntze und die Mannschaft und Lehen, die zum Stein, das gebrochen ist¹³, gehören, und ihr frei eigenes Schloss und Stadt Rudolstadt der Krone Böhmen auf und empfangen genanntes Gebiet als Mannlehen von der Krone Böhmen zurück¹⁴. Für die Lehnsauftragung sollten sie 300 Schock guter böhmischer Groschen auf bestimmten Termin erhalten. Dieselben nahmen am gleichen Tage ihr Schloss und Stadt Leutenberg, ehemals ihr freies Eigen, unter gleichen Bedingungen von Karl IV. als König von Böhmen zu Lehen. Vielleicht ist das letztgenannte Lehnverhältnis damals wegen Nichterfüllung der Bedingungen seitens des Kaisers wieder gelöst. Denn im Jahre 1367 trug der Graf Heinrich von Schwarzburg neben Remde, nordwestlich von Rudolstadt gelegen, auch Leutenberg auf und verpflichtete sich die beiden Orte der böhmischen Krone stets als Lehen zu halten und sie den Königen von Böhmen stets zu öffnen¹⁵. Zwei Jahre später wurden die Grafen Johann und Günther von Schwarzburg auch mit ihrem Stammschloss Schwarzburg böhmische Kronvasallen¹⁶.

12. Schmidt II 163/64.

13. Auch Brochenstein genannt. Urk. vom 26. Nov. 1372. Das Haus zu Kuntze wird später Kimitz genannt und ist Könitz südöstl. von Rudolstadt.

14. RK. 7043 u. 3539.

15. BKr. 558 no. 589.

16. BKr. 564.

§ 4.

Der durch Karls IV. Erwerbspolitik hervorgerufene Konflikt mit den Markgrafen von Meissen.

Die böhmische Herrschaft hatte im Vogtlande und Thüringen unter Karl IV. ausserordentliche Fortschritte gemacht. Die erworbenen Plätze lagen an den Flüssen Saale, Elster, Zwickauer Mulde und Elbe, an denen entlang sich die Handels- und Heeresstrassen zogen. Durch die vier Länderstreifen, die durch die vier genannten Flüsse gekennzeichnet werden, und die sich keilförmig nach Meissen und Thüringen in das landgräfliche und markgräfliche Gebiet hineinschoben, war das Zusammenwachsen der meissnisch-thüringischen Lande zu einem vollkommen geschlossenen Territorium verhindert. Und greifen wir vor, um den Konflikt ins richtige Licht zu setzen! Ringsum waren die Markgrafen von böhmischem Gebiet eingeeengt. Besonders beunruhigen musste sie die Erwerbung der Niederlausitz, des Naumburger Gebiets und der Grafschaften Mühlberg und Torgau.

Kein Wunder, dass sich die Markgrafen von Meissen, Friedrich, Balthasar und Wilhelm, durch die böhmische Hausmachtpolitik arg bedrängt fühlten. Klug hatten sie zuerst den engsten Anschluss an Böhmen gewählt, weil sie so, durch den mächtigen Kaiser und König Karl IV. geschützt, ihrerseits grossartige Erwerbungen machen konnten¹. Gemeinsam hatten Kaiser und Markgrafen zweimal Schulter an Schulter im Kampfe gegen die Vögte gestanden und beide Teile dem besiegten Gegner als Beute Gebiet entrissen. Es waren zwischen Meissen und Böhmen mehrfach Bundes- und Schutzverträge geschlossen; eine 1366 vollzogene Ehe zwischen Markgraf Wilhelm und der Nichte Karls, Elisabeth, der Tochter des Markgrafen von Mähren sollte das Freund-

1. Die meissnischen Erwerbungen cf. Ahrens, 26/28 u. 40.

schaftsverhältnis der beiden Häuser noch enger und fester gestalten². Doch was halfen alle die Bündnisse und Verträge gegenüber der allzugrossen Ländergier der beiden Dynastengeschlechter. Die Pläne der beiden Häuser mussten sich einmal kreuzen, und da war der Bruch nicht zu vermeiden. Im einzelnen feststellen zu wollen, welche Erwerbung speziell zum Bruche mit dem Kaiser geführt hat, ist müssig und zwecklos. Durch das Vordringen Karls überhaupt, durch seine etwas übertriebene Erwerbungspolitik fühlten sich die Markgrafen eingeengt und gefährdet, was ja in der Beschwerdeschrift vom Jahre 1372 deutlich zum Ausdruck kam. So schlossen sich denn die Markgrafen der allgemeinen Koalition gegen die Luxemburger, die im Jahre 1371 zusammentrat, an. Sie bestand aus den bedeutendsten Fürsten der Zeit. Zu ihr gehörten als Mitglieder: König Ludwig von Ungarn, die gesamten Vertreter des wittelsbachischen Hauses, die Markgrafen von Meissen und einige geistliche Fürsten. Denken wir daran, dass der Streit um Lüneburg noch nicht beendet war, aus dem dem Kaiser ein neuer Feind erwachsen konnte, so erkennt man, wie gefährlich und kritisch die Lage des Kaisers damals war. Ja, wenn die Gegner mit vereinten Kräften den Kampf gegen Karl IV. begonnen hätten, wäre er sicherlich erlegen, ein Opfer der Erwerbungspolitik geworden, der er ja einzig und allein die gefährliche Situation zu verdanken hatte. Doch Glück und diplomatisches Geschick halfen dem Kaiser aus dieser Lage!

Die Markgrafen, die sich, wie gesagt, durch die böhmischen Erwerbungen in ihrer Interessensphäre verletzt fühlten, gaben ihrem Gefühle in einer Beschwerdeschrift Ausdruck³, aus der wir einiges hervorheben wollen.

Zuerst beanstandeten sie, dass der Kaiser Mykau, Stollberg, Reichenbach, Schoeneck, Gattendorff, Reitzenstein,

2. Lippert: M. V. f. G. d. Dt. B. 30 (1892) 93 ff.

3. M. d. V. f. G. d. Dt. B. XVI (1878) 170. Cf. Ahrens, der diesen Punkt eingehend behandelt.

Sparrenberg und Blankenburg erworben habe. Sie behaupteten von diesen Orten, dass sie „ad progenitorum nostrorum et nostrum servitium, quod nostri progenitores et nos a sacro obtinuimus imperio“, gehörten, und sie auch in ihrem Herrschaftsgebiet gelegen wären.

Zweitens gaben sie ihren Unwillen darüber zum Ausdruck, dass der Kaiser Reichsvasallen zu Lehnslenten der Krone Böhmen gemacht habe⁴.

Ferner beschwerten sie sich darüber, dass die meissnischen Vasallen: die Herren von Leisnig, Elsterberg und von Schönburg bedrängt würden, dass der Kaiser die Verkehrsstrassen zugunsten Böhmens verlegt hätte (art. 7), dass er die von alters her nach Zwickau führende Strasse nach seiner Stadt Reichenbach zu verlegen im Schilde führe (art. 8), dass er durch Erhebung neuer Zölle den Verkehr erschwere (art. 9 u. 19). Der Schluss der Beschwerdeschrift behandelt die Erwerbungen Karls im Norden der Markgrafschaft, der heutigen Provinz Sachsen, denen wir später zu gedenken haben.

Fragen wir uns nun, waren die Erwerbungen Karls rechtlich angreifbar, liefen sie den damals geltenden lehnsrechtlichen Bestimmungen zuwider, waren also die Beschwerden der Markgrafen berechtigt? Was das Rechtsverhältnis der im ersten Artikel namhaft gemachten Orte anbetrifft, so

4. Art. 2. Dieser Artikel beginnt mit den Worten: „imperator attraxit sibi nostros vasallos.“ Dem widerspricht der Schlusssatz, der sich grammatisch wie logisch auf den ganzen zweiten Artikel bezieht: „qui (nämlich die Schwarzburger, Schönburger, Waldenburger usw.) huiusmodi bona a imperatore in feudum receperunt.“ Dies hat Ahrens 47/48 nicht beachtet. Und in der Tat war das in Artikel 2 genannte Gebiet grösstenteils Reichslehen, wenig freies Eigen. Reichslehen sind: Salfeld Könitz, Stein (cf. RK. 7048. Ahrens 47, Anm. 5 p. 35 Anm. 6), Colditz, cf. Corp. iur. feud. II 153. Frei eignes Gebiet ist Leutenberg (RK. 7042) und Rudolstadt (RK. 7043). Ueber die Rechtsverhältnisse des Waldenburgischen Gebiets siehe Theodor Schön: Schönburgische Geschichtsblätter III (1896/97) 65 ff.

waren Mylau, Stollberg, Reichenbach, Sparrenberg und Reitzenstein Reichslehen, Blankenburg jedenfalls freies Eigen, Gattendorf und Schoeneck schon seit 1327 böhmische Lehen. Die im Artikel 2 aufgeführten Besitzungen bezeichneten die Markgrafen selbst als Reichslehen. Auch die nördlichen Erwerbungen waren, wie später gezeigt werden wird, rechtlich unangreifbar. Niemals hatte Karl IV. meissnisches Lehnsgelbiet an sich gezogen. Dass der Kaiser in seinem Lande nach seinem Belieben Zölle erhob, Strassen legte oder verlegte, konnte ihm niemand verwehren.

Kurz, vom Rechtsstandpunkte aus hatten die Markgrafen keinen Anlass zur Beschwerde. Die Klagepunkte sind nicht stichhaltig. Die Schrift bringt die Stimmung der Markgrafen, ihren Unwillen über die Erwerbungen Karls in ihrer Interessensphäre gut zum Ausdruck. Die Markgrafen zeigen uns damit, was sie für sich haben wollten. Sie ist gewissermassen ein „Wunschzettel“. Daher ist es kein Wunder, dass bei der Aussöhnung am 25./26. November 1372⁵ die Markgrafen alle ihre Ansprüche auf die böhmischen Erwerbungen aufgeben, sie der Krone Böhmen zugestehen mussten, ohne dass auch einer ihrer Wünsche in Erfüllung gegangen wäre. Nichts von dem, was sie wollten, hatten sie erreicht!

5. Urkunden vom 25. und 26. Nov. 1372. RK. 7367 u, Müller l. c. no. 584. Man wundert sich darüber, dass die zweite Urkunde nicht auch vom 25. Nov. datiert ist. Wir haben aber keinen Grund dies Datum zu beanstanden. Wir finden es häufiger, dass bei Verkauf oder Belehnung Brief und Gegenbrief um einen Tag differieren. Die Urkunde gibt uns den Tag der Ausstellung und nicht den Tag der Verhandlungen. Es ist sehr wohl denkbar, dass die sehr lange und ausführliche Urkunde der Markgrafen einen Tag später fertig geworden ist.

5. Abschnitt.

Karl IV. und die Lausitz.

§ 1.

Besitzverhältnisse und Erwerbungen in der Oberlausitz.

Die sogenannte Oberlausitz, die heute teils den östlichsten Teil des Königreichs Sachsen ausmacht, teils zur Provinz Schlesien gehört, kam unter König Johann zum Königreich Böhmen.

Zittau erwarb König Johann durch Tausch von Heinrich von Lipa am 3. September 1319¹, gab aber diese Stadt seinem Schwager, dem Herzog Heinrich von Jauer für 19 000 Mk. als Heiratsgut. Am 4. Januar 1337 gestand ihm der Herzog die Anwartschaft auf Zittau zu². Zu Zittau gehörten die Schlösser Oybin und Rhonow. Nach dem Tode Heinrichs, der 1346 erfolgte, fiel dieses Gebiet der Krone Böhmen anheim.

Mit „*terram Budesinensem et civitatem Kamentz ac universum dominium earundem*“ wurde König Johann am 13. September 1320 belehnt³, nachdem Herzog Heinrich seine Ansprüche bereits ein Jahr zuvor aufgegeben hatte⁴. Im Nordwesten bildete die Pulsnitz die

1. Köhler: *Cod. dipl. Lusatiae sup.* I (1856) 231. Scheltz: *Ges. Gesch. der Ober- u. Niederlausitz* I (1847) 266.

2. Köhler I 312.

3. Köhler I 245.

4. Köhler I 235.

Grenze. Königsbrück und Schloss Pulsnitz waren böhmisch. Im Südwesten gehörte Bischofswerda noch zu Böhmen⁵. Am 3. Mai 1329 trat Herzog Heinrich von Jauer Stadt und Landschaft Görlitz gegen Entschädigung an den König von Böhmen ab⁶. Am 4. Januar 1337 verzichtete der Herzog nochmals auf alle Anrechte an dieser Stadt⁷. Gemäss eines am gleichen Tage geschlossenen Vertrages fielen nach dem Tode Heinrichs (1346) die oberlausitzschen Städte Lauban und Frideberg, sowie die im oberen Queis-Gebiet gelegenen Burgen Zschochau und Schwerta König Johann zu.

Dies war das Gebiet, welches Karl in der Oberlausitz von seinem Vater erbte und in das Königreich Böhmen einverleibte⁸. Das von der Oberlausitz noch fehlende nördlichste Stück erwarb der Kaiser für Böhmen in den folgenden Jahren.

Am 28. Juni 1357 schloss Karl IV. mit den Gebrüdern Johann und Günther, Grafen von Schwarzburg einen Kaufvertrag wegen Hoyerswerda⁹. Die Grafen verpflichteten sich dem Kaiser oder seinen Vertretern die Feste für 1400 Schock böhmischer Groschen zu verkaufen, und zwar sollte der Kauf bis Weihnachten erfolgt sein. Der Kauf kam wirklich während der festgesetzten Zeit zustande. Am 2. November bekundeten die Grafen von Schwarzburg, dass der Verkauf recht und redlich geschehen sei. Die Feste mit Dorf und sonstigem Zubehör wollten sie Karl oder seinetwegen dem Bischof von Minden oder Nickel Ertmer von Ermersdorf einantworten, wenn die erste Rate von 700 Schock bezahlt wäre¹⁰. Wenige Tage nach Ausstellung dieser Urkunde wurde die Hälfte der Kaufsumme erlegt, und zwar hatten die

5. CGD. I 1163 ff. BKr. 430.

6. Köhler I. c. 275. BKr. 90.

7. Köhler I. c. 314.

8. RK. 2688. 9. Okt. 1355.

9. CGD. I 1182.

10. CGD. I 1183.

oberlausitzischen Städte Bauzen, Görlitz, Lauban und Löbau das Geld aufbringen müssen, wofür ihnen der Kaiser gelobte, die neu erworbene Feste ewiglich bei der Vogtei der genannten Städte zu lassen¹¹. Im folgenden Jahre löste Karl auch die an den Herzog Rudolf von Sachsen versetzte Stadt Zittau wieder ein¹². Die Stadt musste zu ihrer Lösung 1000 Schock beitragen, eine Summe, die sie nur mit Mühe aufbringen konnte¹³. Noch fehlte Böhmen der nordwestlichste Punkt der Oberlausitz, das westlich von Hoyerswerda gelegene Ruhland. Im Jahre 1363 kaufte es der Kaiser, als König von Böhmen, von einem Herrn von Ilburg. Den Preis des Schlosses kennen wir nicht, wir wissen nur, dass Zittau wieder 1000 Schock „czu stewre geben muste“¹⁴.

§ 2.

Erwerbung der Niederlausitz und des östlichen Naumburger Stiftsgebiets.

Bei Regierungsantritt besass der Böhmenkönig ein kleines Stückchen der Niederlausitz, nämlich die zwischen dem Unterlauf des Bobers und der Neisse gelegenen Städte Sorau und Triebel und die Burg Senftenberg a. d. schw. Elster. Dieses Gebiet war mit dem Tode des Herzogs Heinrich von Jauer im Jahre 1346 an Böhmen gefallen auf Grund des Vertrages vom 4. Januar 1337¹.

Kurz nach seiner Erhebung auf den Thron bot sich Karl IV. eine willkommene Gelegenheit, sein Streben nach Erweiterung der böhmischen Grenzen zu betätigen². Im

11. RK. 2721.

12. RK. 736.

13. Joh. v. Guben p. 9 ed. Haupt Script rer. Lusit. NF. 1.

14. Joh. v. Guben l. c. 16. Scheltz l. c. 415,

1. Köhler I 315. Scheltz I 283. Wors's Geschichte der Herrschaften Sorau und Friebe (1826) 17. Cf. L. B. U. I, 142.

2. An Literatur kommt für das folgende besonders das treffliche Buch von Lippert: Wettiner und Wittelsbacher, 1894, in Betracht.

Jahre 1348 tauchte plötzlich die mysteriöse Persönlichkeit des falschen Waldemar auf, von der wir bestimmt wissen, dass es nicht der echte Markgraf war. Wir wissen jedoch nicht, wer ihn bewogen hat, sich für den im August 1319 verschollenen Markgrafen³ auszugeben, was für Gründe ihn zu seinem Auftreten bestimmten. Karl kam dessen Erscheinen sehr gelegen, er benutzte ihn gegen seine Feinde im Reich, die Wittelsbacher. Noch lag er ja mit ihnen im offenen Kampfe, noch trugen sie sich mit dem Plane, einen Gegenkönig aufzustellen. In doppelter Hinsicht war daher dem König der falsche Waldemar willkommen. Von dem Erzbischofe von Magdeburg, dem Herzoge von Sachsen und den Anhaltinern als echt anerkannt und unterstützt, trug der König seinerseits kein Bedenken ihn für den echten Markgrafen zu erklären und bei der Eroberung der Mark zu fördern. Galt es doch den Wittelsbachern zu schaden und Abbruch zu tun, ihnen die Mark für Waldemar wieder abzunehmen. Am 2. Oktober 1348 belehnte ihn Karl IV. mit den Marken Brandenburg und Landsberg und der Kur in Gegenwart zahlreicher Fürsten feierlich auf dem Felde vor Frankfurt an der Oder⁴. Die Belehnung, die an sich sehr gewagt und gefährvoll war, hatte der König nicht umsonst erteilt. Der Markgraf musste ihm am gleichen Tage die Lausitz abtreten, „daz sye forbas ewiclichen zu der kron ze Beheim gehören sol“⁵. Um der Abtretung grössere Sicherheit zu verleihen, liess sich Karl von den vor Frankfurt versammelten Fürsten eine Bestätigungsurkunde über sie ausstellen. Der König unternahm aber nichts Besonderes, um das neu erworbene Land, das von den Wittelsbachern an den Markgrafen Friedrich von Meissen versetzt war, zu erobern, wohl aus Rücksicht gegen die mit ihm befreundeten Wettiner⁶.

3. Scheltz I 246.

4. CBr. II 2 p. 222.

5. CBr. II 2 p. 223.

6. Lippert 60/61.

Von den Huldigungen der niederlausitzischen Stände wissen wir ausser denen dreier Herren nichts. Bei Gelegenheit einer Fürstenversammlung in Wittenberg (Dez. 1348), auf der über die brandenburgisch-wittelsbachischen Angelegenheiten entschieden werden sollte⁷, erkannten der Herr von Golssen, Heinrich von der Dahme und die Herren Otto und Otto von Ileburg, Herren zu Sonnenwalde Karl IV. als ihren rechten Herrn an⁸. Schon vorher am 2. Dezember hatte Karl von dem Erzbischof Otto von Magdeburg, der oberlehnsherrliche Ansprüche auf die Mark machte, sich die Belehnung mit der Lausitz erteilen und die Abtretung derselben durch Woldemar bekräftigen lassen⁹. Zu beachten ist, dass die drei Herren dem Könige von Böhmen, obwohl er doch selbst in Wittenberg anwesend war, nicht offiziell huldigten, sondern sich eine Frist vorbehielten. Sie gebrauchten diese Vorsicht vermutlich, weil sie erst abwarten wollten, wie sich die Dinge entwickeln würden.

Lange sollte sich Karl der Lausitz nicht erfreuen, ja eigentlich hatte er sie faktisch gar nicht besessen. Mag sein, dass er die Wettiner nicht vor den Kopf stossen wollte, und deshalb keine Anstalten zur Besitznahme des Landes machte; es erscheint uns überhaupt fraglich, ob er jemals daran gedacht hat, unter den obwaltenden Umständen das Besitzrecht der Lausitz gegenüber den Ansprüchen der Wittelsbacher und Wettiner aufrecht zu erhalten. Am 15. Februar 1350 musste der König von Böhmen schon wieder auf das Land verzichten. Es blieben ihm nur die von dem Herzog von Jauer

7. Lippert 62.

8. CBr. II 2 p. 233. PU. I 176|177. Lippert 64, Anm. 71.

9. BKr. 316. Somit ist die Bemerkung Lipperts p. 62, Anm. 69 hinfällig, Werunsky II 142 behält Recht. Der Erzbischof sagt: *terram Lusaciae, quam illustris princeps Woldemarus, marchio Brandenburgensis, a nobis et ecclesia nostra tenuit in pheodum et nobis libere resignavit . . . Karulo regi Romanorum et Boemiae, tamquam regi Boemiae . . . contulimus in pheodum pacifice possidendam*. Ueber die Lehnsherrlichen Ansprüche des Erzbistums cf. Lippert 4, 11, 31/32.

erworbenen Orte, die er ja schon bei seinem Regierungsantritte besass¹⁰. Von den wittelsbachischen Markgrafen liess er sich diesen Besitz urkundlich sicher stellen¹¹. Doch gab Karl IV. seine Absichten auf die Niederlausitz wohl nie auf. Zunächst wandte er seine Blicke auf Spremberg. „Es war einer der grösseren Plätze des Landes und durch seine Lage an der Spree und an der Hauptstrasse, welche die Niederlausitz von Süden nach Norden durchschneidet, ein strategisch wie merkantil wichtiger Punkt¹².“ Schloss und Stadt Spremberg hatte mehrere Besitzer und Herren. Das dominium directum gehörte einmal dem Landesherrn, dem Markgrafen von Brandenburg, dann den Pfandinhabern der Lausitz, den Markgrafen von Meissen¹³. Das dominium utile war in den Händen der Grafen Johann und Günther von Schwarzburg-Wachsenburg, die Spremberg als Lehen innehatten.

Am 20. August 1358, kurz nach Beendigung des zweiten vogtländischen Krieges, schloss der Kaiser als König von Böhmen mit dem Mark- und Landgrafen Friedrich dem Strengen einen Vertrag. Als Entschädigung für Liebau bei Plauen und die Höfe Planschwitz und dem Stein¹⁴ trat der letztere Spremberg und, was dazu gehört, mit Eigenschaften, Lehen und Rechten an Karl IV. ab, verzichtete auf alle Ansprüche und versprach dafür Sorge tragen zu wollen, dass auch Ludwig der Römer keine Ansprüche erheben würde¹⁵. Das Dominium utile erwarb der Kaiser für seine Hausmacht entweder 1359 oder 1360. Nach einem Regest sollen Johann und Günther, Grafen von Schwarzburg, schon am 9. November 1359 alle ihre Anteile, die sie an Spremberg hatten, verkauft

10. CBr. II 2 p. 269 ff.

11. CBr. II, 2 p. 282; 360; 381; 425. Scheltz 365.

12. Lippert 104.

13. Lippert: Text 84 ff. u. Urk. no. 39 p. 246.

14. Siehe 4. Abschn. § 2, Anm. 9 p. 69.

15. Müller no. 421.

haben¹⁶. Wir besitzen aber auch eine Verkaufsurkunde zum 7. Januar 1360, in der die Besitzer Sprembergs bekennen, Burg und Stadt mit allen Dörfern, Leuten, Rechten usw. an den König von Böhmen um 5050 Schock böhmischer Groschen veräußert zu haben¹⁷. Zu dieser Kaufsumme hatte Zittau 300 Schock beisteuern müssen¹⁸. Bei der Belehnung des Markgrafen Otto von Brandenburg, die am 2. Februar 1360 erfolgte, nahm der Kaiser Burg und Stadt Spremberg mit folgenden Worten aus: „daz wir von dem hochgeborenen Marggraffen zu Meissen Friedrich und seinen brudern und auch wider di v. Swarzburg recht und redlich gekauft haben und dez in rechtem nucz und gewer sein“¹⁹. Ludwig der Römer entsagte seinen Rechten auf Spremberg erst am 26. Oktober 1363²⁰.

Seit dem Jahre 1363 boten sich der Krone Böhmen neue Aussichten auf Gewinnung des Landes. Die brandenburgische und die bayrische Linie der Wittelsbacher hatten sich verfeindet. Das Vorgehen Stephans I., seine Besetzung von Oberbayern, auf das die Brandenburger ebenso gut wie er Anrecht hatten, führte den Familienzweist herbei. Um Gleiches mit Gleichem zu vergelten, trugen die Markgrafen Ludwig und Otto kein Bedenken, einem anderen Dynastengeschlechte ihr Land im Falle söhnelosen Absterbens zu verschreiben. So kam denn der Vertrag vom 18. März 1363,

16. BKr. p. 467 no. 457. Dass an diesem Tage zwischen den Grafen und Karl Verabredungen getroffen sind, können wir aus CGD. I no. 202 ersehen. Weshalb sollte nicht auch hier schon über Spremberg geredet worden sein? Wir können annehmen, dass der Verkauf hier schon beschlossen, die Einantwortung aber erst nach Bezahlung des Geldes, am 7. Januar, erfolgt ist. Ebenso war es ja bei dem Verkaufe von Hoyerswerda.

17. CGD. I 1223.

18. Joh. v. Guben: l. c. 16.

19. RK. 3056. CBr. II 2, 430.

20. BKr. 512.

dessen wir auch hier Erwähnung tun müssen, zustande²¹. Die Markgrafen von Brandenburg, Ludwig der Römer und Otto, nahmen den Sohn Karls, Wenzel, damals ein Kind von zwei Jahren, und alle späteren Nachkommen ebendesselben und eventuell Johann, den Markgrafen von Mähren und dessen Erben „zu sich in ihre Bruderschaft und Erbschaft“, dass sie zusammen mit ihnen Markgrafen von Brandenburg und Lausitz wären. Die Führung des markgräflichen Titels und Wappens wurde ihnen zugestanden. An Stelle des Kindes empfingen Bolko, der Herzog von Schlesien, und Johann, der Markgraf von Mähren, die Belehnung mit Brandenburg. Dieser Erbvertrag ist insofern bedeutungsvoll für die Erwerbung der Niederlausitz als ohne die enge Verbindung der Luxemburger und Wittelsbacher die Bestimmungen über die Lausitz undenkbar wären.

Die ersten Absichten Karls auf die Niederlausitz traten bei dem Verlöbnis Ottos mit Elisabeth, einer Tochter des Kaisers aus der Ehe mit der Herzogin Anna von Schweidnitz, auf²². Es wurde bestimmt, dass Otto und Ludwig die Lausitz und andere dem Königreich Böhmen günstig gelegene Lande abtreten sollten, wenn Elisabeth die Fürstentümer Schweidnitz und Jauer erben würde. Der Vertrag ist deshalb besonders interessant, weil der Kaiser eigentlich überhaupt kein Recht hatte, in dieser Weise über Schweidnitz und Jauer zu verfügen und sich dafür Entschädigung versprechen zu lassen. Denn das Erbrecht haftete nicht an der Krone Böhmen, sondern rein persönlich an den Kindern der Nichte Bolkos²³. Doch begnügte sich Karl IV. nicht mit äusserst unsicheren Aussichten auf künftigen Erwerb, sondern traf schon jetzt Massnahmen, um die Lausitz in seine Hände zu bringen. Er

21. CBr. II 2, 445.

22. CBr. II 2, 447. Allerdings ist die Ehe nicht zustande gekommen. Otto bekam später Katharina, die Witwe Rudolfs IV. von Oesterreich. PU. 230. RK. 3940

23. Lippert 179, Anm. 24; siehe auch S. 15 Anm. 58.

wusste die Markgrafen dahin zu bringen, dass sie ihm und dem Herzog Bolko die Lösung der Lausitz aus den Händen der Pfandinhaber gestatteten²⁴. Sie behielten sich das Recht der Lösung vor; sollten sie, ohne eheliche Nachkommen männlichen Geschlechts zu hinterlassen, sterben, so würden die Bestimmungen des Erbvertrages in Kraft treten. Diese Vereinbarungen bestätigte der Kaiser am 22. März²⁵.

Auffällig ist, dass Karl den Herzog Bolko an der Lösung der Lausitz sich beteiligen liess. Wir werden ihn später eine ähnliche Rolle spielen sehen.

Der Kaiser zögerte nicht, von der ihm gewährten Erlaubnis Gebrauch zu machen; doch konnte die Einlösung des Landes nicht sofort bewirkt werden, weil die Markgrafen von Meissen, die Pfandinhaber, sich eine einjährige Kündigungsfrist ausgemacht hatten, und ausserdem die Lösungssumme noch nicht festgesetzt war. Im April folgenden Jahres fanden die Verhandlungen mit den Markgrafen von Meissen statt. Am 12. April machten Friedrich, Balthasar und Wilhelm bekannt, dass sie bereit wären, Karl IV. als König von Böhmen die Lausitz zur Lösung zu geben, wenn er innerhalb eines Jahres die Hälfte der festgesetzten Summe bezahlt hätte. Die Pfandsumme, die ursprünglich 21 000 Mk. betragen hatte, wurde wegen der von den Markgrafen gemachten Auslagen um 10 000 Schock böhmischer Groschen erhöht²⁶. Zwei Tage darauf genehmigten Ludwig und Otto, die Markgrafen von Brandenburg, die zwischen dem Kaiser und den Pfandinhabern getroffenen Vereinbarungen²⁷. Ausserdem wurde noch folgendes bestimmt: „Der Herzog Bolko bekommt nach Lösung die Lausitz auf Lebenszeit. Bis zu dem Tode des Herzogs ist also die Pfandschaft unkündbar, dafür

24. Rs. 389.

25. RK. 3943.

26. Rs. 404.

27. Rs. 405. Karls Gegenurkunde Lippert no. 113 p. 286.

zahlt der Kaiser an die Markgrafen 1000 Schock Groschen bar. Nach dem Tode des Herzogs geht die Mark in den Pfandbesitz der Krone Böhmen über, und von nun an kann sie jederzeit, nachdem ein Halbjahr vorher die Kündigung erfolgt ist, von den Markgrafen von Brandenburg zurückgekauft werden. Die Lösungssumme wird auf 21 000 Mk. und 7000 Schock Groschen festgesetzt, also gegen die Summe, die der Kaiser den Meissnern bezahlen musste, um 3000 Schock erniedrigt. Ohne Erlaubnis des Markgrafen Otto, dem die Lausitz bei der Teilung zugefallen war²⁸, darf der Herzog Bolko nichts kaufen noch einlösen. Alles Zurückgekaupte und sonst auf irgendeine Weise Hinzuerworbene soll nach dem Tode des Herzogs ohne weiteres den Markgrafen zufallen, also nicht mit in böhmischen Pfandbesitz übergehen. Kauft oder löst der Kaiser aber etwas ein, so soll das dafür ausgegebene Geld nicht zur Pfandsumme geschlagen werden, sondern der Kaiser bleibt solange in dem Besitz der hinzugekauften Ortschaften, bis ihm das Kaufgeld zurückerstattet ist.“

Die Erniedrigung der Lösungssumme, die die Markgrafen bei event. Rückkauf bezahlen sollten, war erfolgt, um diese dafür zu entschädigen, dass sie bis zum Tode Bolkos auf das Rückkaufsrecht verzichtet hatten. Im ganzen betrug die Vergütung dafür demnach 4000 Schock Groschen²⁹. Die Auseinandersetzung Karls mit dem Herzog Bolko geschah am 21. April²⁹. Dieser musste 9000 Schock Groschen zur Lösung beibringen.

Weshalb bediente sich der Kaiser der Vermittlung des Herzogs? Wollte er ihm damit einen Dienst erweisen, dass er ihm die Nutzung des Landes auf Lebenszeit überliess? Welche Gründe Karl auch dazu bewogen haben mögen, er hatte doch auch Vorteile dadurch. Einmal übernahm der

28. Lippert 151, Anm. 6.

29. Lippert: Urk. no. 114 p. 287 u. p. 153.

Herzog einen Teil der Kosten auf sich; andererseits wurde auf diese Weise, wie Lippert mit Recht hervorhebt, Karls Sucht nach Erwerbungen etwas verschleiert³⁰.

Am 21. Juni forderten die Markgrafen von Brandenburg die Pfandinhaber auf, dem Könige von Böhmen nach Bezahlung des Geldes die Lausitz einzuantworten³¹; dieser Befehl erging ungefähr ein Jahr nach der mündlichen Kündigung³². Wie viel Karl an der Lösung der Lausitz aus den Händen der Markgrafen von Meissen lag, können wir aus der prompten Bezahlung ersehen. Am 1. November quittierten die Markgrafen bereits über die ganze Summe³³. Beide, Bolko sowohl wie Karl, hatten sich von ihren Städten zur Einköpfung des Landes Geld geben lassen³⁴. Die Markgrafen antworteten darauf dem Kaiser, als König von Böhmen, das Land ein und wiesen die Einwohner an ihn³⁵. Dann nahmen der Kaiser, Wenzel und Bolko die Huldigung der niederlausitzischen Stände entgegen³⁶.

Sehen wir uns das Land selbst an. In der Urkunde werden zur Lausitz gehörig folgende Städte, Schlösser und Burgen genannt: Schloss und Stadt Luckau, Stadt Guben und das Nonnenkloster daselbst, Schloss und Stadt Sommerfeld, Schloss Bernwalde, die Klöster Neuzelle und Dobrilugk, ferner die Orte Beeskow, Storkow, Buchholz, Friedland, Lieberose, Lübben, Peitz, Bornsdorf (Kr. Luckau), Sonnen-

30. Lippert 140. 41.

31. Lippert: Urk. no. 116 p. 288.

32. Die Kündigung erfolgte am 11. oder 12. August 1363. Cf. Lippert 142.

33. Lippert: Urk. no. 117 p. 289.

34. Lippert p. 159 u. Anm. 33. Joh. v. Guben I. c. 17. Unde in demselben jare uf sente Jocoſz tage gab dese stat (Zittau) 300 schock kayser Karl zu der losunge dez landis Lusicz.

35. Lippert: Urk. no. 119.

36. CGD. I 1293. 98. Riedel II 2, 473. Lippert 116.

37. CBr. II 2 p. 462.

walde, Teupitz, Schenkendorf, der Sar³⁸, Seese (Kr. Kalau), Schloss und Stadt Eilenburg, Elsterwerda, Mückenberg, Stadt Lübbenau, Golssen, Reichenwalde (Kr. Luckau), Schloss und Stadt Kottbus, die Lehnsherrschaft über den von Ileburg (Eilenburg) auf Liebenwerda mit den Festen Forst, Drebkau, Kalau und Finsterwalde.

Obwohl dem Königreich Böhmen die Lausitz so gut wie sicher war, denn Herzog Bolko war ein alter, kinderloser Mann, und der Markgraf Otto befand sich in äusserst schlechten Geldverhältnissen, ruhte der Kaiser doch nicht eher, als bis er die Lausitz der Krone Böhmen vollkommen gesichert hatte. Am 11. Oktober 1367 liess er seinen Sohn Wenzel dem Markgrafen Otto die Lausitz abkaufen³⁹. Ob Karl (er ist natürlich die für Böhmen handelnde Persönlichkeit, Wenzel gibt nur den Namen her) den Markgrafen zum Verkaufe gedrängt hat, oder ob dieser aus Geldnot zur Veräusserung des Landes schritt, ist nicht ausgemacht. Jedenfalls kam der Markgraf nicht schlecht dabei weg. Er hätte ja das Lösegeld nie und nimmermehr aufbringen können. Da der Kauf um 21 000 Mk. und 21 000 resp. 22 866⁴¹ Schock böhmischer Groschen erfolgte, blieb ihm ein barer Ueberschuss von 10 000 resp. 18 866 Schock Groschen, wenn man die bereits früher gezahlten Gelder abzieht⁴².

Da sich die Stellung Bolkos zum Lande durch den Kauf nicht änderte, sondern er, wie ausdrücklich in der Urkunde hervorgehoben wird, die Nutzung bis auf Lebenszeit behalten sollte, gab er seine Einwilligung zum Kaufe⁴³. Am 13. Januar 1368 wurde der Verkauf erneuert⁴⁴.

Trotz der grossen Summe ist auch diesmal die Bezahlung

38. Lippert 85, Anm. 40.

39. Rs. 452.

41. CBr. II 2, 489.

42. Theuner: All. D. Biogr. 24, 665.

43. CBr. II 2, 486.

44. Rs. 456.

rasch erfolgt; schon am 15. März stellte Otto dem Kaiser und König Wenzel eine Quittung über 6887 Schock und 20 böhmische Groschen, den Rest der Summe, aus⁴⁵.

Nach dem Tode Herzog Bolkos, der am 28. Juli 1368 er folgte, fiel das Land vertragsmässig an Böhmen. Der Kaiser, der sich zu dieser Zeit gerade in Italien befand, erliess den Befehl zur Besitzergreifung des Landes, sobald er von dem Ableben des Herzogs in Kenntnis gesetzt war. Am 1. August 1370 wurde die Lausitz mit den übrigen Ländern des Königreichs Böhmen auf ewig vereinigt⁴⁶.

In der Lausitz erwarb sich Karl IV. von Heinrich von Kittlitz die Herrschaft Lieberose für 1300 Schock Groschen. Da der Kaiser das Geld nicht gleich bezahlen konnte, verschrieb er jenem eine jährliche Rente von 130 Schock zahlbar von den Abgaben der Stadt Bautzen⁴⁷.

Ferner kaufte er am 3. März 1370 von Abt und Konvent des Zisterzienser Klosters Neu-Zelle die Stadt Fürstenberg, an der Oder gelegen, mit dem Dorfe Vogelsang nebst allem Zubehör um 1600 Schock, die gleich bar bezahlt worden sind⁴⁸. Dieser unmittelbar an der Grenze der Mark Brandenburg gelegene Ort wurde mit einer starken Mauer umgeben und durch eine Burg geschützt, die zugleich zur Sicherung der neu errichteten, am jenseitigen Ufer das Land Sternberg berührenden Brücke dienen sollte⁴⁹.

Die Ansprüche des Erzbistums Magdeburg, dessen Oberlehnshoheit der Kaiser ja 1348 anerkannt hatte⁵⁰, wurden endgültig befriedigt. Nach einer Nachricht soll dies schon im

45. CBr. II 2, 493.

46. RK. 4863.

47. RK. 7328.

48. CGD. I 1331.

49. Beneš de Weitemul. Script. rer. Boh. II 405. Joh. v. Guben
I. c. 53.

50. BKr. 316.

Jahre 1365 geschehen sein⁵¹. Am 15. August 1371 verzichtete Erzbischof Albrecht auf alle Anrechte, weil der Vertrag⁵² nicht zustande gekommen sei, der König Wenzel aber doch 6000 Mk. gezahlt habe⁵³. Das Geld scheint damals aber nicht gleich bezahlt zu sein, denn am 25. Januar 1372 bekannten Erzbischof und Kapitel, von Karl und Wenzel durch die Hände von Joannis Rotlewe 5500 Schock erhalten zu haben⁵⁴.

Mit der Lausitz hatte Karl IV. auch Schloss und Stadt Eilenburg an der Mulde, die westlichste Besitzung Böhmens in Mitteldeutschland, bekommen. Wertvoll war es nun, dass es dem Kaiser gelungen war, die zwischen der Westgrenze der Lausitz und Eilenburg befindliche Lücke, durch neue Erwerbungen auszufüllen.

In der Friedensurkunde der Meissner Markgrafen vom 26. November 1372⁵⁵ werden unter anderen folgende Orte als zur Krone Böhmen gehörig erwähnt: „Sterel, Herrstein, Glubatzk, Tieffenaw, Elsterwerda, Donlaw, Letzick, Grobe, Friedmanwalde und alle andere hofe, guter und zugehorungen als sie der Bischof von Neuemburg verkaufft hat.“

Bezeichnend ist, dass Karl zu diesem Kaufe auch den

51. BKr. p. 588. List arcibiskupa Maydburského Albrechta a jeho kapitoly, že ciesar K. jest jim za jich právo dosti učinil a všeho práva postupují králi Václavovi.

52. Verkauf der Lausitz durch Markgraf Diezmann an Erzbischof Burchard für 6000 Mk., im Jahre 1301 vereinbart. Cf. Lippert 4.

53. CBr. II 2 p. 516. Der Erzbischof ist anscheinend des Glaubens, dass sein Vorgänger das Geld wirklich bezahlt hat, und drückt sich daher, weil er den König nicht verletzen will, zwiefach aus: So stellt er die beiden Ausdrücke „restituit“ und „donavit“ zusammen. Er sagt, der König habe das Geld freiwillig gezahlt. Spricht dann aber im Gegensatz dazu von einem Verlust (perditio), der die Kirche bei Nichtbezahlung getroffen hätte.

54. BKr. 580.

55. Müller no. 484 p. 103. (M. d. Gesch. V. zu Plauen 1885.)

Herzog Bolko benutzt hat. Näheres erfahren wir aus dem Naumburger Verkaufsbriefe⁵⁶.

Am 6. Januar 1367 verkaufte der Bischof Gerhard von Naumburg mit Zustimmung seines Kapitels dem Herzog Bolko von Schweidnitz und Markgrafen zu Lausitz und allen seinen Erben folgendes Gebiet: „unser hus zcu Strele mit allen zcuhorunge verlent und ledig; Herstein⁵⁷ hus und allis daz er friderich von Polenczk von uns hat; Glubucz⁵⁸ und allis daz herman von Polenczk von uns hat; Tyfenow⁵⁹ und allis daz dy von Kokericz, der Tyfenow ist, von uns habn; Elsterwerde und allis daz er Conrad von Kokericz von uns hat; dy stat zcu Dolen⁶⁰ und allis daz er, Walther, und er, Hanes von Kokericz, von uns habn; Lesenicz⁶¹ und allis daz er, Albrecht von Lysenik, und Hannes Lesenik von uns haben; Grobe⁶² und allis daz er, Albrecht von Lisenik, herre zcu Mussczow, von uns hat; Fridemannswalde⁶³ und allis daz er, fridehelm von der Dom von uns hat, und darczu alle gut, genand und nicht genant, gesucht und nicht gesucht, dy wir gensyten⁶⁴ der Mulda habn, alz Mysne lyt, dy zcu unszin gotishuse gehoren, usgenomen den slossen und guten, dy dy erluchten fursten und herren, der herczoge von Sachsen, dy Marcgrafen von

56. Im Naumburger Domarchiv sind über diesen Gebietsverkauf 8 Urkunden vorhanden: α) Der Brief des Bischofs Gerhard Orig. Env. nr. 464. z. 6. Jan. 1367, β) Eine gleichzeitig besiegelte Kopie Orig. Env. nr. 465. γ) Brief des Herzogs Bolko vom 7. Jan. Orig. Env. nr. 466. Wir zitieren nach α. Da die Urkunde bisher noch nicht veröffentlicht ist, drucken wir einen Teil derselben wörtlich ab.

57. Hirschstein sō. v. Riesa.

58. Glaubitz sō. v. Strehla.

59. Tiefenau sw. v. Elsterwerda.

60. Dahlen zwischen Wurzen und Strehla.

61. Lessenik (nach Orig. n. 465), Lös nig n. v. Strehla.

62. Gröba sō. v. Strehla.

63. Jetzt Wüstung nō. v. Torgau.

64. Von Naumburg aus gerechnet.

Misne und ouch der Burcgrafe von Misne von uns und unszin gotishuse zcu lehn haben. Und auch usgenomen Satan und Frowenhain, dy wir yn nicht vorkouft habn.“ Das Stift hatte ihnen die Güter für 4600 breite Schock verkauft und das Geld sofort in bar empfangen; dafür gab es alle Ansprüche daran auf.

Die Orte liegen alle in der Nähe von Strehla, sie stellten eine gute Verbindung zwischen Eilenburg und der Westgrenze der Lausitz her, und kamen der Herrschaft Colditz ziemlich nahe⁶⁵. Es war also ein für Böhmen sehr günstig gelegenes Gebiet.

Die Frage, ob Böhmen hinter dieser Erwerbung stand, sie vielleicht von Karl veranlasst war, lässt sich beantworten. Der Verkauf geschah an Bolko und seine Erben. Wer sind diese Erben? Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass damit Wenzel gemeint ist. Phrasenhaft ist dieses „und seine Erben“ keineswegs. Wenn es das wäre, könnte es von dem Gelde nicht heissen, das sie uns ganz bezahlt haben. Ausserdem wird von Strehla in der Inkorporationsurkunde vom 1. August 1370 gesagt: „comparavimus et emimus nostra pecunia“⁶⁶. Auch die oben zitierte Ausdrucksweise der Urkunde vom 26. November 1372 deutet darauf hin, dass Bolko nicht aus eigener Initiative gehandelt hatte, dass Wenzel und damit Karl hinter ihm standen. Ja, es hat den Anschein, dass das Naumburger Kapitel um Verkauf dieses Gebietes angegangen war, und dass daraufhin erst die Beratung wegen des Verkaufes erfolgte; denn das Bistum war nicht in Geldverlegenheit, vielmehr beschloss das Kapitel in der am 20. Mai 1366 abgehaltenen Versammlung, das Geld aufzubewahren und nach Belieben für neue Ankäufe, Einlösungen usw. zu verwenden⁶⁷.

65. Sie war aber noch nicht böhmisch, sondern wurde es erst im nächsten Jahre.

66. RK. 4863.

67. Naumburg. Arch. Orig. no. 463. Rosenfeld handschr. Reg. no. 512.

Ausserdem hatte die Krone Böhmen in dieser Gegend noch Mühlberg an der Elbe und Würdenhain bei Elsterwerda erworben. Ueber den Kauf dieser Ortschaften sind wir nicht näher unterrichtet. Am 1. August 1370 wurden sie dem Königreich Böhmen bereits einverleibt. Sie waren von den Herzögen von Sachsen (Mühlberg)⁶⁸ und den Herren von Querfurt (Würdenhain) gekauft⁶⁹, wie wir aus der Urkunde vom 26. Sept. 1372 erfahren. Uns sind nur Verkaufsurkunden vom 21. April 1371 erhalten⁷⁰.

Durch die letztgenannten Erwerbungen, das Naumburger Gebiet, Mühlberg und Würdenhain wurden, wie wir schon im Abschnitt IV, § 4 andeuteten, die Lande der Markgrafen von Meissen auch im Norden durch Böhmen eingeengt. Ohne auf die böhmisch-meissnische Verwicklung hier noch einmal einzugehen, sei nur kurz bemerkt, dass die von den Markgrafen gegen diese Erwerbungen vorgebrachten Beschwerden⁷¹ rechtlich vollkommen unbegründet waren. Bischof und Kapitel hatten das anderweitig zu Lehen gegebene Gebiet ausdrücklich von dem Verkaufe ausgeschlossen; Mühlberg und Würdenhain waren rechtmässig erworben.

68. Es war Reichslehen. cf. BKr. 578.

69. Es muss Lehen des Bischofs von Meissen gewesen sein. BKr. p. 578 no. 618. Cf. auch BKr. 585 no. 632.

70. BKr. 578 no. 617/18.

71. Cf. Beschwerdeschrift a. a. O. §§ 15—20.

6. Abschnitt.

Die Erwerbung der Mark Brandenburg.

Wir hatten schon in dem vorigen Abschnitte den brandenburgisch-böhmischen Erbvertrag vom 18. März 1363 erwähnen müssen¹, der für die Erwerbung von Brandenburg bedeutungsvoll werden sollte. In diesem Vertrage sicherten also die beiden Markgrafen, Ludwig der Römer und Otto, den männlichen Nachkommen Kaiser Karls resp. dem Markgrafen Johann von Mähren und dessen Erben männlichen Geschlechts die Nachfolge in der Mark Brandenburg, wenn sie ohne Söhne zu hinterlassen aus der Welt scheiden würden, zu. Die Eventualbelehnung des Kaisers war am gleichen Tage erteilt²; ausserdem hatte Karl IV. auf Grund dieser Abmachung einige Monate später die Eventualhuldigungen der brandenburgischen Städte für seinen Sohn Wenzel entgegengenommen³. Wie die Annäherung und die enge Verbindung zwischen den Markgrafen und den Luxemburgern zustandegekommen war, haben wir schon an anderer Stelle gezeigt. Die Markgrafen wollten sich eben an ihren Vettern, den bayrischen Herzögen, wegen Besetzung Oberbayerns rächen! Die Annahme, dass Karl IV. die Wittelsbacher zu dem Vertrage gezwungen hätte, ist durch nichts gerechtfertigt. Scholz⁴, der Ludwig alle Schuld an

1. Vgl. S. 89|90.

2. CBr. II 2, 445.

3. RK. 3969/75 u. 7108.

4. Scholz: Erwerbung der Mark Brandenburg durch Karl IV. Breslau 1874. Cf. 14.

dem Verluste der Mark Brandenburg in die Schuhe schieben möchte und Otto ganz rein waschen will, stellt Ludwig allein als handelnde Persönlichkeit hin, der ohne Wissen seines Bruders gehandelt habe. Wir können kein Dokument auffinden, durch welches diese Ansicht gestützt würde; vielmehr sind die in Frage kommenden Urkunden von beiden ausgestellt. Wie weit Otto unter dem Einflusse seines älteren Bruders gestanden hat, wie sehr er von ihm abhängig war, können wir aus den Urkunden nicht herauslesen.

Kurz erwähnt sei, dass die enge Freundschaft durch einen Heiratsvertrag noch fester und inniger werden sollte. Es wurde dem Markgrafen Otto des Kaisers Tochter Elisabeth versprochen; doch kam bekanntlich die Ehe nicht zustande, sondern Otto musste sich mit Katharina, der Witwe Herzog Rudolfs IV. von Oesterreich vermählen. Interessant ist der Ehevertrag für uns hier nur deshalb, weil sich Karl für den Fall, dass Wenzel ohne Kinder sterben und Elisabeth Schweidnitz-Jauer erben würde, als Ersatz die ganze Neumark, Sternberg, Lebus und Barnim versprechen liess⁵. Wenn Scholz behauptet, dass der Vertrag durch nicht Zustandekommen der Ehe nicht hinfällig geworden sei, so bleibt er uns dafür den Beweis schuldig⁶. Allerdings leisteten die Stände und Städte der Neumark dem Kaiser sogenannte Eventualhuldigung nach Massgabe des Vertrages, d. h. sie verpflichteten sich Untertanen des Königs zu sein, sobald Schweidnitz und Jauer an Ottos Gemahlin Elisabeth fallen würde⁷. Es liegt auf der Hand und bedarf eigentlich gar nicht weiterer Worte, dass der Vertrag mit Auflösung des Ehegelöbnisses, jede Geltung verlor. Und es kann keine Rede davon sein, dass „der Kaiser die Neumark schon in der Hand hatte.“

5. CBr. II 2 p. 465. 14. April 1364.

6. Scholz 18.

7. CBr. II 2 p. 469.

Direkten Einfluss auf die Mark gewann der Kaiser dadurch, dass ihm die Verwaltung des Landes auf sechs Jahre übertragen wurde. Wenn er auch die Leitung nicht selbst in die Hand nahm, so liess er sie doch durch ihm ergebene Männer führen. Näheres erfahren wir darüber durch eine Urkunde Karls vom 22. Oktober 1365, in welcher er den Einwohnern der Mark die zwischen ihm und Otto getroffenen Vereinbarungen bekannt gab⁸. Es hat sehr viel für sich anzunehmen, dass der Kaiser erst im Dezember das Land in die Hand bekam; denn einmal lief der Vertrag mit dem Erzbischof von Magdeburg erst am 10. Dezember ab, und zweitens wies der Markgraf Otto die Städte der Altmark erst am 26. Dezember an den Kaiser⁹.

Am 10. Dezember 1362 war die Verwaltung der Mark an den Erzbischof Dietrich von Magdeburg auf drei Jahre übertragen¹⁰. Karl trat also einfach an die Stelle des Erzbischofes. In der Mark war unter den Wittelsbachern z. T. wegen ihrer chronischen Geldverlegenheiten eine schauerhafte Wirtschaft eingerissen, die Markgrafen hatten sich nun bemüht einen tüchtigen und reichen Verwalter für ihre Provinz zu finden, gewissermassen um sich aus den Klauen eines der brandenburgischen Grossen zu befreien, dem sie sich am 19. Mai 1355 ganz in die Hände gegeben hatten.

Verwalter wurde 1362, wie gesagt, der Erzbischof Dietrich von Magdeburg.

Durch diese Massnahme bekundeten die Markgrafen offen ihre Schwäche und Regierungsunfähigkeit. Ohne aus-

8. CBr. II 2, 474.

9. Es steht fest, dass Karl die Verwaltung der ganzen Mark Brandenburg bekam. Cf. Scholz 15, Anm. 2. Dies geht auch mit aller Deutlichkeit aus der Urkunde Karls vom 22. Okt. hervor. Inzwischen war Ludwig der Römer gestorben; Otto somit alleiniger Inhaber der ganzen Mark.

10. Theuner: Uebergang der Mark Brandenburg an die Luxemburger. Berlin. Diss. 1887 unvollständig gedruckt 19 ff.

wärtigen Verwalter ging es eben nicht mehr, und erst recht nicht, nachdem der ältere Bruder am 17. Mai 1365 seine Augen für immer geschlossen hatte¹¹. Es müsste uns wundern, wenn Karl IV. dies nicht erkannt haben und jetzt zur Zeit des Vertragsablaufes nicht die günstige Gelegenheit ergriffen haben sollte, die Verwaltung des Landes in seine Hände zu bringen. Waren doch die Luxemburger seit der Erbverbrüderung an dem Lande besonders interessiert. Und warum sollte er auch zusehen und dulden, dass ein Fremder aus dem schon an sich heruntergekommenen Lande noch Geld herauszog; denn umsonst leitete der Erzbischof die Verwaltung sicher nicht. Zudem waren durch den Tod Ludwigs die Aussichten auf Gewinnung der Mark für die Nachkommen Karls bedeutend gewachsen. Der Markgraf hatte gegen den Wechsel des Verwalters nichts und überliess daher dem Kaiser, der ihn sicher darum angegangen hatte, die Verwaltung des Landes auf sechs Jahre.

Mit der Zeit veränderten sich aber die politischen Verhältnisse im Reich und in den Nachbarstaaten. Die Feindschaft zwischen den brandenburgischen und den bayrischen Wittelsbachern bestand nicht mehr. Am 13. September 1369 hatten die Pfalzgrafen, die Herzöge Friedrich und Stephan von Bayern mit König Ludwig von Ungarn ein Bündnis gegen den Kaiser geschlossen¹².

Dies musste Karl beunruhigen. Wunderbarerweise waren die ersten Schutzmassregeln, die er traf, gegen

11. Cf. CBr. II 3, 44: „wie gar swerlichen und grozlichen das egenante Furstentum der Marken zu Brandenburg sein lande, Lewte und Güter in vergangenen zeiten von unfriede und kriege, der stetlichen dagewesen ist, vorterbet, beschediget und verwüstet waren und noch fürbaz mer beschedigt, verwüstet und verterbet würden, ob sie ane rat, schuz und hulfe der Kunge und des Kunigreiches zu Beheim belieben.“

12. Ueber die damaligen politischen Verhältnisse cf. Lindner. K. IV. und die Wittelsbacher. MifOG. XII, 1891, 82 ff.. Steinherz: MifOG. IX 575.

Brandenburg gerichtet, obwohl sich der Markgraf an der Koalition gar nicht beteiligt hatte, und nichts Feindseliges gegen Böhmen unternahm.

Mit Recht erregten der Kauf von Fürstenberg, die Befestigung dieses Ortes und der Bau der Brücke über die Oder, die auf dem jenseitigen Ufer das Markgräfliche Land berührte, das Gemüt Ottos. Durch Verträge vom 3. und 14. Mai 1370 gewann der Kaiser den Herzog Kasimir von Pommern zum Bundesgenossen für den Fall, dass der Markgraf den Erbvertrag brechen würde¹³. Was sollten diese Massnahmen, wo doch Otto sich noch nichts in irgendeiner Beziehung hatte zuschulden kommen lassen? Am 1. August 1370, an dem Tage der Inkorporation der Lausitz, war er beim Kaiser in Prag¹⁴. Ja, bis zum September dieses Jahres war das Verhältnis zwischen Karl und Otto ein durchaus freundliches. Der Markgraf folgte der Einladung des Kaisers zur Feier der Hochzeit König Wenzels mit der Tochter des Herzogs Albrecht von Bayern, Johanna, die am 29. September in Nürnberg stattfand. Hier wurden wie aus der Beschwerdeschrift des Markgrafen vom 10. Juni 1371 hervorgeht, mündliche Verhandlungen über die Mark gepflogen. Dabei liess der Kaiser seine Absichten auf die Erwerbung des Landes deutlich merken. Wir haben keinen Grund, den Worten Ottos „dan wir zu ym kemen und warten, daz wir mit ym frölich wesen sollten, da wolt er uns enterbet haben bie unserm lieben“ Misstrauen entgegenzubringen. Ja, wir haben eine Quelle, die die Worte Ottos bestätigt und uns weitere Aufklärung gibt. In einem Briefe an den Dechanten von Wissehrad spricht der Kanzler des Kaisers, Johann von Neumarkt, von dem Gerücht, das über den Bruch des Erbvertrages seitens des Wittelsbachers kursiert, und bemüht sich die von der Gegenpartei vorgebrachten Gründe zu widerlegen¹⁵.

13. CBr. II 2, 497 u. 501.

14. Lindner I. c. 87, Anm. 2.

15. Loserth; M. V. f. G. Dt. B. 16 p. 172.

Der erste Grund, dass zwei Kurstimmen nicht in einer Hand vereinigt sein dürften und dessen Widerlegung, dass der Kaiser ja mehrere Söhne habe, ist so wenig von Belang, dass wir schnell darüber hinweggehen können. Von grösster Wichtigkeit ist dagegen der Zweite, den wir mit seinem Gegenargument wörtlich zitieren wollen. Der Kanzler sagt, man hebe hervor: „quod idem communis dominus nimis magnam pecuniam impendisse dicatur pro tractatibus huiusmodi finiendis“, worauf er entgegnet: „constat felix regnum Boemiae auri et argenti mineris habundet ita, quod ex impensis huiusmodi communis ipse dominus noster (König Wenzel) nullam laesionem acceperit!“ Wenn in dem Briefe also gesagt wird, der Markgraf und die übrigen bayrischen Herzöge wollen die über Brandenburg abgeschlossenen Verträge nicht halten, „weil der Kaiser sehr viel Geld für Abschliessung derartiger Verträge aufgewendet habe“, und die Entgegnung lautet: „Böhmen hat noch Ueberfluss an Gold und Silber“, so kann dies noch nichts anderes heissen, als: der Kaiser hat dem Markgrafen sein Land abkaufen wollen und ihm ein diesbezügliches Angebot gemacht; jener aber (unter anderem) deshalb nicht eingewilligt, weil Karl IV. für Abschliessung derartiger Verträge (Kauf der Lausitz!) schon viel Geld verbraucht habe und Otto nun glaube, Böhmen könne weiteren pekuniären Verpflichtungen nicht nachkommen¹⁶. Hauptsache für uns sind nicht die Gründe, sondern die Tatsache, dass der Kaiser vor dem Bruch¹⁷ den Markgrafen zum Verkauf seines Landes hat veranlassen wollen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Karl Otto im September 1370 dieses Kaufsangebot machte und darauf die Worte: „da wolt er uns enterbet haben bie unserm lieben“ zu beziehen sind.

16. Die Ansicht bestand nicht zu Unrecht, wie es sich bei dem Kauf der Mark später zeigen sollte!

17. Der Brief ist, wie deutlich aus dem Wortlaut hervorgeht, vor dem Vertragsbruch geschrieben.

Damit war der Kaiser entschieden zu weit gegangen. Gewiss wird er gemerkt haben, dass das Verhältnis zwischen ihm und seinem Schwiegersohne nicht mehr das alte war, dass der Riss in dem Wittelsbachischen Hause überbrückt war. Der Vertrag, die Verwaltung der Mark betreffend, lief im folgenden Jahre ab, und unter den veränderten politischen Verhältnissen bestand wenig Aussicht, dass dem Kaiser die Verwaltung des Landes weiter übertragen werden würde. Vielleicht hatte Otto einen der Söhne seines Veters, des Herzogs Stephan, dazu ausersehen oder Friedrich ihn darum angegangen.

Jedenfalls hatte Karl seinen Schwiegersohn mit seinem Vorgehen gegen ihn vor den Kopf gestossen, ja ihn, der sich auf den Handel nicht einlassen wollte, zum Vertragsbruch gezwungen. Der Bruch war vom Kaiser provoziert!

Dass er auch den Fall des Widerstandes nicht ausser Acht gelassen hatte, beweisen seine Massnahmen, Befestigung Fürstenbergs und Bündnis mit dem Herzog von Pommern, zu denen er dem Verhalten Ottos nach eigentlich keinen Grund hatte. Sie erscheinen uns aber in anderem Lichte, wenn wir daran denken, dass der Kaiser ihm das Schwert auf die Brust setzen wollte.

Auch der Umstand, dass der Kaiser sich gegen die vom Markgrafen erhobenen Anschuldigungen nicht verteidigte, spricht für unsere Ansicht.

Kurz, der Bruch, der nach dem Vorgehen des Kaisers nur zu erwarten war, erfolgte am 15. April 1371 durch die Erbhuldigung, die Otto dem Herzog Friedrich von den Ständen des Transodergebietes leisten liess¹⁸. Auf den Vertragsbruch konnte Karl, der überall streng auf die Rechtsformen sah, sich nur an das Recht hielt und sich auf weiter nichts einliess, nur mit der Kriegserklärung antworten. Sie erfolgte am 22. Juni 1371¹⁹.

18. CBr. II 2 p. 508.

19. CBr. II 2 p. 511.

Den Verlauf des Kampfes können wir beiseite lassen. Schon am 16. Oktober 1371 kam es zwischen den beiden streitenden Parteien zu einem Waffenstillstande auf 1½ Jahr²⁰. Er sollte bis Pfingsten 1373 (5. Juni) währen. Da es trotz der Anstrengungen des Kaisers zu keinem abschliessenden Frieden gekommen war²¹ und auch eine Appellation Karls an den Papst nichts gefruchtet hatte²², musste der Krieg wieder beginnen²³.

Am Tage nach Ablauf des Waffenstillstandes, also am 6. Juni 1373, ging der Kaiser mit dem Herzog von Mecklenburg ein neues Bündnis gegen Otto und die bayrischen Herzöge ein²⁴.

Der Kampf endete mit dem endgültigen Frieden und dem Vertrage vom 15. August 1373, an welchem Tage sich der Markgraf Otto und der Herzog Friedrich in das kaiserliche Heereslager zu Fürstenberg begeben hatten²⁵. Das Resultat der Verhandlungen war: Die Wittelsbacher verzichteten auf Brandenburg gegen genügende Entschädigung²⁶. Otto behielt die Kurstimme und das Erzkämmereramt auf Lebenszeit; während dieser Zeit durften die Söhne des Kaisers den Titel Kurfürst nicht führen²⁷. Als Entschädigung²⁸ erhielt der Markgraf:

20. CBr. II 2 p. 516.

21. Namentlich das Verhalten König Ludwigs war Schuld daran. Cf. Scholz 46 ff.

22. Riedel: Erwerbung der Mark Brandenburg durch das Luxemburgische Haus. Berlin 1840, 16. Scholz 57.

23. Scholz 59 ff.

24. CBr. II 2 p. 535.

25. CBr. II 2 p. 539.

26. CBr. II 3 p. 8 ff. Friedrich verzichtet für sich, seinen Vater und seinen Bruder am 18. August; Otto am 23. August l. c. 14/15.

27. CBr. II 3 p. 8.

28. Cf. Muffat: Ueber die Grösse und Schicksale der Entschädigungen usw. Abhandl. d. königl. bayer. Akad. der Wiss. X (hist. Klasse) Abt. III 701 ff. und Scholz 63 ff. Riezler III 99.

Erstens folgende Städte und Schlösser in der Oberpfalz: Floss, Hirschau, Sulzbach, Rosenberg, Buchberg, Lichtenstein, Lichtenegg, Breitenstein halb, ein Teil von Reicheneck, Neidstein, Herspruck und Lauffen²⁹; ausserdem Hauseck, Ruprechtstein, das übrige Teil an Reicheneck, Hohenstein, Waldau, Schellenberg, Hohenfels samt dem zugehörigen Städtchen, halb Helfenberg und Heimberg, die teils von der Krone Böhmen zu Lehen gingen, teils deren offene Schlösser waren³⁰. Ferner die Pfandschaften Donauaustauf und Adelburg. „Hinterlässt Otto“, so heisst es in dem Vertrage, „männliche Nachkommen, so gehen die genannten Orte an diese über. Andernfalls kommen sie an seine rechtmässigen Erben, von denen sie der böhmische König für die Summe von 100 000 Gulden jederzeit einlösen kann³¹.“

Zweitens wurde dem Exmarkgrafen eine Jahresrente von 3000 Schock zugebilligt. Diese sollte auch ledig werden, wenn Otto ohne legitime Söhne zu hinterlassen sterben würde³². Ablösung der Rente mit 30 000 Schock war vorbehalten³³.

Drittens bekamen der Markgraf und die bayrischen Herzöge gemeinsam³⁴ 200 000 Gulden zu bestimmtem Termine und Pfandschaft für 100 000 Gulden.

29. CBr. II 2 p. 540 und Muffat 704.

30. Cf. RK. 5403 und Verzichtbrief Stephans vom 16. Okt. 1374. CGD. I 1129/32.

31. Wegen der Einlösung verband sich der Kaiser mit den Burggrafen von Nürnberg. RK. 5449.

32. CBr. II 2, 540.

33. RK. 5223.

34. Scholz (cf. p. 68) tut so, als ob diese 300 000 Schock den bayrischen Herzögen allein zugesichert wurden. Dem ist aber nicht so. Gewiss müssen die Herzöge etwas bekommen haben, denn Friedrich sagt ausdrücklich „und ouch uns so vil geben und getan hat“. Aber wir wissen nichts Genaues darüber. Wir können zeigen, dass die Summe allen zusammen gegeben ist. Wie sie diese untereinander geteilt haben, ist eine andere Frage.

1. Unter den ducibus Bavariae, die in dem Bericht C. Br. II. 3, p. 1 ff.

Von den 200 000 Gulden, die wohl ursprünglich sofort bezahlt werden sollten, wurde die letzte Rate erst am 27. Juni 1375 beglichen. Ueber den Empfang des Geldes quittierten Otto und Friedrich³⁵.

Für die oben noch genannten 100 000 Gulden wurden Otto und den bayrischen Herzögen die vier Reichsstädte Dinkelsbühl, Nördlingen, Bopfingen und Schwäbischwerd versetzt. Die Verpfändung wurde dann wieder rückgängig gemacht. Dafür verpflichtete sich die Krone Böhmen zu Teilzahlungen³⁶, die sich bis ins Jahr 1384 hinzogen³⁷.

Am 2. Oktober 1373 belehnte der Kaiser seine Söhne mit der Mark³⁸ und am 1. Mai 1374 fand die feierliche Vereinigung dieses Landes mit Böhmen statt³⁹, die vom Kaiser am 29. Juni bestätigt wurde⁴⁰.

Es bleibt uns nun noch übrig einen Blick auf die territoriale Ausdehnung des Landes zu werfen. Darüber sind wir durch einen gleichzeitigen Bericht, in dem alle zur Mark gehörigen Städte und Herrensitze aufgezeichnet sind, gut unterrichtet⁴¹. Brandenburg bestand aus den fünf Provinzen: Altmark, Priegnitz, Uckermark, deren Grenzen sich im wesentlichen mit den heutigen decken, aus der Neumark (dem west-

erwähnt werden, ist auch Otto mit zu verstehen. Der Autor sagt p. 1 von Otto: *Otonem protunc marchionem Brandenburgensem, nunc ducem Bavariae*.

2. Ueber den Restbetrag der 200 000 Gulden quittieren Otto und Friedrich, letzterer als Vertreter aller bayrischen Herzöge. cf. Rs. 611. Dass die Summe von 100 000 Mark oder die Rente von 10 000 Mark, die an Statt der Pfandschaft zu entrichten sind, auch an Otto mit gezahlt werden sollen, geht aus einer Urkunde vom 14. Okt. 1374 (Rs. 597) hervor.

35. Rs. 611.

36. Rs. 597.

37. Scholz 78.

38. CBr. II 3, 19.

39. CBr. II 3, 36, 3^o

40. CBr. II 3, 42.

41. CBr. II 3, 4 ff.

ich von der Oder gelegenen Gebiet) und dem Transodergebiet, das wir heute mit Neumark bezeichnen.

Zur Priegnitz gehörte damals noch das jetzt Mecklenburgische Mernitz. Es war brandenburgisch-böhmisches Lehen. Am 7. Juli 1374⁴² trug der Herzog Albrecht von Mecklenburg Schloss und Feste Mernitz, sein frei eignes Besitztum, der Krone Böhmen zu Lehen auf.

Ferner gelang es den Königen von Böhmen, Karl und Wenzel die Grafschaft Lindow, die von dem Quedlinburger Kloster zu Lehen ging, zu erwerben. Von dem Grafen Albrecht von Lindow und Ruppin kauften Karl und Wenzel am 4. Juni 1373 die Feste Lindow und die Stadt Möckern mit Zubehör für 12 400 Schock guter böhmischer Groschen⁴³. Am 23. Juli quittierte der Graf über den Empfang von 3616²/₃ Schock⁴⁴. Der Kaiser vertauschte diesen neu erworbenen Besitz am 3. Mai 1376 gegen die Länder Rhinow und Glyn nebst Schloss und Stadt Alten Buczow (Butzow) an der Havel, die der Graf Albrecht von Ruppin abtrat⁴⁵. Doch schon im nächsten Jahre kam dieses Gebiet (Lindau und Möckern) wieder an Böhmen. Am 15. April liess es der Graf Albrecht seiner Lehnsherrin der Aebtissin von Quedlinburg auf mit der Bitte, Grafschaft und Herrschaft Lindau und Möckern den Söhnen des Kaisers als Markgrafen zu Brandenburg zu reichen⁴⁶. Diese zögerte keinen Augenblick, dem Wunsche des Grafen nachzukommen. Am 12. Mai 1377 bekannte Karl IV., dass er die Grafschaft Lindau und Möckern von der Aebtissin für seine Söhne zu rechtem Lehen empfangen habe⁴⁷.

Was die Grenzen der übrigen Provinzen anbetrifft, so

42. CBr. II 3, 49.

43. RK. 7384. Cod. Anh. IV, 301.

44. Cod. Anh. IV 307.

45. RK. 5587. Cod. Anh. 335.

46. Cod. Anh. IV 347.

47. RK. 5772. Cod. Anh. IV 347.

ist zu sagen, dass das jetzt zur Provinz Pommern gehörige Städtchen Pasewalk damals zur Uckermark gehörte, und das jetzt in der Provinz Westpreussen gelegene Tütz auch noch in der Mark lag⁴⁸.

Die früheren Markgrafen hatten grosse Gebietsteile des Landes versetzt. Karl hat einen Teil der Pfandschaften vielleicht auch alle wieder eingelöst. Genauer es darüber ist nicht bekannt. Jedenfalls behielt er die Priegnitz und gab sie den Mecklenburgern nicht trotz seines Versprechens vom 6. Juni 1373⁴⁹. Ja der Herzog musste sich am 20. Mai 1374 sogar dazu verpflichten alle ihm von den früheren Markgrafen versetzten Gebietsteile der Mark dem Kaiser zur Lösung zu geben⁵⁰.

In der Bestätigung der Union von Brandenburg und Böhmen sagt Karl: „und auch das der ehgenante Kung von Beheim dieselben Marken zu Brandenburg die vielvache alzumale verphendet und versetzt was, mit seines Kungreiches erblichen Gelde und Gute izund in kurzer zeith merklichen und nuzlichen widerbracht, geloset hette⁵¹.“

Damit stehen zwei Angaben Joh. von Gubens im Einklange. Er schreibt zum Jahre 1375: „ouch muste dese stat (Zittau) mit andirn steten Budisin Gorlicz keyser Karl getlin und geben in der vasten desselbin jares XV schok und waren beczahl't czu Kotwus in der stat hern Hannussen von Kotwus czu lossunge eyner vesten v. Meckelburg.“ Und weiter heisst es: „Ouch in demselben iare Martini muste dese stat mit andirn steten (Budissin usw.) keyser Karl gebin III (?) schok czu eyner vesten und czu eyner stat, dy her kauffte in der Pregnitz⁵².“

48. Riedel: Erwerbung 26.

49. CBr. II 2, 534.

50. Rs. 592.

51. CBr. II 3, 45. Cf. Pelzel II 881.

52. Joh. v. Guben: Script. Lusalic. NF. I 55.

53. eod. loc. 56.

So hatte der Kaiser die Mark den Wittelsbachern nicht nur abgenommen, sondern er hatte sich bemüht, sie wieder zur alten Grösse zu bringen, das verpfändete Gebiet zurückzugewinnen.

Böhmen gewann im Jahre 1374 noch ein Stück von Mecklenburg.

Am 24. Mai 1374 trugen die Herren von Werle, Bernhard und Johannes und die Söhne des ersten Laurentius und Johannes, dem Kaiser als König von Böhmen und seinem Sohne Wenzel als Entschädigung für die ihnen vormals verursachten Schäden die Städte Parchim, Plau und Penzlin auf und nahmen sie von ihnen zu rechtem Mannlehen⁵⁴. Es war vorher ihr freies Eigen gewesen.

54. BKr. 591. RK. 5357. CBr. II 3, 34.

Zweiter Teil.

Einzelne Betrachtungen.

1. Abschnitt.

Ueber die Inkorporation.

Besonders charakteristisch für die Erwerbungspolitik Karls IV. ist es, dass er alle Gebietsteile, die er erwarb, mögen es nun grössere oder kleinere sein, dem Königreich Böhmen meist durch besondere Urkunde einverleibte. Derartige Dokumente besitzen wir für die Oberpfälzischen Besitzungen¹, für Schlesien², Bautzen und Görlitz³, Plauen⁴, Hoenstein und Herspruck⁵, Lausitz mit Strehla, Würdenhain und Mühlberg⁶; auch Parkstein, Karlswald und Weiden⁷ wurden mit Böhmen vereinigt.

Diese Inkorporation ist den Gepflogenheiten der Kirche entlehnt. Jedes Kloster oder Stift hatte eine bestimmte Anzahl von Kirchen, von deren Einkünften sie sich zum Teil unterhielten. Oft geschah es nun, dass eine Kirche aus einem Verwaltungsbezirke genommen, einem anderen zugeteilt und diesem inkorporiert wurde, um die Einkünfte

-
1. CGD. I 1135/48.
 2. LBU. I 10/11.
 3. RK. 6878, 2454 usw.
 4. Schmidt I 512 no. 975.
 5. RK. 3330.
 6. Reichs-Archiv 6 b., 240 ff. RK. 4863.
 7. eod. loco 49 ff.

des betreffenden Klosters oder Stifts zu verbessern, es für Wohltaten zu entschädigen oder in Not zu unterstützen.

Die Inkorporation wurde für das weltliche Gebiet nie angewendet. Erst König Johann, der Vater Karls IV., bediente sich dieser Formalität, als er Görlitz am 19. Mai 1329 für Böhmen erworben hatte⁸. Karl, der auf Rechtsformen viel gab, griff dieses Verfahren auf, und wandte es nun bei jeder Erwerbung an.

Sehen wir uns eine Inkorporationsurkunde an. In der Arenga wird ausgesagt, dass der Herrscher eines Landes danach trachten muss, sein Land möglichst zu vergrößern, und dass besonders Böhmen als edles Glied des Reiches würdig sei, seine Grenzen zu erweitern. Die Narratio bringt die Schilderung der Gebietserwerbung, wobei gewöhnlich hervorgehoben wird, dass das betreffende Gebiet unmittelbar an Böhmen grenzt und der Gewinn desselben für das Königreich unbedingt erforderlich ist. In der Dispositio steht dann die eigentliche Inkorporation. Mit möglichst vielen starken Ausdrücken wird die Einverleibung des betreffenden Gebiets verkündet und die ewige Untrennbarkeit vom Königreiche Böhmen erklärt⁹.

Dann werden die Hoheitsrechte des Königreiches, die auch in der „goldenen Bulle“ eine Rolle spielen, auf die Neuerwerbungen ausgedehnt: Die Steuern von den Juden, Einnahmen aus Bergwerken und Zöllen, Münzprägungsrecht stehen allein dem König zu.

Ausdrücklich wird hervorgehoben, dass kein böhmischer Untertan in kriminal- oder zivilrechtlichen Fällen vor ein fremdes nicht böhmisches Gericht zitiert werden darf, auch nicht, wenn er auf frischer Tat ertappt worden ist. Es darf nur

8. Köhler I 148.

9. In perpetuum auctoritate Caesarea et de Imperialis potestatis plenitudine adjungimus, attribuimus, incorporamus, invisceramus et unimus perpetuo et irrevocabiliter sub modo, iure et forma sicut hoc nunquam facere possumus meliori. RK. 4868.

mit besonderer Erlaubnis der königlichen Richter geschehen. Berufungen bei Rechtsverweigerung oder Beschwerde gegen einen Rechtsspruch können nur beim Könige eingelegt werden, der einen Beamten die Angelegenheit prüfen lässt. Die letzte Instanz ist die königliche Kammer. Ferner ist es streng verboten, dass sich einer, der in Böhmen Besitzungen hat, einem anderen Herrn mit diesem Gebiet verpflichtet. Verpfändungen sind nur mit königlicher Erlaubnis gestattet¹⁰.

Die Inkorporation ist nur ein formaler Akt. Durch sie wird kein neues Rechtsverhältnis geschaffen, sondern sie hat nur den Zweck der Vereinigung des neu erworbenen Gebietes mit dem alten offiziellen und nachdrücklichen Ausdruck zu verleihen, die Verwaltungseinheit (im weiteren Sinne) auszudrücken¹¹.

Die Mark Brandenburg konnte nicht in der oben angegebenen Weise dem Königreiche einverleibt werden, weil sie Kurland war. Doch wurde auf Wunsch der Städte und Stände des Landes zwischen der Mark und Böhmen auch eine ewige Verbindung hergestellt. Die Stände der Mark hatten sich mit ihrem Lande zu dem Königreich Böhmen, der Markgrafschaft Lausitz, dem Herzogtum Breslau, zu der Schweidnitz und zum Jauer in ewige Einigung gesetzt und geschworen, ewig bei den Königen zu Böhmen und den Landen, die zum Königreiche gehören, zu bleiben. Sie standen also nur in dem Verhältnis der Personal- (in Wirklichkeit Geschlechts-) union zueinander.

10. Cf. Goldene Bulle cap. 8, 9 u. 10.

11. Karl hatte ja auch die Absicht gehabt seine neu erworbenen Lande in kirchliche Abhängigkeit von Böhmen zu bringen. Obwohl die Erlaubnis vom Papste gegeben war, kam der Plan nicht zur Ausführung. Cf. Ahrens 20/22.

2. Abschnitt.

Die Rechtstitel der erworbenen Besitzungen und ihre Unveränderlichkeit. Goldene Bulle und Erwerbungsfreiheit.

Karl IV. erstreckte also seine landesherrlichen Hoheitsrechte, die ihm als Kurfürst und König von Böhmen zukamen, auch auf die Neuerwerbungen, wie es ja deutlich in den Inkorporationsurkunden zum Ausdruck kommt. Er behielt sich das Recht Münzen zu schlagen vor, beanspruchte die Abgaben der Juden, die Einnahmen aus den Bergwerken und Zöllen. Nur das in seinem Namen gesprochene Recht galt, Böhmen besass ja eben das Privileg *de non evocando et appellando*.

Doch den Rechtstitel, den die einzelnen Gebiete bei der Erwerbung besaßen, durfte der König nicht ändern. Er durfte nur die Rechte beanspruchen, die er erworben hatte. Dies kommt schon bei den Gebietserwerbungen in der Oberpfalz zum Ausdruck. Der König erwarb das Gebiet so, wie es der frühere Besitzer gehabt hatte „pfantschaft fur pfantschaft, erbe und eigen alz es gelegen ist, lehen alz lehen.“ Es stand also nicht in der Gewalt Karls sich irgendeine Pfandschaft zum Eigentum zu machen, ein Reichslehen wie seinen Kronbesitz zu behandeln, oder ein frei eigenes Gebiet ohne Willen des Besitzers mit der Krone Böhmen irgendwie zu verknüpfen. Zum Beispiel war man ängstlich darauf bedacht, dass den Orten Hersbruck und Hoenstein nicht ihr Reichslehnscharakter verloren ging, als Karl sie für Böhmen erwarb.

Bei der Wichtigkeit des Landerwerbs für Karl IV. ist es nicht zu verwundern, dass er darüber Bestimmungen in die

„Goldenen Bulle“ aufnahm, zumal da der Kaiser in diesem Reichsgesetz doch nur — wenigstens was die Landeshoheitsrechte anging — die Rechte der böhmischen Krone auf die anderen Kurländer ausdehnte. Im Kapitel X der „Goldenen Bulle“¹ wird bestimmt, dass es den böhmischen Königen und dann auch allen Kurfürsten erlaubt sei, von jedwedem Fürsten, Grossen, Grafen oder anderen Personen alle möglichen Länder, Festen und sonstigen Besitzungen und Güter zu kaufen oder aus irgendeinem Grunde als Geschenk zu geben oder nehmen, oder als Pfandschaft zu empfangen, doch unter der Bedingung, dass der Rechtstitel des Besitzes nicht geändert wird (*condicione consueta*). Selbst die Könige von Böhmen sind, wie es an der betreffenden Stelle des Reichsgesetzes heisst, für die neu erworbenen Gebiete an die alten und gewohnten Rechte gebunden, die eventuell dem heiligen Reiche für die betreffenden Gebiete zu erfüllen und zu leisten sind.

Die in der „Goldenen Bulle“ gegebenen Bestimmungen liessen den Kurfürsten einen bedeutenden Spielraum, ihr Streben nach Erweiterung der Hausmacht zu betätigen. Und Karl hat das Recht des freien Ländererwerbs redlich ausgenutzt. Er erwarb sich die Gebiete unter den verschiedensten Rechtstiteln. Er gewann nicht nur landesherrliche und oberlehnsherrliche Rechte, er zog Reichslehen und Reichsgut an sich, ja er wurde selbst Vasall geistlicher Fürsten.

Auf die eigenartige Behandlung des Reichsgutes wollen wir noch einen Blick werfen.

1. Cf. Zeumer: Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. 1908. Quellen und Studien II, T. 2, p. 25.

3. Abschnitt.

Karl IV. und das Reichsgut.

Der Kaiser machte durchaus keine Anstrengungen seine Macht durch Einlösung von verpfändetem Reichsgute zu verstärken. Wohl war von den Kurfürsten am 8. Februar 1361 ein besonderer Beschluss deswegen gefasst worden¹, und kurze Zeit danach forderte Karl von Friedberg einen Geldbeitrag zur Einlösung von Reichsgut und bekannte von Frankfurt und Gemhausen schon 6000 Gulden bekommen zu haben². Doch ist von Reichsguteinlösung so gut wie nichts bekannt³. Ueberall vernehmen wir nur die Klagen, die über die Entfremdung des Reichsbesitzes laut werden⁴. Besonders pflegte der Kaiser den Landvögten oder anderen Personen, die ihm Dienste erwiesen hatten, die Einlösung von Reichsgut zu gestatten und die von diesen eingelösten Gebiete ihnen in der Regel als Pfandschaft bis zum Rückkauf ans Reich zu überlassen⁵. Einlösung erfolgte gewöhnlich nicht.

Dagegen kaufte er das für Böhmen günstig gelegene Reichsgut mit böhmischen Geldern an sich; und er, der Kaiser, behielt es als König von Böhmen als Reichspfandschaft. Die dem Reiche entfremdeten Plätze Hirschberg und Adelsburg löste er für Böhmen ein und teilte sie der

1. RK. 3552.

2. RK. 3677.

3. Cf. RK. 1763, 2788.

4. RK. 3742.

5. RK. 949, 1265, 1727, 3988, 4215, 4218, 6186. Hess. Urkb. Bd. II, 2 (1892) p. 771.

Krone Böhmen als Pfandschaften zu. Andere Reichspfandschaften suchte er, wenn sie für böhmische Besitzungen besonders günstig lagen, als Eigentum oder Reichslehen zu erwerben. Da die Veränderung des Rechtstitels verboten war, holte er sich die Genehmigung der Kurfürsten ein und entschädigte das Reich für die Gebietsentfremdungen. Parkstein, Weiden und Karlswald brachte er dadurch als Eigentum an Böhmen, dass er dies Gebiet gegen der Krone Böhmen weniger günstig gelegenes böhmisches Gut vertauschte. Heidingsfeld und Mainbernheim wusste er in Reichslehen umzuwandeln und sie seinem Sohne zu reichen.

Aus der Art, wie der Kaiser das Reichsgut behandelte, geht hervor, dass er nicht gewillt war, sich auf dieses zu stützen. Dazu reichte es ja natürlich nicht aus. Er suchte vielmehr seinen Halt in der Hausmacht, die er in folgedessen stets zu erweitern strebte. Das Reichsgut war ihm eine gute Einnahmequelle⁶, und er nutzte es auch sonst zu seinem Vorteile aus⁷.

6. Cf. Nuglisch „Das Finanzwesen des deutschen Reiches unter Kaiser Karl IV.“ 1899. 95 § 5: Einnahmen aus den Verpfändungen.

7. Karl versprach den Markgrafen von Meissen am 25. Nov. 1372 gewissermassen als Gegenleistung die ihnen versetzten Reichsgebiete niemals einlösen, oder ihre Einlösung zugeben zu wollen. Es handelte sich um die Reichspfandschaften Altenburg, Chemnitz und Zwickau. Cf. Ahrens 50. RK. 7367.

4. Abschnitt.

Die Erwerbungsmittel.

Karl erwarb, abgesehen vom vogtländischen, nur wenige Tage dauernden Kriege, den Kämpfen gegen Württemberg und Brandenburg, die nur indirekt zur Gebietsgewinnung beitrugen, nicht durch Feuer und Schwert, sondern durch Geld und Verträge. Geld spielte wohl die Hauptrolle dabei; doch ohne Verträge wären die Pfalz, Schweidnitz-Jauer und die Mark Brandenburg niemals an Böhmen gekommen. Das diplomatische Geschick und Können Karls brachte ihm auch hier reichen Ertrag. Ungeheure Summen haben dem Kaiser seine Erwerbungen gekostet. Man denke nur an die Beträge, die für die Mark Brandenburg und die Lausitz ausgegeben, die für die Oberpfalz gezahlt worden sind. Gewiss hat Böhmen einen grossen Teil der Kosten decken müssen; Zittau kann uns dafür als Beispiel dienen. Doch werden auch ausser für Brandenburg die Einnahmen aus dem Reich hergehalten haben müssen, wie wir es an einer Stelle zeigen konnten. Viel weiter hätte der viel gepriesene Reichtum des Königreiches Böhmen nicht gereicht, denn als die Kaufsumme für Brandenburg gezahlt werden sollte, da zeigte es sich schon, dass die Mittel erschöpft waren.

Was die Verträge, namentlich Heiratsverträge anbetrifft, so sind die Erfolge für die schon zu Anfang erwähnten ganz offenkundig. Erinnert sei an den ersten Heiratsvertrag, den Karl mit dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg abschloss, der zur Zeit der Verabredung, wo der Burggraf noch keine männlichen Nachkommen hatte, für Böhmen äusserst ge-

winnbringend zu werden schien und wohl auch nur wegen der guten Aussichten auf Landerwerb gemacht war. Die böhmisch-österreichische Erbverbrüderung hatte zur Zeit ihres Abschlusses mehr Aussicht für Böhmen als Oesterreich¹.

Ganz unverkennbar sind die Absichten Karls auf Ungarn, dessen Gewinnung er durch eine Vermählung seines Sohnes Sigmund mit der Erbin des Landes, Maria, schon seit dem Jahre 1372 zu erreichen suchte². Die Ehe zwischen Sigmund und Maria kam allerdings erst nach dem Tode des Kaisers zustande, und Böhmen und Ungarn konnten unter Sigmund wirklich vereinigt werden. Durch besondere Verträge mit seinem Bruder Wenzel, dem er seiner Zeit die Grafschaft Luxemburg hatte abtreten müssen, sicherte er seinen Nachkommen auch dieses Land³.

1. a. 10. Febr. 1364. Rs. 399/401. RK. 4010/12.

β. 26. März 1366. RK. 4287; 4390. Cod. Mor. VIII. 2 p. 236. BKr. 541.

2. Rs. 543. Steinherz MitOG. IX 566 und 571. Ferner 590 und 595.

3. Rs. 445. CGD. I, 1313. RK. 5803^b. BKr. 569.

Schluss.

Erwerbungspolitik Karls IV. im allgemeinen.

Das Streben Karls, seine Hausmacht zu vergrössern, trat auf zu der Zeit als Ruhe in Deutschland eingetreten, er unbedingt als Reichsherr anerkannt und auch schon eine annähernde Verständigung mit den Wittelsbachern getroffen war. Ein gewisses System lässt sich bei den Erwerbungen erkennen. Anknüpfend an die Entschädigung für die den Pfälzern ausgelegten Summen, suchte er in der Oberpfalz den böhmischen Besitz unter sich zu verbinden, mit Böhmen zu verknüpfen und die böhmischen Grenzen, bis zur Donau, bis zum Main und Neckar vorzuschieben. War erst ein Ort gewonnen, so schloss sich bald ein anderer daran. So finden wir fast nie eine böhmische Besitzung allein, sondern es liegen meist einige zusammen, einen grösseren Komplex bildend. Wie Karl in Schlesien den Spuren seines Vaters folgend, den Schlussstein legte, so knüpften die Erwerbungen im Vogtland an die schon seit König Johannis Zeiten bestehende Oberlehnsherrschaft über Plauen an. Indem er hier seine Rechte geltend machte und energisch auftrat, gewann er neues Gebiet und Ansehen. Wie weit der König aggressiv vorgegangen ist, wie weit er die einzelnen Besitzer von Allod zum Verkauf oder zur Lehnsauftragung gezwungen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Sicherlich wird mancher durch die allzu freigebige Hand und gute Bezahlung des Herrschers angelockt sein, mancher aus Furcht vor einem mächtigeren Nachbarfürsten bei dem böhmischen König Schutz gesucht haben, so dass bei Abschluss des Geschäfts beide Teile auf

ihre Rechnung kamen. Dass Karl von vornherein es auf ein bestimmtes Gebiet abgesehen hätte, lässt sich nicht nachweisen. Ganz natürlich musste ihm immer die Gewinnung nachbarlicher Landschaften am Herzen liegen, denn ein von anderen Fürsten ringsumschlossenes Gebiet konnte ihm nichts nützen. Es musste von Böhmen leicht zu erreichen sein. Wie eine Spinne zog er seine Netze über Süd- und Ost- und Mitteldeutschland.

Dabei spielten natürlich die jeweilig bestehenden politischen Verhältnisse eine Rolle. Der brandenburgisch-böhmische Erbvertrag ist zweifellos auf Initiative der Markgrafen abgeschlossen und nicht durch eine darauf gerichtete Politik des Kaisers zustande gekommen. Durch den Erbvertrag wurde aber das Interesse Böhmens an diesem Lande geweckt. Von der Abschliessung des Vertrages an ist eine bestimmte auf die Erwerbung der Lausitz und der Mark Brandenburg zielende Politik deutlich erkennbar. Wie bei der Lausitz auf die Auslösung des Landes der Kauf folgte, so schloss sich der, wenn auch mit Schwierigkeiten verbundene Kauf der Mark an die Gewinnung der Verwaltung über dieses Gebiet an. Für Karl IV., der die Erweiterung seiner Hausmacht als eine seiner vornehmsten Aufgabe betrachtete, war es ein Glück, dass er über die reichen Schätze Böhmens verfügte, dass die Einnahmen des Reiches in seinen Säckel flossen und er als Vertreter des Reiches über allen anderen Fürsten stand. So lag ihm nichts im Wege, sein Geld nutzbringend anzulegen. Um seine Erwerbungspolitik zu verschleiern, bediente er sich zweimal des Herzogs Bolko von Schlesien als Mittelsperson. Und nach der Krönung Wenzels zum König von Böhmen schob Karl ihn als handelnde Persönlichkeit vor und erwarb unter dem Namen seines Sohnes. Gewiss, weil er als Kaiser unparteiisch erscheinen wollte. Fragen wir, warum Karl so auf Erwerbungen ausging, so ist zu sagen: Wenn der Kaiser überhaupt einen tieferen Gedanken dabei gehabt hat, so kann es nur der

gewesen sein, den wir bei der Behandlung des Reichsguts schon berührten. Er wollte sich eine möglichst grosse Hausmacht verschaffen, um darauf gestützt, von den übrigen Reichsfürsten unabhängig zu sein, ja ein Uebergewicht über sie zu haben.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	I
Teil I: Erwerbungen Karls IV.	3
Abschnitt I. Die Erwerbungen Karls in Schlesien . .	3
„ II. Karl IV. und das Egerland	16
„ III. Karls Erwerbungen im heutigen Süd- deutschland	
§ 1. Die Gewinnung der Oberpfalz	21
§ 2. Sicherung des östlichen Streifens	28
§ 3. Ausbau des oberpfälzischen Gebietes	37
§ 4. Erweiterung des böhmisch-pfälzischen Gebiets nach Süden und Norden	49
§ 5. Erwerbungen am Main-Drei- und Viereck	54
§ 4. Erwerbungen im Hohenlohischen, Würt- tembergischen und dem übrigen Süd- deutschland	61
„ IV. Erwerbungen im heutigen Königreich Sachsen und den Thüringischen Staaten	65
§ 1. Karl IV. und die sächsische Schweiz	65
§ 2. Erwerbungen im Voigtland und Mulde- gebiet	67
§ 3. Der böhmische Besitz am oberen Saalelauf	76
§ 4. Der durch Karls IV. Erwerbspolitik hervorgerufene Konflikt mit dem Mark- grafen von Meissen	80
„ V. Karl IV. und die Lausitz	84
§ 1. Besitzverhältnisse in der Oberlausitz	84
§ 2. Erwerbung der Niederlausitz und des östlichen Naumburger Stifts-Gebietes	86
„ VI. Erwerbung der Mark Brandenburg	101

Teil II: Einzelne Betrachtungen	114
Abschnitt I. Ueber die „Inkorporation“	114
„ II. Die Rechtstitel der erworbenen Besitzungen und ihre Unveränderlichkeit. Goldene Bulle und Erwerbungsfreiheit	117
„ III. Karl IV. und das Reichsgut	119
„ IV. Die Erwerbungsmittel	121
Schluss: Erwerbungspolitik Karls IV. im all- gemeinen	123

16
14

77

76
77



M



M



M



M



M



M



